

- 1 **Koalitionsvertrag**
- 2 **CDU + SPD + DIE GRÜNEN**
- 3 **2016-2021**
- 4 Frankfurt am Main, im Mai 2016
- 5

6	Inhalt	
7	Die Herausforderungen der wachsenden Stadt bewältigen	6
8	Bildung und Kinderbetreuung	7
9	Gute Bildung für alle	7
10	Schulentwicklung – Vielfalt der Bildungsgänge	7
11	Berufliche Schulen	7
12	Schulbau und Sanierung	8
13	Bildung und Betreuung von Anfang an	8
14	Kinder- und Familienzentren	8
15	Bildungsnetzwerk Kita-Frankfurt	8
16	Erzieherinnen und Erzieher gewinnen	8
17	Überarbeitung der Betreuungsentgelte	9
18	Betreuungsgarantie für Grundschulkinder	9
19	Ausbau der Ganztagschulen	9
20	Inklusion und Vielfalt	10
21	Kulturelle Bildung	10
22	Beratung und Service für Eltern	10
23	Stadtbibliothek und Schulbibliotheken	10
24	Kinderbeauftragte	11
25	Volkshochschule	11
26	Bau und Immobilien	12
27	Hochbau- und Liegenschaftsmanagement	12
28	Planung und Wohnungsbau	14
29	Stadtentwicklung	14
30	Flächennutzung	15
31	Innenstadt	15
32	Stadtteile	16
33	Region	16
34	Gewerbe	17
35	Landwirtschaft	17
36	Städtische Wohnungsbaugesellschaften	17
37	Planungsorganisation	18
38	Wohnen	19
39	Mieterschutz	19
40	Preisgünstige Wohnungen	19
41	Pakt für Auszubildende und Studierende	19
42	Barrierefreies Wohnen	19
43	Außenwerbung	20
44	Soziales	21
45	Wachsende Stadt und ihre sozialen Herausforderungen	21
46	Soziales	21
47	Jugend	22
48	Inklusion	24
49	Senioren – Leben im Alter in Frankfurt	24
50	Flüchtlinge	26
51	Ehrenamt und Partizipation	26
52	Umwelt	27
53	Masterplan 100% Klimaschutz	27
54	Klimaanpassung	28
55	Grünflächen, Spielplätze und Parkanlagen	28
56	Friedhöfe	29
57	Sauberkeit	29
58	Flächenpolitik	29

59	Main und Nidda als Naturräume	29
60	Umweltbildung	30
61	Kultur	31
62	Kultur und Kreativität	31
63	Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in Frankfurter Museen	31
64	Vielfalt der Museen	31
65	Zentraldepot	31
66	Jugendkunstschule	31
67	Stadthaus als Ort der Begegnung und Kultur	31
68	Schaffung eines eigenständigen Kinder- und Jugendtheaters	32
69	Theaterförderung	32
70	Freie Kulturszene	32
71	Film und Kino	32
72	Kulturcampus	32
73	Erhalt der Bürgerhäuser – Förderung der Stadtteilkultur	33
74	Kulturentwicklungsplanung	33
75	Kreative Räume	33
76	Musik in Frankfurt	33
77	Zoo – Pinguinanlage	33
78	Peterskirchhof	33
79	Gesundheit	34
80	Luft- und Lärmschutz	34
81	Das Gesundheitsamt stärken	34
82	Gesundheit fängt bei Kindern an	35
83	Selbstbestimmung fördern	35
84	Prävention und Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten	35
85	Klinikum Höchst als kommunales Krankenhaus erhalten	35
86	Drogen: Den „Frankfurter Weg“ weiterentwickeln	35
87	Drug Checking	36
88	Beteiligung an der Cannabis -Studie	36
89	Besserer Schutz für Prostituierte	36
90	Flughafen	37
91	Wirtschaftliche Stärke und Lärmreduzierung in Einklang bringen	37
92	Wirtschaft	38
93	Industrie	38
94	Handwerk und Duale Ausbildung	39
95	Stärkung der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH	39
96	Fin-Tech Zentrum Europa	39
97	Attraktiver Arbeitsmarkt	40
98	Gründerstadt Frankfurt am Main	40
99	Stärkung des Kreativstandorts	40
100	Tourismusstandort	41
101	Einzelhandel und Stadtteilmförderung	41
102	House of Logistics and Management	41
103	Verkehr	42
104	Öffentlicher Nahverkehr	42
105	Autoverkehr	43
106	Radverkehr	44
107	Nahmobilität	44
108	Attraktive Fahrpreise	45
109	Integration	46
110	Vielfalt bewegt Frankfurt	46
111	Integration und Diversität in der Stadtverwaltung	46

112	Brücken bauen – Teilhabe fördern	47
113	Diskriminierung bekämpfen	47
114	Radikalisierung vorbeugen	47
115	Flucht und Neuanfang	47
116	Spracherwerb als Chance	47
117	Aufstieg durch Bildung	48
118	Zusammenleben aller Kulturen	48
119	Gleichstellung und Akzeptanz	48
120	Vielfalt der Religionen	49
121	Gesellschaftlicher Diskurs	49
122	Psychosoziale Versorgung	49
123	Ältere Migrantinnen und Migranten	49
124	Finanzen	50
125	Haushalt, Steuern und Abgaben	50
126	Beteiligungen:	50
127	Kofinanzierungspool	51
128	Anlagepolitik	51
129	Vergabekontrolle	51
130	Sicherheit	52
131	Sicherheit und Prävention	52
132	Stadtpolizei	52
133	Freiwilliger Polizeidienst	53
134	Brand- und Katastrophenschutz	53
135	Prävention	54
136	Verbesserung der Aufenthaltsqualität Bahnhof und Zeil	55
137	Nutzung moderner Videotechnik	55
138	Verantwortungsvoller Umgang mit Spielhallen und Glücksspiel	55
139	„Sauberes Frankfurt“	55
140	Verbraucherschutz	55
141	Verbesserung der Willkommenskultur	56
142	Sport	57
143	Vereins- und Sportförderung	57
144	Sportplätze und Sporthallen	58
145	Schwimmbäder	58
146	Ausrichtung von Sportveranstaltungen	58
147	Frauen	60
148	Frauen und Gleichstellung	60
149	Jahreskampagnen des Frauenreferates stärken	60
150	Europäische Gleichstellungscharta	60
151	Gleichberechtigte Teilhabe an Erwerbsarbeit	60
152	Sexismus und Gewalt gegen Frauen und Mädchen ächten	61
153	Geflüchtete Frauen	61
154	Politik und Stadtverwaltung haben Vorbildfunktion	61
155	Bürgerbeteiligung	63
156	Demokratie und politische Beteiligung stärken	63
157	Bürgerservice	64
158	Breitbandausbau	64
159	Stadtverwaltung	65
160	Personal und Organisation	65
161	Die Stadt in Verantwortung als sozialer Arbeitgeber	65
162	Betriebliches Gesundheitsmanagement	65
163	Vereinbarkeit Beruf und Familie - vorbildlich	65
164	Gleichstellung und Frauenförderung	65

165	Personalentwicklung und Führungskräfteförderung	66
166	Vielfalt und Innovation fördern	66
167	Ideenmanagement	66
168	Förderung von ämterübergreifender Projektarbeit	66
169	Neue Organisationseinheit "Betriebliche Mobilität"	66
170	Reform der städtischen IT und Ausbau von E-Government-	
171	Dienstleistungen	67
172	Reformen	68
173		

174 **Die Herausforderungen der wachsenden Stadt bewältigen**

175 Unsere stark wachsende Stadt sieht sich besonderen Herausforderungen gegenüber, deren Be-
176 wältigung durch eine breite Basis in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat erleichtert wird.
177 Die Fraktionen von CDU, SPD und DIE GRÜNEN schließen sich für die nächsten fünf Jahre zu
178 einer Koalition zusammen, um gemeinsam die Herausforderungen der wachsenden Stadt ent-
179 schlossen anzugehen. Wir wollen in dieser Wahlperiode sicherstellen, dass Frankfurt eine wirt-
180 schaftlich starke Stadt bleibt und aus dieser Kraft heraus den sozialen Frieden und die Teilhabe
181 aller Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt weiter gewährleistet. Wir wollen das Wachstum
182 unserer Stadt gerecht, sozial und ökologisch gestalten. Mit Priorität verfolgen wir dabei den Aus-
183 bau der Bildung mit dem Bau und den Sanierungen unserer Schulen und Kindertagesstätten als
184 wichtigste Zukunftsinvestition, damit alle Kinder mit gleichen Chancen in ihre Zukunft starten und
185 mit guten Sprachkenntnissen, solider Bildung und einem verlässlichen Wertefundament die Stadt
186 von morgen gestalten. Ebenso hat die Schaffung von ausreichendem Wohnraum, der auch für
187 Normalverdiener bezahlbar ist, für eine derzeit und nach jetzigen Prognosen auf absehbare Zeit
188 wachsende Bevölkerung weiter Priorität. Die Stadt wird sich schließlich bei alledem weiterhin als
189 Klimaschutzstadt entwickeln, und damit ihrer Verantwortung für Mensch und Umwelt gerecht
190 werden. Zu diesen und allen anderen wichtigen Themen sind wir mit diesem Koalitionsvertrag zu
191 tragfähigen Beschlüssen gekommen, die unsere Stadt wirksam voranbringen können.

192 Alle drei Partner und der Oberbürgermeister tragen unabhängig von der jeweiligen Magistrats-
193 bzw. Ressortzuständigkeit für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung. Un-
194 terschiedliches Abstimmungsverhalten innerhalb der Koalition wird es nicht geben. Die bisherigen
195 Beschlüsse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung erkennen wir an, modifizieren
196 sie jedoch an manchen Stellen.

197 Unter Vorsitz des direkt gewählten Oberbürgermeisters werden dem Magistrat der Bürgermeister
198 und Stadtkämmerer sowie neun hauptamtliche Stadträte angehören. Davon erhalten CDU und
199 SPD jeweils vier und DIE GRÜNEN zwei Positionen.

200 Die CDU erhält mit der Kämmerei die Zuständigkeit für die Städtischen Finanzen, die Beteiligun-
201 gen und kirchlichen Angelegenheiten, das Dezernat Soziales, Senioren, Jugend und Recht, das
202 Dezernat Bau und Immobilien, Reformprojekte, Bürgerservice und IT sowie das Dezernat Wirt-
203 schaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr. Die SPD erhält das Planungsdezernat, das Amt für
204 Denkmalschutz, die Bauaufsicht und das Amt für Wohnungswesen, das Bildungs- und Integrati-
205 onsdezernat, das Kulturdezernat und das Dezernat für Verkehr. DIE GRÜNEN erhalten die Zu-
206 ständigkeit für die Bereiche Umwelt, Gesundheit, Frauen sowie Personal und Organisation.

207 **Bildung und Kinderbetreuung**

208 Gute Bildung für alle

209 Das Beste, was wir unseren Kindern mit auf den Weg geben können, ist eine gute Bildung. Sie
210 benötigen Betreuungseinrichtungen und Schulen, in die sie gerne gehen, in denen sie ihre indivi-
211 duellen Potenziale entfalten können, von den Lehrer/innen und Erzieher/innen lernen können,
212 aber auch lernen, wie man mit Vielfalt zurechtkommt und voneinander profitiert. Einrichtungen
213 also, in denen sie gut auf das Lösen der Probleme von morgen vorbereitet werden. Wir begreifen
214 es als unsere zentrale Aufgabe, die Bildungseinrichtungen in Frankfurt so aufzustellen, dass sie
215 ihrer Aufgabe gerecht werden können. Wir wollen die Ressourcen bereitstellen, um individuelle
216 Förderung zu ermöglichen, damit kein Kind zurückgelassen wird. Wir wollen den Bildungsaufstieg
217 als Chance begreifen und es allen Kindern ermöglichen, den für sie besten Abschluss zu errei-
218 chen. Wir wollen eine Bildungslandschaft, die vom Kind her denkt und die Familien in unserer
219 Stadt durch die bestmöglichen Betreuungs- und Bildungsangebote unterstützt. Die im partizipativ
220 erarbeiteten Schulentwicklungsplan festgehaltenen Maßnahmen führen wir fort. Die Bildungsak-
221 teurinnen und -akteure werden wir daran weiter beteiligen.

222 Schulentwicklung – Vielfalt der Bildungsgänge

223 Wir wollen die Vielfalt der Bildungsgänge erhalten und so viele Wege wie möglich zu höheren
224 Bildungsabschlüssen eröffnen. Zu diesem Zweck werden wir eine ausreichende Zahl von Plätzen
225 in allen Schulformen bereithalten und diese anhand der Entwicklung der Schülerzahlen kontinu-
226 ierlich überprüfen, um die Schulentwicklung vorausschauend anzupassen. Der Elternwille hat für
227 uns Priorität. Auch wenn die Anmeldezahlen für die Frankfurter Gymnasien aktuell leicht zurück-
228 gegangen sind, werden wir mit Hochdruck die im integrierten Schulentwicklungsplan beschlosse-
229 nen Maßnahmen umsetzen. Zudem wollen wir neben den im SEP vereinbarten Schulen wie dem
230 neuen Gymnasium im Frankfurter Norden zwei weitere gymnasiale Oberstufen einrichten, um
231 auch den Schülerinnen und Schülern aus den Gesamt- und Realschulen den Bildungsaufstieg zu
232 ermöglichen. Dazu werden wir uns beim Land für eine Änderung des Hessischen Schulgesetzes
233 einsetzen, um Oberstufenschulen in Zukunft wieder unabhängig von bereits bestehenden Schu-
234 len gründen zu können. Außerdem werden wir beim Stadtschulamt in Kooperation mit dem Staat-
235 lichen Schulamt eine Informationsstelle „Schulwechsel“ einrichten, die Eltern beim Übergang von
236 der Grundschule in die weiterführende Schule berät mit dem Ziel, für jedes Kind die individuell
237 geeignete Schulform zu finden, um den bestmöglichen Abschluss zu erreichen. Darüber hinaus
238 wollen wir die Gastschulbeiträge auf ihre Steuerungswirkung hin überprüfen und ggf. mit dem
239 Land neu verhandeln. Wir werden Initiativen kirchlicher und freier, gemeinnütziger Träger, das
240 Bildungsangebot durch Schulen mit besonderer Akzentuierung zu ergänzen, soweit sie die An-
241 forderungen für eine Förderung nach dem Hessischen Ersatzschulgesetz erfüllen, wohlwollend
242 begleiten.

243 Berufliche Schulen

244 Wir werden den partizipativen Prozess zur Erstellung des Berufsschul-Entwicklungsplans ge-
245 meinsam mit den Schulen fortführen, um ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, ihr Profil zu schärfen
246 und auf aktuelle Anforderungen zu reagieren. Dabei werden wir den Ausbau der Vollzeit-
247 Bildungsgänge prüfen. Berufsschulen, die Flüchtlinge betreuen, wollen wir unterstützen. Um El-
248 tern die Möglichkeiten, Chancen und Perspektiven, die mit einer späteren dualen Ausbildung
249 verbunden sind, besser vermitteln zu können, werden wir gemeinsam mit der IHK und Hand-
250 werkskammer prüfen, wie die Beratungsangebote zur dualen Ausbildung ausgebaut und für die

251 Zielgruppe der Grundschüler bzw. Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen ange-
252 passt werden können.

253 Schulbau und Sanierung

254 Der Aktionsplan Schule wird schnellstmöglich umgesetzt, überprüft und mit auskömmlichen Mit-
255 teln fortgeschrieben. Mit der Reform des Hochbau- und Liegenschaftsmanagements und der Zu-
256 sammenfassung aller für den Bau und die Unterhaltung von Schulen notwendigen Kompetenzen
257 unter einem Dach verfolgen wir das Ziel, Kompetenzen zu bündeln, Abläufe zu verbessern und
258 Zuständigkeiten zu klären, um letztendlich schneller zu bauen zu können. Wir wollen darüber
259 hinaus künftig alle Schulen zeitnah und angemessen über potenzielle Maßnahmen informieren
260 und betreuen, indem wir frühzeitig eine Arbeitsgruppe vor Ort einrichten, an der neben den bei-
261 den Ämtern auch die Kollegien, Personalräte und Schülervertretungen beteiligt sind.

262 Bildung und Betreuung von Anfang an

263 Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter sechs Jahren bleibt nicht zuletzt wegen des
264 bestehenden Rechtsanspruchs und des Wachstums unserer Stadt eine wichtige Aufgabe. Neben
265 einem quantitativ ausreichenden Angebot wollen wir die bestehenden hohen Qualitätsstandards
266 in der frühkindlichen Bildung erhalten. Der Ausbau von Betriebskindergärten wird in der Wahlpe-
267 riode weiter vorangetrieben. Auch die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin soll eine Betriebskinder-
268 tagesstätte in zentraler Lage in Nähe des Römers erhalten. Bei allen zukünftigen zu planenden
269 Neubaugebieten wird die entsprechende Infrastruktur so rechtzeitig geplant und fertig gestellt,
270 dass mit dem Einzug der Bewohnerinnen und Bewohner die erste Kindertagesstätte und die ers-
271 te Grundschule eröffnen können. Wir wollen die Außenbereiche der Kindertagesstätten naturnah
272 gestalten und den Anteil regionaler Produkte bzw. Bio-Produkte beim Kita-Essen erhöhen. Wir
273 werden die Partizipation in den Kindertagesstätten ausbauen, um das Bewusstsein für Mitbe-
274 stimmung und Teilhabe zu stärken.

275 Kinder- und Familienzentren

276 Die Arbeit der Kinder- und Familienzentren in unserer Stadt ist wegweisend und hat sich bewährt.
277 Der ganzheitliche Ansatz der pädagogischen Arbeit und die Einbindung der Familien zeigen gro-
278 ße Erfolge. Wir werden deshalb die Anzahl der Kinder- und Familienzentren in Frankfurt weiterhin
279 kontinuierlich ausbauen und deren Vernetzung im Stadtteil unterstützen.

280 Bildungsnetzwerk Kita-Frankfurt

281 Wir wollen das Bildungsnetzwerk von Kita-Frankfurt erweitern und vor allem Kindern aus Stadttei-
282 len mit hohem Bedarf das Lernen an interessanten Orten in der Stadt ermöglichen. Schwerpunk-
283 te sind hierbei die Sprachförderung, das Umweltlernen, die Wertevermittlung und die kulturelle
284 Bildung.

285 Erzieherinnen und Erzieher gewinnen

286 Erzieherinnen und Erzieher leisten grundlegende und wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft,
287 doch die Anforderungen der beruflichen Tätigkeit sind in den letzten Jahrzehnten deutlich gestie-
288 gen. Um die wachsende Zahl der Frankfurter Kinder angemessen zu betreuen, benötigen wir ei-
289 ne ausreichende Anzahl von gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern, die trotz der hohen
290 Mietpreise nach ihrer Ausbildung in Frankfurt arbeiten. Wir werden aus diesem Grund in Koope-
291 ration mit der Industrie- und Handelskammer, der Agentur für Arbeit bzw. dem dort ansässigen
292 Welcome Center und der Berta-Jourdan-Schule über die bereits laufenden Maßnahmen hinaus
293 über Wege der Anerkennung von Berufsabschlüssen und weitere finanzielle oder infrastrukturelle

294 Anreize für künftige Beschäftigte im Erzieherberuf sprechen. Weiterhin werden wir die bisherigen
295 Anstrengungen fortführen, auch verstärkt Männer für den Erzieherberuf zu interessieren. Darüber
296 hinaus werden wir die Tätigkeitsbeschreibungen überprüfen und ggf. anpassen, um die gestiege-
297 nen Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Erzieherberuf abzubilden.

298 Überarbeitung der Betreuungsentgelte

299 Wir wollen die Entgeltstaffel für die Betreuung in den Kindertagesstätten und Horten überarbei-
300 ten, um allen Familien eine qualitativ hochwertige Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen. Die
301 bedeutet, für alle Altersgruppen die Entgelte ab einem Familien-Bruttoeinkommen von 100.000 €
302 im Jahr im Rahmen der Einführung einer zusätzlichen Staffel moderat anzuheben. Für die Unter-
303 Dreijährigen wird eine bisher nicht vorhandene Entgeltstaffel eingeführt analog der Staffel für
304 Kindertagesstätten, um die gering Verdiener zu entlasten. Der Zugang zu guter Bildung und Be-
305 treuung darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

306 Betreuungsgarantie für Grundschulkind

307 Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen. Deshalb werden wir darauf hin
308 arbeiten, jedem Grundschulkind bei Bedarf einen Betreuungsplatz bis 17.00h anzubieten. Dabei
309 kann die Betreuung in Form eines Hortplatzes, eines Angebots der Erweiterten Schulischen Be-
310 treuung (ESB), des Pakts für den Nachmittag oder im Rahmen der Offenen Frankfurter Ganz-
311 tagsschule geschehen. Daher werden wir

- 312 • den Pakt für den Nachmittag inhaltlich anpassen, um weitere Schulen für die Teilnahme
313 zu gewinnen
- 314 • die Anstrengungen beim Ausbau der Erweiterten Schulischen Betreuung (ESB) verdop-
315 peln
- 316 • übergangsweise dort auch neue Hortplätze einrichten, wo dringend Betreuungsplätze be-
317 nötigt werden, bis die Grundschule vor Ort die Betreuung selbst übernehmen kann.
- 318 • eine Task Force einrichten, die mithilfe des durch „kindernet.frankfurt“ erhobenen Zah-
319 lenmaterials in jedem Grundschulbezirk den Bedarf und die räumliche Situation überprüft
320 und entsprechende Maßnahmen einleitet.
- 321 • jede Frankfurter Grundschule in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern sukzessive
322 räumlich so ausstatten, dass sowohl die Einnahme eines Mittagessens als auch eine Be-
323 treuung am Nachmittag gewährleistet ist.
- 324 • die Betreuung durch Tagespflegepersonen weiterentwickeln

325 Ausbau der Ganztagschulen

326 Wir wollen den Ausbau der Ganztagschulen in Frankfurt vorantreiben und werden ein Umset-
327 zungskonzept auf Grundlage der Empfehlungen des Jugendhilfe-Ausschusses erarbeiten mit
328 dem Ziel, den Grundschulen den Übergang von der aktuellen Betreuungssituation am Nachmit-
329 tag in eine Ganztagschule zu erleichtern. Dazu werden wir

- 330 • das Förderprogramm „Offene Frankfurter Ganztagschule“ ausbauen, um mehr Schulen
331 die Möglichkeit zu eröffnen, verlässliche Bildungsangebote am Nachmittag, z.B. in Koope-
332 ration mit Vereinen aus dem Stadtteil, anbieten zu können
- 333 • die Zahl der gebundenen Ganztagschulen erhöhen und mit den Schulen in Dialog treten,
334 um sie bei der Konzeptionierung und dem Übergang in die Landesförderung (Profil 3) zu
335 unterstützen. Analog der Praxis in anderen Bundesländern sollen die Eltern wählen kön-

336 nen zwischen einem Halbtags- oder einem Ganztags-Schulplatz an der jeweiligen Schule.
337 Dies eröffnet den Schulen die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis und gemäß ihren örtlichen
338 Gegebenheiten, sukzessive mit dem Ganztagsbetrieb zu beginnen und ihn entsprechend
339 dem Elternwunsch ggf. auszubauen. Das Angebot von Halbtags- und Ganztags-
340 schulplätzen kann so flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern und Schulen abgestimmt werden.

341 Ganztägige Bildung leistet nicht nur einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, son-
342 dern eröffnet zusätzliche Möglichkeiten der individuellen Förderung von Kindern und deren akti-
343 ver Unterstützung auf ihrem Bildungsweg.

344 Inklusion und Vielfalt

345 Wir werden den mit dem integrierten Schulentwicklungsplan beschlossenen Weg der Inklusion
346 weiter gehen und eine stärkere Beteiligung des Landes einfordern. Wir werden gemeinsam mit
347 den Schulen die Situation vor Ort überprüfen mit dem Ziel, die Bedingungen für inklusiv arbeiten-
348 de Schulen sukzessive zu verbessern. Gemäß den Festlegungen im integrierten Schulentwick-
349 lungsplan werden wir entsprechend dem Elternwillen auch weiterhin ein ausreichendes Maß an
350 Förderschulen vorhalten.

351 Eine heterogene Schülerschaft erfordert die Unterstützung der Kollegien an unseren Schulen. Sie
352 entsteht zum einen durch die Teilnahme als Schulträger an der Modellregion Inklusion, zum an-
353 deren durch die große Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Frankfurt, die wir beschu-
354 len wollen. Aus diesem Grund werden wir ein Konzept entwickeln, wie multiprofessionelle Teams
355 als Grundversorgung an den Schulen aufgebaut werden können, die bei inklusiv arbeitenden
356 Schulen zusätzlich durch die regionalen Beratungs- und Förderzentren unterstützt werden. Dies
357 kann – je nach Situation vor Ort - sowohl durch den Ausbau der Jugendhilfeangebote geschehen,
358 als auch durch die Bereitstellung von Schulpsycholog/innen, Sonderpädagog/innen, Integrations-
359 helfer/innen, Mediator/innen oder Kulturmittler/innen. Das Land ist hier in der Pflicht, Hessens
360 größten Schulträger finanziell angemessen zu unterstützen; dies werden wir einfordern. Wir wol-
361 len die Schulen mit diesen Herausforderungen nicht alleine lassen. Daher werden wir auch dieje-
362 nigen Schulen unterstützen, die geflüchtete Kinder und Jugendliche unterrichten.

363 Kulturelle Bildung

364 Der Zugang zu kultureller Bildung muss für alle Kinder möglich sein. Daher werden wir zusam-
365 men mit dem Kulturdezernat ein Förderprogramm „Kulturelle Bildung“ einrichten, das es Schulen
366 und Kulturinitiativen ermöglicht, gemeinsame Projekte der kulturellen Bildung zu realisieren. Zur
367 besseren Vernetzung von Kulturinstitutionen und Schulen wird eine Koordinierungsstelle einge-
368 richtet.

369 Beratung und Service für Eltern

370 Wir werden das Stadtschulamt personell verstärken, um die Beratung und den Service für Eltern
371 zu verbessern. Schulen, Eltern und Schüler/innen, die sich mit Fragen an das Stadtschulamt
372 wenden, können eine Antwort in angemessener Zeit erwarten.

373 Stadtbibliothek und Schulbibliotheken

374 Wir werden den Medienetat der Stadtbücherei erhöhen und im Rahmen von Bau- und Sanie-
375 rungsmaßnahmen die Schulbibliotheken weiter ausbauen.

376 Kinderbeauftragte

377 Die Kinderbeauftragten in den Stadtteilen sind Kontaktpersonen zwischen allen am Bildungspro-
378 zess interessierten Bürgerinnen und Bürger und der Politik. Sie leisten damit wichtige Arbeit zur
379 Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen, z.B. bei Fragen der Schulwegsicherung, der
380 Notwendigkeit von Betreuungsangeboten oder der Prävention. Wir werden die Aufwandsent-
381 schädigung der Kinderbeauftragten analog zu den Sozialpfleger/innen erhöhen, um die ihnen
382 entstehenden Unkosten zu decken. Wir werden die Wahl einer Sprecherin/eines Sprechers der
383 Frankfurter Kinderbeauftragten unterstützen.

384 Volkshochschule

385 Die Volkshochschule leistet einen essentiellen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Hierzu ge-
386 hören auch ihre Angebote zum Spracherwerb von Flüchtlingen. Wir werden die Volkshochschule
387 kontinuierlich weiterentwickeln und sie auch in ihrer Flüchtlingsarbeit unterstützen.

388 **Bau und Immobilien**

389 Hochbau- und Liegenschaftsmanagement

390 Frankfurt ist, nicht zuletzt aufgrund des Wachstums der Stadt, auf ein leistungsfähiges Hochbau-
391 und Liegenschaftsmanagement angewiesen. Der weiterhin steigende Bedarf an Plätzen in Kin-
392 dertageseinrichtungen und Schulen, an zeitgemäßen Verwaltungsgebäuden und die Instandhal-
393 tung der Gebäude - insbesondere von Schulen und Kindertagesstätten - sowie deren wirtschaftli-
394 cher Betrieb erfordern ein intelligentes Flächenmanagement, einen effizienten Hochbau und eine
395 qualifizierte Gebäudeunterhaltung.

396 Die Umsetzung der Optimierung des städtischen Hochbau- und Liegenschaftsmanagements im
397 Anschluss an die erfolgreich abgeschlossene Analysephase auf der Grundlage der bereits ge-
398 fassten Beschlüsse ist deshalb unabdingbar. Die hierzu erforderlichen organisatorischen, perso-
399 nellen und finanziellen Umsetzungsschritte werden zeitnah erfolgen.

400 Das Organisationsmodell ist entsprechend der im Analyseprojekt erarbeiteten Ordnungsprinzi-
401 pien der Aufbauorganisation in enger Zusammenarbeit mit der Personalvertretung umzusetzen.
402 Grundlage für das weitere Vorgehen bildet der Magistratsbeschluss MB 1181/2015 (Grundsatz-
403 beschluss zum Reformprojekt „Optimierung des Hochbau- und Liegenschaftsmanagements“ –
404 Wahl des Organisationsmodells und der Organisationsform).

405 Ziel ist es, alle Liegenschaften der städtischen Ämter und Betriebe im Portfolio des neuen, für
406 das Hochbau- und Liegenschaftsmanagement verantwortlichen Amtes für Bau und Immobilien zu
407 bewirtschaften. Hiervon ausgenommen sind Sonderbauten wie z. B. Schwimmbäder sowie Kul-
408 tur- und Großsportstätten. Der Bau, die Sanierung und Unterhaltung der Immobilien erfolgt unter
409 Berücksichtigung der Bedarfe der mietenden Ämter sowie in enger Abstimmung mit ihnen. Hierzu
410 wird das Amt für Bau und Immobilien die Beteiligten frühzeitig in die Planungen einbeziehen und
411 zeitnah über den Fortgang der Projekte informieren.

412 Aufgrund des hohen Neubau- und Sanierungsbedarfs im Bereich von Schulen und Kindertages-
413 stätten ist während der Umorganisation des Bau- und Liegenschaftsbereich darauf zu achten,
414 dass insbesondere derartige Projekte und Maßnahmen nicht verzögert werden.

415 Im Rahmen der Umstrukturierung der Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung sind alle wesentli-
416 chen und sinnvoll zu integrierenden, im Immobilienmanagement tätigen Bereiche der jetzigen
417 Bauherrenämter und -betriebe in einem abgestimmten Prozess in dem neuen Amt für Bau und
418 Immobilien zusammenzuführen. Auch die Gebäude des Eigenbetriebs Kita Frankfurt sollen zu-
419 künftig in die Verantwortung des Amtes für Bau und Immobilien überführt werden. Die verblei-
420 benden Hochbau- und Liegenschaftsmanagementprozesse von Betrieben und Fremdgebäude-
421 mietern sind in die neu definierten Prozesse des zukünftigen Hochbau- und Liegenschaftsmana-
422 gements einzubinden. Technische Hausverwalter und Technische Objektmanager sollen dem
423 neuen Amt personell zugeordnet werden. Die neue Zuordnung ist mit der Personalvertretung so-
424 wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abzustimmen und soll den Beschäftigten Möglichkeiten
425 zur Weiterqualifikation eröffnen. Den Bedürfnissen der Schulen und Kindertagesstätten ist dabei
426 angemessen Rechnung zu tragen; eine angemessene Personalausstattung und Qualifikation der
427 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist sicherzustellen.

428 Ob es wirtschaftlich sinnvoll und rechtlich möglich ist, die ABG Frankfurt Holding mit der Bewirt-
429 schaftung der Miet- und Dienstwohnungen zu beauftragen, ist zu prüfen.

430 Insbesondere in der Umsetzungsphase ist auf eine personelle Unterstützung des vorhandenen
431 Personals durch zusätzliche personelle Ressourcen zu achten. Diese Ressourcen werden nach
432 dem Abschluss des Umsetzungsprojektes auf das für eine rechtssichere und wirtschaftliche Ver-

433 waltung der städtischen Gebäude unabdingbare Maß zurückgeführt und an die Umsetzung der
434 zur Verfügung stehenden investiven Mittel angepasst. Dabei ist zu beachten, dass die für die
435 Aufgabenerfüllung des Amtes für Bau und Immobilien erforderlichen Personalressourcen zur Ver-
436 fügung stehen.

437 Das Amt erhält ein Verwaltungsgebäude mit entsprechenden Flächenreserven, in dem die zu in-
438 tegrierenden Verwaltungseinheiten auskömmlich unterzubringen sind. Die Nutzung nicht benötig-
439 ter Flächen erfolgt zu gegebener Zeit durch weitere städtische Ämter und Einrichtungen im Rah-
440 men des Flächenmanagements.

441 Wesentlicher Bestandteil des Umsetzungsprojektes wird die Identifizierung, Beschaffung und Im-
442 plementierung geeigneter Datenverarbeitungssysteme sein. Auf Eigenprodukte, die eine Revisi-
443 onssicherheit und die erforderlichen Schnittstellen nicht gewährleisten, wird verzichtet.

444 Personalverlagerungen werden zentral moderiert und die Abstimmung darüber von Seiten des
445 Personal- und Organisationsamtes koordiniert.

446 Um den städtischen Gebäudebestand auch langfristig möglichst wirtschaftlich zu erhalten, soll
447 verstärkt eine bauzustandsbezogene kontinuierliche Instandhaltung und Pflege der Bausubstanz
448 angestrebt werden. Hierbei wird vor allem der dringende Sanierungsbedarf der Schulen in den
449 Blick genommen. Die hierfür erforderlichen Finanzmittel sind im Haushalt stets so weit wie mög-
450 lich zu berücksichtigen.

451 Das Energiemanagement wird projekthaft untersuchen, wie eine nachhaltige Sanierung des städ-
452 tischen Gebäudebestandes erfolgen kann. Hierbei soll insbesondere untersucht werden, wie mit
453 begrenzten finanziellen Ressourcen eine möglichst hohe Energieeinsparung bei einer Vielzahl
454 von Bestandsgebäuden erreicht werden kann.

455 Das Haushaltsbudget für die investiven und konsumtiven Baumaßnahmen der jetzigen Bauher-
456 renämter und -betriebe wird dem neuen Amt für Bau und Immobilien zugeordnet. Damit geht
457 auch die Budgetverantwortung auf die neue Organisationseinheit über.

458 **Planung und Wohnungsbau**

459 Stadtentwicklung

460 Frankfurt wächst seit vielen Jahren. Die hohe Lebensqualität zieht viele Menschen an, die hier
461 leben wollen. Hinzu kommen wachsende Geburtenraten. Ende 2015 lebten 724.000 Menschen
462 mit Hauptwohnsitz in unserer Stadt. Seit Beginn des Jahres 2010 ist Frankfurt damit um rund
463 74.000 Menschen gewachsen. Wir freuen uns darüber, auch wenn uns diese Entwicklung vor
464 große Herausforderungen stellt. Das starke Bevölkerungswachstum macht es notwendig, neben
465 der weiteren Innenentwicklung auch neue Wohnbauflächen zu entwickeln. Anders werden wir der
466 Wohnungsnot nicht Herr werden. Um eine gesunde Weiterentwicklung unserer Stadt sicherstel-
467 len zu können, werden die zusätzlichen Wohnbaupotenziale im Rahmen der Entwicklung des in-
468 tegrierten Stadtentwicklungskonzeptes geprüft.

469 Dabei werden wir neben Konversionsflächen, einer behutsamen Nachverdichtung, der Arrondie-
470 rung von bestehenden Siedlungen bzw. Stadtteilen auch weitere Freiflächen in die Prüfung ein-
471 beziehen. Diese Wohngebiete sollen einen wichtigen Teil zur Entlastung der bestehenden Quar-
472 tiere durch zusätzlichen Wohnraum beitragen und die Mietpreisentwicklung dämpfen. Um dies zu
473 erreichen, soll dort, wo es sinnvoll und zulässig ist, das Recht der „Städtebaulichen Entwick-
474 lungsmaßnahme“ angewandt werden. Mit diesem Instrument erhält die Stadt Zugriff auf die Neu-
475 baugrundstücke, kann die Planungswertsteigerung der Grundstücke für die Schaffung der erfor-
476 derlichen sozialen und verkehrlichen Infrastruktur verwenden und Spekulation mit Baugrundstü-
477 cken verhindern.

478 Wenn wir von neuen, lebendigen Quartieren sprechen, dann brauchen wir von Anfang an inte-
479 grierte Stadtentwicklungsstrategien und guten Städtebau. Hierzu gehören insbesondere der vor-
480 gezogene Ausbau der ÖV-Verkehrerschließung sowie der sozialen Infrastruktur. Kitas, Schulen
481 und Sportanlagen sollen frühzeitig errichtet werden. Für uns sind Stadt und Landschaft kein Ge-
482 gensatzpaar. Wir werden neue Quartiere bauen, die durchgrünt und urban sind. Die städtebauli-
483 chen Qualitäten des städtischen Wohnens wollen wir mit einem attraktiven Wohnumfeld und na-
484 turnahen Grünflächen verbinden.

485 Dabei setzen wir auf die Aufstockung von Bestandsgebäuden, die Schließung von Baulücken, die
486 Umwandlung leerstehender Büro- in Wohnflächen und die Ermöglichung höherer vertikaler Aus-
487 nutzung in geeigneten Gebieten. Weiterhin ist die Deckung des Wohnbedarfs nur in Zusammen-
488 arbeit mit der Region möglich.

489 Trotzdem wird es zur Deckung des Wohnbedarfs unumgänglich sein, auch bisher unbebaute
490 Flächen in Anspruch zu nehmen. Dafür werden auch landwirtschaftlich genutzte Flächen in An-
491 spruch genommen werden müssen. Dies ist dort möglich, wo es sich um flurbereinigte, artenar-
492 me Flächen handelt, die nur geringen Wert für den Naturschutz besitzen. Dagegen werden wir
493 die Bebauung der letzten innerstädtischen Grünflächen in den innenstadtnahen Gründerzeitvier-
494 teln und in den Wohnbausiedlungen der Nachkriegszeit restriktiv handhaben. Nicht für eine Aus-
495 weisung neuer Flächen zur Verfügung stehen die Flächen des GrünGürtels, Flächen, die heute
496 schon Ausgleichsflächen für frühere Eingriffe darstellen und der Baubeschränkungsbereich des
497 Flughafens.

498 Gleichzeitig muss die Stadtentwicklung weiter gute Arbeitsplätze ermöglichen und deswegen den
499 Weiterbestand und die Aktivierung und Entwicklung von Gewerbeflächen ermöglichen, gerade
500 auch für industrielle Nutzungen.

501 Die vorhandenen Zielkonflikte in der Stadtentwicklung zwischen Wohnen, Arbeiten und sozialer und
502 verkehrlicher Infrastruktur sowie dem Erhalt der Lebensqualität und der Beachtung ökologischer

503 Aspekte machen es notwendig, an der integrierten Stadtentwicklungsplanung festzuhalten, um
504 die vorhandenen Interessen gegeneinander abzuwägen und gute Lösungen zu finden.

505 Bei der Stadtentwicklung und der Gestaltung unserer Stadt setzen wir auf eine ehrliche, frühzeiti-
506 ge und transparente Kommunikation im Dialog mit den Menschen.

507 Flächennutzung

508 Wir setzen uns ein für die Entwicklung von arrondierenden Wohngebieten im Ernst-May-Viertel
509 und zu diesem Zweck und dem des Lärmschutzes für die partielle Einhausung der A 661 zwi-
510 schen Bornheim und Seckbach. Bestehende Strukturen werden rücksichtsvoll in die Planungen
511 mit einbezogen. Aus unserer Sicht stehen Bund und Land in der Pflicht, hierfür wesentliche Fi-
512 nanzierungshilfe zu leisten. Darum werden wir uns bemühen, und ebenso eigene Finanzierungs-
513 anteile übernehmen.

514 Wir werden, wo möglich und sinnvoll, unbebaute oder nicht mehr genutzte gewerbliche Flächen,
515 die an bestehende Quartiere angrenzen, für Wohnungsbau nutzen.

516 Soweit die Stadt über Vorkaufsrechte verfügt, werden wir diese konsequent nutzen. Im Rahmen
517 des städtischen Grundstücksbestandes werden wir den Wohnungsbau durch alternative Wohn-
518 formen, Baugruppen sowie Genossenschaften fördern. Ein Instrument hierzu wird die Konzept-
519 vergabe darstellen, bei der die Grundstücksvergabe an festzulegende Qualitäten sowie preis-
520 günstigen Wohnungsbau mit Spekulationsverbot gebunden wird.

521 Der vorsorgliche Ankauf weiterer landwirtschaftlichen Flächen und die Wahrnehmung von Vor-
522 kaufsrechten durch die Stadt ist sowohl aus wohnungspolitischer als auch ökologischer Sicht
523 grundsätzlich sinnvoll, und wird von uns als strategisches Element der Flächenpolitik wahrgе-
524 nommen.

525 Bei Bebauungsplänen oder städtebaulichen Verträgen sind grundsätzlich 30% für den geförder-
526 ten Wohnungsbau vorzusehen, wobei zur Förderung einer guten sozialen Durchmischung die
527 beiden Förderwege in etwa gleichmäßig enthalten sein sollen.

528 Unser wachsendes Frankfurt erfordert eine soziale und ökologisch verantwortete Stadtentwick-
529 lung, die

- 530 • das Wachstum nachhaltig gestaltet und
- 531 • allen Frankfurtern ein gutes Leben in ihrer Stadt ermöglicht.

532 Deshalb werden die begonnenen Arbeiten an einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept im
533 Dialog mit Frankfurter Institutionen und Bürgern weiter bearbeiten.

534 Innenstadt

535 Wir werden im ersten Halbjahr 2017 einen städtebaulichen Wettbewerb zur Neugestaltung des
536 Platzes „An der Hauptwache“ ausschreiben. Ziel ist dabei die Erarbeitung eines Vorschlages, der
537 eine attraktive Neugestaltung des Platzes, die Neuordnung der in Teilen unübersichtlichen B-
538 Ebene, den Bau eines Fahrradparkplatzes und die Integration des Museums of Modern Electro-
539 nic Music beinhaltet. Es sollen sowohl Vorschläge mit Erhalt des breiten Zuganges als auch mit
540 dessen Schließung erarbeitet werden.

541 Die nördliche Mainuferstraße wird mit Beendigung der Fernwärme-Bauarbeiten der Mainova in
542 der Berliner Straße zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke versuchsweise für die Dauer
543 eines Jahres für den Autoverkehr gesperrt.

544 Die Berliner Straße bleibt vierspurig, erhält aber einen Radweg in jeder Richtung.

545 Der Eingang des Archäologischen Museum wird an die Nordseite verlegt (Karmeliterkloster) und
546 erhält einen gemeinsamen Eingang mit dem Stadtarchiv (bei weiterer Selbständigkeit der Institu-
547 te. Der Platz vor dem Kloster wird umgestaltet und durch eine Straßenbahnhaltestelle ergänzt.
548 Auf diese Weise, auch im Zusammenhang mit der Neubebauung des früheren Rechnungshofge-
549 ländes eine Situation geschaffen, die beide Museen stärkt.

550 Die Zeilnebenstraßen werden wir im Rahmen des Innenstadtkonzepts weiterentwickeln.

551 Wir werden den Hochhausrahmenplan fortschreiben und konzeptionell weiterentwickeln. Hierbei
552 soll auch dem Wohnen angemessener Raum eingeräumt werden. Dort, wo bestehendes Pla-
553 nungsrecht bislang nicht genutzt worden ist, werden wir die aktuellen Planungen überprüfen und,
554 wenn erforderlich, die planungsrechtliche Festsetzungen verändern, um eine positive Entwick-
555 lung der Innenstadt zu erreichen.

556 Stadtteile

557 Frankfurts Herz schlägt in seinen Stadtteilen. Die Lebensqualität in den Stadtteilen werden wir
558 verbessern, ohne die angestammten Mieterinnen und Mieter zu verdrängen. Hierfür wollen wir
559 vor allem die Stadtteilzentren und ihrer Entwicklung fördern. Darum setzen wir auf sozial ge-
560 mischte Quartiere, wir setzen auf kurze Wege, auf nachhaltiges Bauen, auf Energieeffizienz, auf
561 eine gute soziale Infrastruktur, auf gute ÖPNV-Anbindung.

562 Wir stehen auch der Bildung von privatem Wohneigentum positiv gegenüber und werden Mög-
563 lichkeiten zur Eigentumbildung fördern. Wir werden den sozialen Zusammenhalt in unseren
564 Stadtteilen durch städtebauliche Programme wie beispielsweise die Projekte des „Programms
565 soziale Stadt“ weiter stärken.

566 Die Programme Schöneres Frankfurt und das Förderprogramm Räume für Kreative haben sich
567 bewährt und werden fortgeführt.

568 Das bauliche Erbe Frankfurts werden wir schützen. Die Siedlung Römerstadt wollen wir baulich
569 sanieren.

570 Der Kulturcampus ist städtebaulich eine besondere Entwicklungschance für unsere Stadt. Wir
571 bekennen uns zum Kulturcampus und werden das Projekt gemeinsam mit dem Land zum Erfolg
572 führen.

573 Frankfurt ist mit seinen gut aufgestellten Hochschulen Anziehungspunkt für Studierende aus aller
574 Welt geworden und hat sich zu einer attraktiven Hochschul- und Wissenschaftsstadt entwickelt.
575 Mit der Frankfurter Campus-Meile wollen wir dieser positiven Entwicklung gerecht werden und
576 diese weiter ausbauen. In Zusammenarbeit mit den Institutionen werden wir die konzeptionelle
577 Weiterentwicklung der Campus-Meile voranbringen.

578 Die bisherigen Bemühungen, im Rahmen des Förderprogramms Höchst die Qualität der Innen-
579 stadt Höchst als Wohngebiet und als Geschäftszentrum für breite Kreise der Bevölkerung zu
580 steigern, werden wir durch eine erweiterte kulturelle Nutzung des Bolongaropalastes unterstüt-
581 zen. Für den Bau und die Neukonzeption inklusive gastronomischer Nutzung werden wir ausrei-
582 chende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen

583 Region

584 Nach Berechnungen des Regionalverbandes müssen wir gemeinsam in der Metropolregion
585 Frankfurt / Rhein Main 184.000 Wohnungen bis zum Jahr 2030 bauen. Dies erfordert eine große
586 gemeinsame Anstrengung, die wir gemeinsam mit der Region meistern wollen.

587 Wir werden, wo immer möglich, Planungsprozesse über Gemarkungsgrenzen hinweg denken.
588 Wir begreifen das Zusammenwachsen unserer Region als große gemeinsame Entwicklungs-
589 chance.

590 Die wachsende Region wollen wir gemeinsam auf Augenhöhe gestalten.

591 Gewerbe

592 Unsere starke Industrie und die gewerbliche Wirtschaft ist ein erheblicher Standortfaktor für unse-
593 re Stadt, den es zu schützen und weiterzuentwickeln gilt. Die im Masterplan ausgewiesenen Ge-
594 werbeflächen wollen wir deshalb erhalten und gegen den Veränderungsdruck schützen. Wir wol-
595 len bisher unbebaute Gewerbeflächen aktivieren und bestehende Gewerbeflächen besser nutzen
596 und damit für die gewerbliche Wirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten erhalten und neue schaffen.

597 Landwirtschaft

598 Auch wenn im Rahmen künftiger Wohnbaulandentwicklungsprogramme landwirtschaftliche Flä-
599 chen in Anspruch genommen werden, setzen wir uns auch weiterhin für den Fortbestand einer
600 funktionierenden Landwirtschaft in unserer Stadt ein. Bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen
601 nehmen wir auch auf die Anforderungen einer sinnvollen Bewirtschaftung verbleibender Ackerflä-
602 chen Rücksicht. Den Ankauf von landwirtschaftlichen Flächen auf Frankfurter Gemarkung zur
603 Ausweisung von Ausgleichsflächen durch Umlandkommunen sehen wir kritisch. Wir werden prü-
604 fen, ob diese Praxis beendet oder zumindest eingeschränkt werden kann.

605 Städtische Wohnungsbaugesellschaften

606 Die Ursprünge der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften lagen in der Aufgabe der Versor-
607 gung von Menschen mit geringem Einkommen mit dem erforderlichen Wohnraum. Hierbei wur-
608 den über Jahrzehnte, insbesondere in Zeiten des Stadtwachstums und der Wohnungsnot großar-
609 tige Erfolge erzielt. Wir wollen, dass die beiden Wohnungsbaugesellschaften mit städtischer Be-
610 teiligung, die ABG Frankfurt Holding und Nassauische Heimstätte, diese Tradition fortsetzen. Die
611 beiden Gesellschaften werden heute hervorragend geführt und sind wirtschaftlich stark. Diese
612 Leistungsfähigkeit muss erhalten bleiben und der Frankfurter Wohnraumversorgung mit kosten-
613 günstigen Mieten zugutekommen. Insbesondere werden wir sicherstellen und darauf hinwirken,
614 dass:

- 615 • die finanziellen Überschüsse aus der Wohnungsvermietung nicht an die Gesellschaf-
616 ter ausgeschüttet, sondern zum Wohnungsneubau und für Sanierungsmaßnahmen
617 verwandt werden;
- 618 • die Mieten für Mieterinnen und Mieter in den kommenden fünf Jahren nur noch um
619 maximal ein Prozent pro Jahr angehoben werden ;
- 620 • Neubauwohnungen möglichst kostengünstig erstellt werden, um entsprechend niedri-
621 ge Baukosten und Mieten sicher zu stellen. Dabei sind nicht zwingend erforderliche
622 technische Anforderungen an die Gebäude jenseits der energetischen Standards auf
623 ihre wirkliche Notwendigkeit zu überprüfen. Die Gesellschaften sollten weiter bundes-
624 weit beispielgebend im qualitätsvollen, kostengünstigen Wohnungsneubau sein;
- 625 • mindestens 40% der neu entstehenden Wohnungen der öffentlichen Wohnungsbaue-
626 gesellschaften im geförderten Wohnungsbau entstehen;

627 Planungsorganisation

628 Die beschriebenen Herausforderungen an die Stadtentwicklung unserer wachsenden Stadt erfor-
629 dern eine stete Überprüfung der Arbeitsorganisation und Ausstattung der Planungsverwaltung.
630 Nur eine effizient arbeitende sowie qualitativ und quantitativ auf die Aufgabenstellungen der Bau-
631 leitplanung, Bodenordnung und Erschließung neuen Baulands ausgerichtete Verwaltung kann die
632 großen Herausforderungen bewältigen.

633 Die Aufstellung von Bebauungsplänen soll zeitlich gestrafft werden. Verantwortlich hierfür ist das
634 Stadtplanungsamt, das gemäß den Vorgaben des Baugesetzbuchs die städtischen Fachämter
635 entsprechend derer Belange anhört und deren Stellungnahmen im Rahmen des Verfahrens ei-
636 genständig in die Abwägung einbringt.

637 Für die zügige Entwicklung der Wohnbauflächen wird das Planungsdezernat eine Koordinie-
638 rungsarbeitsgruppe einrichten, in derer Sitzungen sich erforderlichenfalls die Fachleute der hin-
639 zuzuziehenden städtischen Ämter einbringen.

640 Als ein erster Schritt zur Stärkung des Planungsamtes werden entsprechend den zur Verfügung
641 stehenden Haushaltsmitteln alle möglichen Stellen besetzt.

642 **Wohnen**

643 Preisgünstiger Wohnraum ist für jeden Frankfurter und für jede Frankfurterin – egal ob neu zuge-
644 zogen oder hier geboren – ein wichtiges Thema. Denn viele Menschen leiden unter steigenden
645 Mieten und können sich eine Wohnung kaum oder gar nicht mehr leisten. Daher hat die Schaf-
646 fung von preisgünstigen Wohnungen eine hohe Priorität.

647 Mieterschutz

648 Wir werden die gesetzlich zur Verfügung stehenden Instrumente zum Schutz der Mieter vor Ver-
649 drängung ausschöpfen.

650 Wir werden uns ggü. dem Land Hessen für eine Rechtsverordnung einsetzen, mit der die Um-
651 wandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter einen Genehmigungsvorbehalt gestellt wird,
652 um Mieter besser vor missbräuchlichen Spekulationen zu schützen. Dieser Genehmigungsvor-
653 behalt ist mit der Einführung von Milieuschutzsatzungen notwendig, um die soziale Zusammen-
654 setzung unserer Stadtteile zu bewahren. Dieses Instrument werden wir jedoch dort nicht einset-
655 zen, wo private Eigentümer für ihren echten Eigenbedarf und als Beitrag für erweiterten Woh-
656 nungsbau ihren Bestand entwickeln möchten.

657 Preisgünstige Wohnungen

658 Unsere Anstrengungen zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum werden wir erhöhen. Dafür
659 werden wir die erforderlichen Mittel sowohl für den ersten als auch den zweiten Förderweg erhö-
660 hen und die dafür notwendigen Ressourcen bereitstellen. Den Ankauf von Belegungsrechten
661 werden wir weiter intensivieren und ausweiten. Darüber hinaus werden wir alle Möglichkeiten
662 ausschöpfen und neue Verfahren prüfen, um die Zahlen im sozialen Wohnungsbau auszuweiten.

663 Wir werden das so genannte Mittelstandsprogramm ausweiten und umbenennen zu einem
664 Frankfurter Programm für preisgünstiges Wohnen für Menschen mit mittleren Einkommen.

665 Die soziale Mischung in unseren Stadtteilen werden wir unter anderem durch die Umsetzung von
666 Milieuschutzsatzungen erhalten und den Bau geförderter Wohnungen in der gesamten Stadt er-
667 höhen. Wir werden zusätzliche Anreize für Private setzen, sich daran zu beteiligen. Um Einfluss
668 auf die verhältnismäßig sehr hohen Kosten für die Erstellung von Wohnraum zu nehmen, werden
669 wir die Stellplatzsatzung im Hinblick auf bessere Investitionsmöglichkeiten überarbeiten.

670 Pakt für Auszubildende und Studierende

671 Die Wissenschaftsstadt Frankfurt gilt es weiter zu stärken und Studierenden sowie Auszubilden-
672 den das Wohnen in Frankfurt zu ermöglichen.

673 Daher werden wir gemeinsam mit der Universität, den Hochschulen, der IHK, der Handwerkskam-
674 mer der öffentlichen Wohnungsgesellschaften einen Pakt für preisgünstiges Wohnen für Studie-
675 rende und Auszubildende in Leben rufen, um neue Modelle der Wohnungsbereitstellung für junge
676 Menschen zu verwirklichen.

677 Barrierefreies Wohnen

678 Durch die Förderung von barrierefreiem Wohnen werden wir ein selbstbestimmtes und altersge-
679 rechtes Leben ermöglichen. Seniorengerechtes Wohnen und den besonderen Bedürfnissen von
680 Menschen mit Behinderung werden wir im Wohnungsbau berücksichtigen. Solche Wohnformen
681 werden wir gezielt fördern.

682 Außenwerbung

683 Die Außenwerbung wird mit Wirkung zum 1. Januar 2018 neu ausgeschrieben.

684 **Soziales**

685 Wachsende Stadt und ihre sozialen Herausforderungen

686 Die zukünftigen Herausforderungen für die Stadt Frankfurt durch die Veränderungen in einer
687 wachsenden Stadt wollen wir unter anderem durch Weiterentwicklung von steuernden Instrumen-
688 ten für die kommunale Infrastruktur und für die sozialen Systeme in Frankfurter Stadtteilen lösen.
689 Armutsvermeidung- und Bekämpfung stehen dabei im Fokus. Unsere Programme in diesem Be-
690 reich werden wir zusammenführen und stärken. Vor diesem Hintergrund wollen wir auf lokaler
691 Ebene Strategien weiterentwickeln und stärken, die der Individualität der Stadtteile, aber auch
692 der Steuerungsaufgabe der Stadt, Rechnung tragen. Die bestehenden Strukturen wollen wir wei-
693 ter stärken und ausbauen.

694 Unser weiteres Ziel ist es, hierfür eine funktionierende integrative Kooperations- und Beteili-
695 gungsstruktur zwischen Verwaltung, Akteuren vor Ort, den lokalen Unternehmen, der Woh-
696 nungswirtschaft und den Bewohnerinnen und Bewohnern, herzustellen. Dies geschieht durch die
697 integrierende Vernetzung der einzelnen Systeme der sozialräumlich orientierten Unterstützungs-
698 angebote.

699 Nachhaltige Integration ist für uns eine Daueraufgabe. Diese wird sich prägend auf die weitere
700 Entwicklung der Frankfurter Stadtgesellschaft auswirken. Daher wollen wir auch über die ver-
701 pflichtenden Leistungen und Angebote im Bereich der schulischen Bildung, der Sprachförderung
702 und der Integration in den Arbeitsmarkt hinaus, allen in Frankfurt lebenden Generationen eine
703 besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen.

704 Migration ist in Frankfurt keine neue Entwicklung. Die neue Herausforderung wird sein, die neu
705 zuziehenden Frankfurter Bürgerinnen und Bürger, die unter anderem als Asylsuchende in Frank-
706 furt eine neue Heimat gefunden haben und ein Teil des wachsenden Frankfurts sind, in die
707 Stadtgesellschaft nachhaltig zu integrieren.

708 Die Diversität unserer Stadtgesellschaft findet auch in Zukunft ihre Berücksichtigung bei der Aus-
709 gestaltung der Sozialpolitik in Frankfurt.

710 Soziales

711 Aktive Nachbarschaft: Neben Wohnen und Arbeit sind Orte der Begegnung von existenzieller
712 Bedeutung, um Menschen eine Integration in die Stadtgesellschaft zu erleichtern und damit zu
713 ermöglichen, dass sie sich Frankfurt am Main als ihre Heimat erschließen. Die Koalition stellt sich
714 den Anforderungen der wachsenden Stadt. Die vorhandene soziale Infrastruktur ist zu sichern
715 und auf die neuen Anforderungen auszurichten. Sie ist zu qualifizieren und dort wo nötig auszu-
716 bauen und zu erweitern. Die Koalition versteht den damit verbundenen Einsatz finanzieller Mittel
717 als Investitionen in die Zukunft. Der Rahmen des Frankfurter Programms Aktive Nachbarschaft
718 ist besonders geeignet, Orte der Begegnung zu schaffen.

719 Der Ausbau von Quartiersmanagements im Rahmen des Frankfurter Programms – Aktive Nach-
720 barschaft, insbesondere in den Stadtteilen Fechenheim, Gutleut und im Frankfurter Westen wol-
721 len wir weiter vorantreiben. Die Vernetzung mit anderen Stadt(teil)entwicklungsprogrammen soll
722 zielführend weiterentwickelt werden. Dafür wollen wir die erforderlichen organisatorischen und
723 finanziellen Grundlagen in diesem Programm für eine zielorientierte Koordinierung und den erfor-
724 derlichen Ausbau einer aktiven Stadt(teil)entwicklung schaffen.

725 Es findet eine enge Kooperation der Projekte der Aktiven Nachbarschaft mit dem Bundespro-
726 gramm Soziale Stadt statt.

727 Der Frankfurt-Pass hat sich als Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen bewährt.
728 Wir werden den Frankfurt-Pass zu einem zeitgemäßen Medium weiterentwickeln und im Rahmen
729 einer elektronischen Plattform anbieten. Zur Hälfte der Wahlperiode werden wir die Einkom-
730 mensentwicklung der Bezieherinnen und Bezieher bewerten und eine Anpassung der Einkom-
731 mengengrenze für die Bezugsberechtigung vornehmen.

732 Die Öffnung der B-Ebene Hauptwache als Notquartier im Winter hat sich bewährt und schützt
733 Menschen vor Frost und Schäden an Leib und Leben. Wir werden mit geeigneten Umfeldmaß-
734 nahmen im Bereich Sozialbetreuung, Wachdienst und Sanitäranlagen ein verträgliches Miteinan-
735 der aller Nutzer der B-Ebene gewährleisten. Zudem werden die niedrigschwelligen Tagesange-
736 bote, die Bereitstellung ausreichender Schlafplätze in Einrichtungen insbesondere auch für Frau-
737 en und die aufsuchende psychosoziale Arbeit im Umgang mit Obdachlosen gestärkt.

738 Optimierung der Familienzentren: Die Familienberatungsstellen, Familienbildungsstätten sowie
739 Kinder- und Familienzentren (Kifaze) wollen wir einschließlich der bestehenden Angebote so wei-
740 terentwickeln, dass sie den Herausforderungen, die sich aus der Integration ergeben, annehmen
741 und bedienen können sowie bei kulturellen Unterschieden Hilfestellungen leisten können. Auch
742 werden zusätzliche Kinder- und Jugendzentren geschaffen.

743 Wir werden das bereits bestehende Engagement der Stadt in der Beschäftigungsförderung ver-
744 stärken und im Frankfurter Arbeitsmarktprogramm zusätzliche Mittel für Angebote zur beruflichen
745 Förderung sowie zur Integration, insbesondere im Bereich des berufsspezifischen Spracherwerbs
746 zur Verfügung stellen.

747 In Frankfurt leben über 70.000 SGB II Leistungsempfänger. Insbesondere die Langzeitarbeitslo-
748 sigkeit ist hierbei ein Problem. Wir wollen die bestehenden Programme für eine Wiedereingliede-
749 rung in den Arbeitsmarkt ausweiten. Dafür stellen wir die notwendigen finanziellen Mittel zur Ver-
750 fügung.

751 Die freien Träger der Sozial- und Jugendhilfe erbringen eine Vielzahl von Leistungen für die Bür-
752 gerinnen und Bürger im Auftrag der Stadt. Wir werden im Verlaufe der Wahlperiode dafür sorgen,
753 dass sich die Tarifierhöhungen in den Leistungen an die Träger wiederfinden. Wir werden wie bei
754 anderen Zuschussempfängern sicherstellen, dass die vereinbarten Tariftreueverpflichtungen ein-
755 gehalten und die Angebote regelmäßig evaluiert werden. Wir werden die Einhaltung von städti-
756 scher Seite flächendeckend prüfen.

757 Die Arbeit in den Frauenhäusern in Frankfurt wird weiter gefördert und Programme wie etwa die
758 Akutversorgung bei Vergewaltigten dauerhaft unterstützt.

759 Um dauerhaft eine stabile soziale Infrastruktur in unserer Stadt anbieten zu können, findet in der
760 Wahlperiode eine sozialräumliche Evaluierung der verschiedenen Angebote statt, damit mögliche
761 Doppelstrukturen abgebaut werden können und Anpassungen an neue Herausforderungen ggf.
762 schneller möglich sind.

763 Die ArmutBerichterstattung der Stadt Frankfurt wird fortgeführt

764 Jugend

765 Ein wichtiger Baustein einer gelingenden nachhaltigen Integration in einer wachsender Stadt und
766 einem gelingenden Zusammenleben einer steigenden Zahl von Bürgern Frankfurts ist der Aus-
767 bau von Jugendfreizeiteinrichtungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (2015 ca. 90.000
768 Menschen zwischen 6- und 21 Jahren, 2006 waren es ca. 80.000), z. B. in Sachsenhausen und
769 Harheim. Durch die dort stattfindenden Begegnungen der Frankfurter sowie der neu zugezoge-
770 nen Kinder und Jugendlichen bei entsprechenden Angeboten werden gegenseitiges Verständnis,

771 Zusammenarbeit und Akzeptanz gefördert. Diese Arbeit findet innerschulisch wie außerschulisch
772 unsere Unterstützung.

773 Wir wollen in den kommenden Jahren weitere inklusive freizeitpädagogische Angebote schaffen.
774 Eine auf Kinder und Jugendliche zugehende mobile Arbeit in den Stadtteilen soll als wichtiger
775 Bestandteil der Herausforderungen in einer wachsenden Stadt bei einer sich stetig verändernden
776 Zielgruppe entwickelt werden. Hierfür wollen wir die organisatorischen und finanziellen Rahmen-
777 bedingungen schaffen.

778 Das Programm „Frühe Hilfen“ spielt eine immer wichtigere Rolle für junge Familien mit einer Viel-
779 falt an Angeboten, um durch aufsuchende Betreuung den Familien in besonders schwierigen Le-
780 benslagen Unterstützung, Beratung und Begleitung bis zum Ende des 1. Lebensjahres der Kin-
781 der anzubieten und Hilfestellung beim Zugang zu bestehenden Hilfs- und Unterstützungsangebo-
782 ten in Frankfurt zu geben. Wir wollen das Programm „Frühe Hilfen“ weiter ausbauen und die
783 „Netzwerkkoordination Frühe Hilfen“ dauerhaft sichern und bedarfsgerecht bis zum 3. Lebensjahr
784 vorsehen. Das als soziales Frühwarnsystem in Geburtskliniken entwickelte Programm „Babyot-
785 se“ soll dauerhaft in Frankfurt bestehen bleiben und nach Möglichkeit auf weitere Kliniken aus-
786 geweitet werden.

787 Um schnell auf Straftaten von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zu reagieren und
788 diese möglichst zu verhindern, gibt es im Westen und Norden Frankfurts bereits zwei Häuser des
789 Jugendrechts. Die koordinierte Zusammenarbeit mehrerer staatlicher und städtischer Stellen hat
790 sich sehr gut bewährt. Innerhalb kurzer Zeit können den jungen Menschen Angebote gemacht
791 und Lösungen aufgezeigt werden, um so weitere Straftaten zu verhindern und Weichenstellun-
792 gen für eine straffreie Zukunft vorzunehmen. Wir möchten durch die sukzessive Einrichtung von
793 ein bis zwei weiteren Häusern des Jugendrechtes allen gefährdeten Frankfurter Kindern und Ju-
794 gendlichen helfen, ein straffreies Leben zu führen.

795 Gesundes und behütetes Aufwachsen soll für jedes Kind in Frankfurt selbstverständlich sein -
796 auch für diejenigen, die in Familien mit schwierigen finanziellen Verhältnissen leben und sich
797 nicht regelmäßig ein abwechslungsreiches Mittagessen leisten können. Um die Entwicklungs-
798 und Teilhabechancen von jungen Menschen zu verbessern, wurde in Frankfurt stadtweit das Pro-
799 jekt "Pädagogischer Mittagstisch" aufgelegt. Zahlreiche Einrichtungen der offenen Kinder- und
800 Jugendarbeit, Kirchengemeinden, Nachbarschaftszentren und Vereine bieten regelmäßig einen
801 Mittagstisch für Kinder und Jugendliche an, oft gepaart mit pädagogischen Projekten wie Haus-
802 aufgabenbetreuung, Bewegungsangeboten und Förderung von Wissen um gesundheitsbewusste
803 Ernährung. Wir möchten die Angebote des pädagogischen Mittagstisches stadtweit sichern, aus-
804 bauen und anpassen.

805 Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte sind enorm. Die männliche Norma-
806 lernerwerbsbiographie in der Gesellschaft, nicht zuletzt durch den Wegfall vieler (typisch männlicher)
807 Berufsbilder, wurde zum Auslaufmodell, die Geschlechterkonstruktionen und die traditionelle Rol-
808 lenverteilung zwischen Mann und Frau sind im Wandel begriffen und die gesellschaftlichen An-
809 forderungen an Mädchen und Jungen haben sich geändert. Insbesondere Kinder und Jugendli-
810 che aus Familien mit Migrationshintergrund sehen sich häufig mit divergierenden kulturellen
811 Normen in Familie und Gesellschaft konfrontiert. Wir möchten neben den weiterhin wichtigen
812 mädchenstypischen Angeboten mit einem Programm die soziale, kulturelle und schulische
813 Entwicklung speziell von Jungen unterstützen, auch durch Anregungen für die Bildung entspre-
814 chender freier Träger. Eine wichtige Aufgabe der Jungenarbeit besteht auch darin, aktiv den in-
815 terkulturellen Dialog im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter zu führen.

816 Um jungen Menschen bei der Suche nach einer beruflichen Perspektive zu helfen, wird gemein-
817 sam mit der Wirtschaft und den Kammern in Frankfurt ein Programm „Ausbildungsgarantie“ auf-
818 gesetzt.

819 Das „Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugend-
820 lichen in Frankfurt“ wird als Grundlage für die weitere Arbeit genutzt, um maßgeschneiderte An-
821 gebote für Familien und Kinder in Frankfurt machen zu können.

822 Inklusion

823 Die Herstellung der Barrierefreiheit in Frankfurt am Main ist seit Jahren ein besonderes Anliegen
824 der städtischen Körperschaften. Wir haben das Ziel, die Stadt barrierefrei zu gestalten und be-
825 nachteiligten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu wird die
826 Stadt barrierefrei weiterentwickelt.

827 Die Arbeit der Frankfurter Behinderten-Arbeitsgemeinschaft wird weiter gefördert.

828 Die Mittel für Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Ein-
829 richtungen werden aufgestockt und im Sinne des Inklusionsgedankens nicht nur für Maßnahmen
830 bei körperlichen Beeinträchtigungen, sondern auch für geistige und psychische Beeinträchtigun-
831 gen vorgesehen.

832 Der Internetauftritt und Veröffentlichungen der Stadt Frankfurt werden bürgerfreundlicher und
833 barrierefreier durch die Anwendung von leichter Sprache.

834 Senioren – Leben im Alter in Frankfurt

835 Leben im Alter in Frankfurt bedeutet für uns, älter werdenden Bürgern die Gewissheit zu geben
836 nach ihren eigenen Bedürfnissen in den gewünschten Strukturen alt werden zu können, mobil zu
837 bleiben, sicher und selbstbestimmt zu leben. Dadurch wird das Miteinander der Generationen
838 gestärkt. Wir setzen uns für ein generationengerechtes und inklusives Frankfurt ein, das allen
839 Menschen Chancen bietet kompetente Ansprechpartner für alle Anliegen zu finden. Wir wollen
840 ältere Menschen in ihrer Kompetenz stärken, um im eigenen sozialen Umfeld, in ihrem Quartier,
841 so lange wie möglich leben zu können. Wir wollen alle Maßnahmen die in einer Stadt mit stei-
842 genden Bewohnerzahlen erforderlich sind, in eine sozialräumliche Betrachtung der Sozialplanung
843 einbinden.

844 Für ältere Menschen, die auf aktive Hilfe angewiesen sind, werden wir die Möglichkeiten einer
845 modernen sozialen Infrastruktur bereit halten und nutzen, damit sie selbstständig und selbstbe-
846 stimmt leben können. Dazu gehört die Unterstützung und Anerkennung professioneller und eh-
847 renamtlicher sozialer Netze, die dazu beitragen, dass Menschen mit einem eingeschränkten Ak-
848 tionsradius nicht aus ihrem sozialen Umfeld ausgeschlossen werden.

849 In Frankfurt engagieren sich gerade ältere Bürger beispielhaft ehrenamtlich. Dieses Engagement
850 von Seniorinnen und Senioren wollen wir weiter unterstützen und aktivieren sowie die Selbsthil-
851 festruckturen zur Unterstützung bei der demographischen Entwicklung fördern.

852 Wir bewahren die gesetzten Standards in der offenen Altenhilfe und werden den neuen Entwick-
853 lungen durch neue Wege Rechnung tragen.

854 Wir wollen die zukunftsorientierte Senioren- und Inklusionspolitik vorantreiben durch Maßnahmen
855 im Sinne einer altersfreundlichen Stadt („Agefriendly City“ nach der Terminologie der Weltge-
856 sundheitsorganisation).

857 Wir stärken den Seniorenbeirat durch die Einräumung von Rechten zur eigenständigen Öffent-
858 lichkeitsarbeit, durch bessere Verzahnung mit den Gremien der Stadtpolitik und den städtischen

859 Einrichtungen, durch den Auftrag zur Erstellung eines jährlichen Tätigkeitsberichts und durch Be-
860 fassung bei Planungsvorhaben und der Auswertung von Gutachten, die sein Aufgabenfeld betref-
861 fen.

862 Wir werden weitere Fitness-Parcours einrichten und durch zusätzliche Sitzbänke im öffentlichen
863 Raum die Mobilität von Senioren unterstützen. Für die Verbesserung der Teilhabe von Senioren
864 am öffentlichen Leben werden wir deren besondere Belange bei der Gestaltung des öffentlichen
865 Raums berücksichtigen, beispielsweise durch gute Ausleuchtung der Fußwege.

866 Das existierende Angebot „Aktiv im Alter“ der Volkshochschule wird durch Hinzunahme der sons-
867 tigen außeruniversitären Bildungsangebote für Senioren, unter aktiver Teilhabe der Betroffenen,
868 zu einer virtuellen „Akademie des Alters“ ausgebaut, mit der solche Bildungsangebote umfassend
869 und leicht zugänglich zusammengefasst, dargestellt und angeboten werden.

870 In drei Pilotprojekten soll eine moderne quartiersbezogene Altenarbeit erprobt werden. Wesentli-
871 chen Einfluss sollen dabei Aspekte der Inklusion haben (z.B. Menschen mit Behinderungen, Mig-
872 ranten).

873 In Anlehnung an das Frankfurter Forschungsprojekt „Hier will ich wohnen bleiben“ sollen in den
874 Stadtteilen Schwanheim, Bockenheim und Nordweststadt, ggf. Je nach Bedarfslage in begrenz-
875 ten Quartieren, alle Akteure mit der Bevölkerung zusammen gebracht werden. In einem partizipa-
876 tiven Prozess (= Fortschreibung der Partizipativen Altersplanung) soll die Vernetzung unterei-
877 nander im Sinne einer guten Zusammenarbeit und Abstimmung vorangetrieben werden, so dass
878 freie Träger, Vereine und Verbände, Nachbarschaftsbüros und Initiativen sowie Stadtverwaltung
879 und andere gemeinsam an einer altersgerechten Infrastruktur für die älteren Menschen vor Ort
880 arbeiten. Dabei verfügen sie über die bisherigen Zuschüsse im Rahmen der städtischen Förde-
881 rung der Offenen Altenhilfe. Die Projekte sind ergebnisoffen angelegt, d. h. dass die bisherigen
882 Angebote – je nach Bedarfslage der älteren Menschen – angepasst werden. Die Pilotprojekte
883 werden mit einer Moderation unterstützt. Es erfolgt eine begleitende Evaluation.

884 Um ältere Menschen besser über soziale, medizinische und andere Angebote in den Stadtteilen
885 zu informieren, werden dezentrale Stadtteilatlanten für Senioren aufgelegt.

886 Um ein breites Angebot an Seniorentreffs vorhalten zu können, werden in den nächsten Jahren
887 unter sozialräumlicher Betrachtung neue Treffpunkte eingerichtet.

888 Zur Stärkung der Arbeit von Senioren-genossenschaften soll deren Arbeit mit Unterstützung der
889 Stadt weiter vernetzt werden.

890 Zum Schutz von älteren Menschen vor Kriminalität werden weiterhin bedarfsgerechte Maßnah-
891 men ergriffen, wie Z.B. Beratung, sichtbare Präsenz von Ordnungskräften im öffentlichen Raum
892 und die Ausgestaltung von Fußwegen, Treppen, U- und S- Bahnstationen und Unterführungen.

893 Als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger bei auftretenden Qualitätsmängeln in der häusli-
894 chen und stationären Pflege von Angehörigen wird im Jugend- und Sozialamt eine entsprechen-
895 de Ombudsstelle eingerichtet.

896 Dem Erhalt der Geschäfte für den täglichen Bedarf im Nahbereich für ein seniorenfreundliches
897 Umfeld wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

898 Eine bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung ist gerade für ältere Menschen
899 besonders wichtig. Das gilt auch für die geriatrische Versorgung. Daher wird sich die Stadt in
900 Verbindung mit der Kassenärztlichen Vereinigung für eine bestmögliche flächendeckende, allge-
901 meinmedizinische Versorgung in Frankfurt einsetzen. Die Notfallversorgung darf nicht allein zu
902 Lasten einiger Krankenhäuser und der Patienten gehen.

903 Flüchtlinge

904 Bei der Entwicklung der Flüchtlingszahlen haben die bundespolitischen Entscheidungen unmittelbare Auswirkungen auf die Kommunen. Frankfurt hat mit der Errichtung der Stabsstelle Flüchtlingsmanagement sehr schnell reagiert und die nötigen Ressourcen in der Stadtverwaltung gebündelt. Die Stabsstelle Flüchtlingsmanagement wird der laufenden Entwicklung angepasst und ggf. über die avisierte Zeit hinaus fortgeführt.

909 In Zusammenarbeit mit Frankfurter Stiftungen ist es gelungen, das Projekt „Frankfurt hilft – Engagement für Flüchtlinge“ ins Leben zu rufen. Frankfurt hilft hat sich als erfolgreicher Initiator, Moderator, Ideen- und Austauschort etabliert. Wir werden dafür Sorge tragen, dass „Frankfurt hilft“ auch in Zukunft so lange wie nötig erhalten bleibt.

913 Frankfurt hat bisher vorbildliche Arbeit bei der Betreuung und Integration von Flüchtlingen betrieben. Um das auch weiterhin zu gewährleisten, werden wir die Unterkünfte für Flüchtlinge im Stadtgebiet bedarfsgerecht und möglichst dezentral ausbauen. Wir achten dabei darauf, dass den unterschiedlichen Bedürfnissen der geflüchteten Menschen und deren Schutz vor Diskriminierung und Gewalt auch innerhalb der Unterkünfte Rechnung getragen wird.

918 Die bestehenden Programme zur Sprachförderung und Integration durch Bildung werden wir in einem Gesamtkonzept zusammenführen.

920 Ehrenamt und Partizipation

921 Ohne bürgerschaftliches Engagement, ohne die Arbeit von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, ohne nachbarschaftliches Engagement oder die Arbeit der Stiftungen wäre Frankfurt menschlich ärmer und könnte viele der Angebote der sozialen Stadt nicht leisten. Bei der Bewältigung der sozialen Herausforderungen Frankfurts setzen wir daher auch in der Zukunft auf die aktive Förderung und Unterstützung des Ehrenamtes und die Einbindung der Stiftungen in Frankfurt.

927 Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken und Programme wie z.B. das Spatz-Programm als Instrument zur Vermittlung der demokratischen Willensbildung weiter fördern.

930 **Umwelt**

931 Umwelt- und Klimaschutz sind gerade in unserer wachsenden Stadt Pflichtaufgaben, wenn wir
932 auch in Zukunft Lebensbedingungen sicherstellen wollen, die gesund und attraktiv sind.

933 Frankfurt hat es in den vergangenen Jahren geschafft, den Ausstoß schädlicher Treibhausgase
934 trotz wachsender Bevölkerung und wachsender Wohn- und Gewerbeflächen pro Kopf zu senken.
935 Aber gerade Umwelt- und Klimaschutz muss auch über die Stadtgrenzen hinausgreifen. Als Kern
936 der Region wird Frankfurt auch in den nächsten fünf Jahren alle Anstrengungen unternehmen,
937 um die Nachhaltigkeit weiter zu befördern. Zusammen mit den Nachbarkommunen werden wir
938 darüber hinaus die Idee der Green City zur Vision einer Green Region weiterentwickeln.

939 Masterplan 100% Klimaschutz

940 Der Masterplan 100% Klimaschutz wird als Orientierung und Strategie für künftiges Verwaltungs-
941 handeln mit dem Ziel, Frankfurt spätestens bis 2050 mit 100 Prozent regenerativer Energie zu
942 versorgen, konsequent umgesetzt.

943 Für die Erreichung dieses Ziels ist eine Absenkung des Energiebedarfs um 50 % erforderlich. Um
944 dieses Ziel zu erreichen, werden wir

- 945 • Nahwärmenetze ausbauen, und an das weiter wachsende Fernwärmenetz anschlie-
946 ßen.
- 947 • ein Energiekataster aufbauen, das die räumliche Verteilung von Erzeugung und Ver-
948 brauch präzise erfasst,
- 949 • mit Hilfe der städtischen Gesellschaften eine Vorbildfunktion für den Ausbau der So-
950 larnutzung (Photovoltaik und Thermosolar) wahrnehmen. Es werden Modelle entwi-
951 ckelt, bei denen die Mieter von dem produzierten Strom profitieren.
- 952 • die Kampagne "Frankfurt spart Strom" für Haushalte und Büros weiterführen
- 953 • die Beratung für kleine und mittlere Unternehmen über Energiemanagementsysteme
954 verstärken und das Energiereferat entsprechend ausbauen
- 955 • innovative und ökologische Pilotprojekte bei städtischen Beteiligungen vorantreiben
956 und insgesamt durch Beratung und Unterstützung insbesondere bei der Kommunika-
957 tion fördern.

958 Eine besondere Bedeutung kommt bei der Umsetzung des Masterplans dem energieeffizienten
959 Bauen zu. Der Passivhausstandard oder neuere und noch energieeffizientere Verfahren bei
960 Neubau und Sanierung sind zur Erreichung der Klimaziele unverzichtbar. Wir werden bei der
961 Bewertung von Bauvorhaben den bisher gegangenen Weg daher fortsetzen: Frankfurt bleibt Kli-
962 maschutzstadt und die Stadt geht mit gutem Beispiel voran. Die bisherigen energetischen Stan-
963 dards bei städtischen Gebäuden haben gezeigt, dass es möglich ist, zeitnah die Schaffung von
964 Infrastruktur, erhebliche energetische Einsparpotentiale und Kostenverantwortung miteinander in
965 Einklang zu bringen. Bei technisch besonders komplexen Gebäuden kann im Einzelfall in Ab-
966 stimmung zwischen dem Energiemanagement und dem Energiereferat geprüft werden, ob die
967 energetischen Vorgaben der Passivhausbauweise partiell durch andere Maßnahmen ersetzt
968 werden können.

969 Aber auch die alternative Energiegewinnung ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Klimaschutz-
970 Programms. Die Förderung und der Ausbau von Solarthermie/Solarenergie werden mit besonde-
971 ren Anstrengungen verfolgt. Wir werden auch hier bei städtischen Bauten vorangehen, Förder-
972 programme auflegen und mit einer Kampagne bewerben und generell die Bürgerberatung in-

973 tensivieren. Wir wollen, dass deutlich mehr Anlagen zur Nutzung der Sonne (Photovoltaik und
974 Thermosolar) in Frankfurt gebaut werden.

975 Klimaschutz ist wie die gesamte Umweltpolitik auch regionale Aufgabe. In diesem Zusammen-
976 hang werden wir regionale Projekte zum Klimaschutz werden umsetzen und die Kooperationen
977 ausbauen. Insbesondere unterstützen wir die seit April 2013 bestehende Kooperation mit dem
978 Regionalverband Frankfurt- RheinMain zur Entwicklung eines regionalen Energiekonzeptes.

979 Klimaanpassung

980 Großen Teilen Frankfurts droht durch den Klimawandel eine Überhitzung. Die beschlossene An-
981 passungsstrategie wird daher mit Leben gefüllt und u.a. ein Programm zur Klimavorsorge gestar-
982 tet.

983 Frankfurt legt einen Klimafonds in Höhe von 10 Mio € für die nächsten fünf Jahre auf. In diesen
984 Fonds fließen jährlich 2 Mio € aus dem städtischen Haushalt. Weitere Mittel von Privaten, Stif-
985 tungen sowie aus Landes-, Bundes- oder EU-Programmen können eingeworben werden. Mittel
986 aus diesem Programm sollen genutzt werden, um derzeit versiegelte öffentliche Plätze zu entsie-
987 geln und zu begrünen sowie klimafreundliche Maßnahmen im Gebäudebestand zu fördern. Mit
988 Fördermitteln aus dem Programm werden wir unter Berücksichtigung sozialer Komponenten ins-
989 besondere in kurzer Zeit 100 Dachbegrünungen, 100 Hofbegrünungen und 100 innovative Pro-
990 jekte wie Sonnensegel, Pergolen oder Trinkbrunnen fördern.

991 Bei Neu- und Umbauten sollen Bauherren intensiv über die Auswirkungen ihres Gebäudes auf
992 das Mikroklima und über Fördermöglichkeiten beraten werden. Bei eigenen Neubauten, im öf-
993 fentlichen Wohnungsbau und in Preisgerichten misst die Stadt künftig der Klimavorsorge densel-
994 ben hohen Stellenwert wie dem Klimaschutz bei.

995 Grünflächen, Spielplätze und Parkanlagen

996 Frankfurt muss – gerade im Zeichen den Klimawandels und des Bevölkerungswachstums – eine
997 Stadt bleiben, die auch für künftige Generationen lebenswert bleibt.

998 Die zahlreichen Grünflächen sind für den Umwelt- und Klimaschutz von elementarer Bedeutung.
999 Zugleich sind sie öffentliche Räume, die für alle Frankfurterinnen und Frankfurter unverzichtbar
1000 sind. Die bestehenden Grünflächen werden deshalb geschützt und gepflegt, wir werden sie mit-
1001 einander vernetzen und ihre Attraktivität weiter steigern.

1002 Der GrünGürtel, der in diesem Jahr 25 Jahre besteht, ist ein besonderes Markenzeichen unserer
1003 Stadt. Er wird vor Bebauung geschützt und wo möglich erweitert, zum Beispiel indem wir die Flä-
1004 che des künftigen „GrünGürtelPark Nieder-Eschbach“ sukzessive dem GrünGürtel zuschlagen.
1005 Hierbei beginnen wir mit dem östlichen Bereich. Wir werden den GrünGürtel durch Speichen bis
1006 zu den Wallanlagen ergänzen, um die Folgen des Klimawandels abzumildern und gerade in den
1007 dicht bebauten Stadtteilen Erholungs- und nicht-kommerzielle Begegnungsräume zu schaffen. Im
1008 Sinne der zusammenwachsenden Region wird der GrünGürtel über Strahlen mit dem Regional-
1009 park zusammengeführt.

1010 Auch die Qualität der Spielplätze werden wir stetig verbessern und diese wichtigen Orte insbe-
1011 sondere mit den jungen Frankfurterinnen und Frankfurtern weiter entwickeln. Wir werden weitere
1012 Möglichkeiten für vereinsungebundenen Sport für alle Altersgruppen schaffen.

1013 Um die vorhandenen Grünflächen im Besitz der Stadt möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern
1014 zugänglich zu machen, werden in Abstimmung mit den Beteiligten Möglichkeiten der Öffnung von
1015 Sportanlagen und Freizeitgartenanlagen im GrünGürtel geprüft.

1016 Um die existierenden und die hinzukommenden Grünflächen-, Freizeit- und Parkanlagen und
1017 Spielplätze ausreichend pflegen und unterhalten zu können, wird das Grünflächenamt mit ausrei-
1018 chend finanziellen Mitteln (zusätzlich 2 Mio € pro Jahr) und mit zusätzlichem Personal ausgestat-
1019 tet. Um die Sauberkeit der Grünflächen zu verbessern, benötigen wir allerdings darüber hinaus
1020 die Hilfe der Benutzerinnen und Benutzer. Wir werden mit Kampagnen um diese Unterstützung
1021 werben und Maßnahmen erarbeiten, die die Sauberkeit verbessern.

1022 Auch in der Großstadt ist Platz für Gärten. Mit der Entwicklung einer Kleingartenstrategie soll
1023 aufgezeigt werden, welchen Raum und Stellenwert die Kleingärten in der wachsenden Stadt ha-
1024 ben sollen. Aber auch Initiativen und Projekte zum urban gardening können nach wie vor auf un-
1025 sere aktive Unterstützung bei der Suche nach Flächen und der Umsetzung zählen.

1026 Friedhöfe

1027 Die 36 Frankfurter kommunalen Friedhöfe nehmen neben ihrer Funktion als letzte Ruhestätte
1028 auch zunehmend wichtige soziale, kulturelle und ökologische Aufgaben für die Stadt und ihre
1029 Bürgerinnen und Bürger wahr. Wir setzen uns für die Schaffung eines Friedwalds in Frankfurt ein.
1030 Auch wünschen wir die Errichtung je einer Urnenwand oder eines Kolumbariums auf zumindest
1031 jedem größeren oder mittleren Friedhof.

1032 Sauberkeit

1033 Gepflegte Grünanlagen und ein sauberes Wohn-, Arbeits- und Einkaufsumfeld sind entschei-
1034 de Wohlfühlfaktoren für die Bürgerinnen und Bürger. Die Stabsstelle „Sauberes Frankfurt“ hat
1035 sich in den letzten Jahren um die Stärkung dieses Bewusstseins sehr verdient gemacht. Wir un-
1036 terstützen diese Arbeit nachdrücklich.

1037 Flächenpolitik

1038 Frankfurt liegt im Zentrum einer Metropolregion, in der die Aufgaben Wohnungsbau, Schaffung
1039 neuer Grünflächen, soziale und kulturelle Infrastruktur und Mobilität als regionale Aufgabe ver-
1040 standen werden müssen.

1041 Wir müssen uns aber auch unserer speziellen Verantwortung innerhalb unseres eigenen Stadt-
1042 gebietes stellen. Den Ausgleich zwischen Wohnungsbau, Infrastrukturmaßnahmen und ökologi-
1043 schen Ausgleichflächen werden wir weiterhin vor allem innerhalb der Stadtgrenzen sichern. Aus-
1044 nahmen in begründeten Einzelfällen werden nicht dazu führen, dass die Frage des ökologischen
1045 Ausgleichs als Aufgabe an andere Kommunen delegiert wird. Wir werden ebenso darauf achten,
1046 dass auch andere Kommunen ihre Ausgleichsverpflichtungen nicht auf Kosten von Flächen der
1047 Stadt Frankfurt abwälzen.

1048 Der vorsorgliche Aufkauf weiterer landwirtschaftlichen Flächen und die Wahrnehmung von Vor-
1049 kaufsrechten durch die Stadt ist sowohl aus wohnungspolitischer als auch ökologischer Sicht
1050 grundsätzlich sinnvoll, und wird von uns als strategisches Element der Flächenpolitik wahrge-
1051 nommen.

1052 Main und Nidda als Naturräume

1053 Die in den letzten Jahren erfolgreich unternommenen Anstrengungen zu Renaturierungen an
1054 Main und Nidda setzen wir fort. Die Aktivitäten werden gemeinsam zwischen Umweltdezernat
1055 und der beim Verkehrsdezernat angesiedelten Stadtentwässerung verantwortet.

1056 Umweltbildung

1057 Das Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge ist gerade auch für Menschen, die in einer
1058 hoch verdichteten Stadt aufwachsen, wichtig. Wir werden die vielen Initiativen, die sich um die
1059 Verbreitung von Wissen um diese Zusammenhänge engagieren, weiterhin unterstützen. Eine
1060 wichtige Rolle spielt hierbei insbesondere der Verein „Umweltlernen“.

1061 **Kultur**

1062 Kultur und Kreativität

1063 Frankfurt ist eine lebendige und wachsende Kulturstadt. Wir werden Exzellenz, Innovation und
1064 Vielfalt fördern. Die großen, exzellenten Institutionen wie die Städtischen Bühnen und die Muse-
1065 en werden wir weiter unterstützen, damit sie weiterhin ihre Strahlkraft entfalten und verstärken
1066 können. Gleichzeitig werden wir die Vielfalt der kulturellen Angebote, vor allem der Freien Szene,
1067 stärker fördern und entsprechend ihrem Stellenwert für das künstlerische Leben in Frankfurt be-
1068 rücksichtigen. Wir wollen Innovation und Kreativität fördern, um Frankfurt wieder zu einem Labor
1069 werden zu lassen, das es den Kulturschaffenden ermöglicht, neue Wege zu gehen.

1070 Kultur für alle ist unser Auftrag. Wir ermöglichen den Zugang zu den Kulturangeboten der Stadt
1071 und zur kulturellen Bildung für alle Bevölkerungsgruppen.

1072 Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in Frankfurter Museen

1073 Der Eintritt in die Dauerausstellungen der städtischen Museen ist für alle Kinder und Jugendliche
1074 bis 18 Jahre frei. Gleichzeitig wollen wir die pädagogischen Angebote in den Museen erweitern.
1075 Damit leisten wir einen Beitrag zu mehr kultureller Bildung in dieser Stadt. Die Erfahrungen aus
1076 anderen deutschen Städten zeigen, dass durch einen kostenlosen Eintritt neue Besuchergruppen
1077 für die Kunst gewonnen werden können. Kultur für alle, insbesondere für Kinder und Jugendliche,
1078 darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

1079 Vielfalt der Museen

1080 Das Frankfurter Museumsufer und die Vielfalt der städtischen und privaten Museen sind in
1081 Deutschland einzigartig. Insbesondere das Weltkulturenmuseum braucht eine Perspektive. Wir
1082 werden in dieser Wahlperiode eine Standort-Entscheidung treffen, eine Machbarkeitsstudie für
1083 den Erweiterungsbau in Auftrag geben und die Finanzierung klären. Wir werden das Struwwelpet-
1084 er-Museum bei seinen Plänen in der Frankfurter Altstadt und weiterhin die Verwirklichung des
1085 Museum Of Modern Electronic Music (MOMEM) an der Hauptwache unterstützen.

1086 Zentraldepot

1087 Wir wollen in den nächsten Jahren den Neubau eines energieeffizienten Zentraldepots vorantrei-
1088 ben, um insbesondere die umfangreichen Sammlungen des Weltkulturen-, Architektur-, Histori-
1089 schen und Jüdischen Museums und anderer kultureller Institutionen zusammen unter einem
1090 Dach ordnungsgemäß unterzubringen.

1091 Jugendkunstschule

1092 Wir werden in Kooperation mit Dritten ein Konzept für eine Jugendkunstschule erarbeiten, die
1093 Kindern und Jugendlichen außerhalb des Schulbetriebs einen Raum für eigenes kreatives Schaf-
1094 fen eröffnet. Hierfür wollen wir Sponsoren und Stifter gewinnen.

1095 Stadthaus als Ort der Begegnung und Kultur

1096 Das Stadthaus als erster Baustein der neuen Altstadt soll eine gemeinsame, öffentliche Nutzung
1097 verschiedener Einrichtungen ermöglichen. Der große Saal bleibt als Veranstaltungsraum für die
1098 allgemeine Öffentlichkeit nutzbar. Wir werden daneben ein gemeinsames Nutzungskonzept für
1099 ein ökumenisches Kirchenmuseum im Zusammenwirken von Ikonenmuseum und Dommuseum,
1100 gegebenenfalls unter Einbeziehung von Exponaten aus der evangelischen Kirche, für Teile des

1101 Stadthauses realisieren. Die Verwaltung des Stadthauses wird geprüft unter Einbeziehung der
1102 Saalbau und des Hauses am Dom.

1103 Schaffung eines eigenständigen Kinder- und Jugendtheaters

1104 Wir werden ein eigenständiges Kinder- und Jugendtheater in Frankfurt etablieren. Hierzu werden
1105 wir geeignete Standorte prüfen, wobei das Zoogesellschaftshaus unsere erste Priorität darstellt.
1106 Das Frankfurter Kinder- und Jugendtheater soll in selbstständiger Trägerschaft geführt werden.
1107 Die entsprechenden finanziellen Mittel hierfür werden wir im Haushalt bereitstellen.

1108 Theaterförderung

1109 Wir bekennen uns zur Sanierung der Theater-Doppelanlage der Städtischen Bühnen und werden
1110 – nach Prüfung aller möglichen Varianten – die erforderlichen Mittel im Haushalt bereitstellen.
1111 Ebenso wollen wir die Freie Theaterszene stärken und ihre Finanzierung deutlich verbessern.
1112 Gemäß den Empfehlungen der Theaterallianz werden wir die Theaterförderung um 2 Mio. € pro
1113 Jahr erhöhen. Die Arbeit des Theater-Beirats werden wir konstruktiv begleiten und, soweit wir in
1114 den ersten Jahren seiner Arbeit strukturellen Verbesserungsbedarf identifizieren, optimieren.
1115 Auch die Privattheater gehören selbstverständlich zu unserer vielfältigen Theaterlandschaft.

1116 Freie Kulturszene

1117 Die Freie Szene und auch die kleineren Häuser, sollen eine ihrer Bedeutung entsprechende Be-
1118 rücksichtigung im Kulturretat der Stadt Frankfurt erhalten. Wir werden die Zuschüsse für die Freie
1119 Szene um 2 Mio. € pro Jahr erhöhen und somit in Frankfurt mehr experimentelle und avantgar-
1120 distische Kunst ermöglichen. Außerdem wird dadurch der finanzielle Spielraum geschaffen, um
1121 auch im Kulturbereich bessere Löhne und Gagen bezahlen zu können. Im Dezernat für Wissen-
1122 schaft und Kunst werden wir eine Anlauf- und Beratungsstelle für Freie Initiativen und Projekte
1123 einrichten, die sie bei der Antragstellung unterstützt.

1124 Film und Kino

1125 Wir werden die Film- und Kinoszene und ihre Initiativen wie das Filmhaus Frankfurt finanziell
1126 stärken. Den zahlreichen Frankfurter Filmfestivals wollen wir mit einem Film- und Festivalzentrum
1127 einen zentralen Ort geben, an dem sie überregional wahrgenommen werden und unter professi-
1128 onellen Bedingungen ihre vielfältigen Programme zeigen können. Gemeinsam mit weiteren Insti-
1129 tutionen, wie dem Filmhaus, dem Medienzentrum, dem Bundesverband Jugend und Film, dem
1130 Bundesverband kommunale Filmarbeit sowie den hessischen Filmfördereinrichtungen soll dort
1131 eine Anlaufstelle für Filmschaffende aus der Rhein-Main-Region entstehen. Wir werden eine
1132 Machbarkeitsstudie für die Realisierung dieses Projekts in Auftrag geben. Bis zur Realisierung
1133 werden wir die Förderung der Filmfestivals erhöhen, um ihnen die Ausrichtung der Festivals in
1134 anderen Spielstätten weiterhin zu ermöglichen. Darüber hinaus werden wir im Amt für Wissen-
1135 schaft und Kunst einen Fachbereich „Film und Medien“ einrichten.

1136 Kulturcampus

1137 Wir werden die Entwicklung des Kulturcampus Frankfurt vorantreiben. Um Synergien freizuset-
1138 zen und neue Impulse zu initiieren, wollen wir gemeinsam mit den Kultureinrichtungen des „Fo-
1139 rum Kulturcampus“ ein Konzept erarbeiten, wie auf dem ehemaligen Campusgelände ein Ort der
1140 Moderne mit internationaler Ausstrahlung realisiert werden kann. Diese Entwicklung werden wir
1141 unterstützen und als Stadt unseren Beitrag zu deren Verwirklichung leisten. Auch das „Offene
1142 Haus der Kulturen“ wollen wir bei seinem Vorhaben finanziell unterstützen und ihm im Studieren-
1143 denhaus eine Heimat geben.

1144 Erhalt der Bürgerhäuser – Förderung der Stadtteilkultur

1145 Die Frankfurter Bürgerhäuser werden wir erhalten. Sie tragen entscheidend zur Begegnung der
1146 Menschen und zum kulturellen Leben in den Stadtteilen bei. Projekte und lokale, kulturelle Initia-
1147 tiven wollen wir mit einem Stadtteilkultur-Programm unterstützen.

1148 Kulturentwicklungsplanung

1149 Wir wollen unter Federführung des Kulturdezernats im Rahmen eines professionell gemanagten
1150 Beteiligungsprozesses einen Kulturentwicklungsplan für Frankfurt aufstellen und so die Stadtge-
1151 sellschaft in die zukünftige Entwicklung der Frankfurt Kulturlandschaft einbinden. Ziel ist dabei,
1152 den Kultureinrichtungen Planungssicherheit in Bezug auf ihre künftige Entwicklung zu geben und
1153 neue Perspektiven zu eröffnen.

1154 Kreative Räume

1155 Wir werden das erfolgreiche „Programm zur Förderung des Umbaus leerstehender Räume für
1156 Kreative“ weiterführen und ausbauen, um weiterhin projektbezogene Zwischennutzungen durch
1157 Künstler und Kreative im gesamten Stadtgebiet fördern zu können. Künstler und Kreative wollen
1158 wir bei der Suche nach Produktions- und Darstellungsorte aktiv unterstützen.

1159 Musik in Frankfurt

1160 Frankfurt hat nach wie vor eine lebendige und attraktive Musikszene, die unter anderem mit dem
1161 geplanten Museum Of Modern Electronic Music gewürdigt wird. Wir werden die lokale Szene wei-
1162 ter unterstützen durch den Ausbau der Proberäume und die stärkere Förderung von Spielstätten.
1163 Außerdem wollen wir auch die Frankfurter Bühne auf dem Museumsuferfest wieder aufleben las-
1164 sen. Wir werden den guten und vertrauensvollen Dialog mit der Clubszene weiter führen.

1165 Zoo – Pinguinanlage

1166 Der Frankfurter Zoo ist nicht nur der zweitälteste Zoo in Deutschland, er ist auch einer der belieb-
1167 testen Freizeitorte für die Frankfurterinnen und Frankfurter und die Menschen in der Region und
1168 wird gerade von Familien gerne besucht. Er leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zum
1169 Artenschutz. Wir wollen den Zoo weiterentwickeln und das Sanierungsprogramm fortschreiben.
1170 Er soll in einem nächsten Schritt mit einem Neubau ein angemessenes Pinguin-Haus erhalten.

1171 Peterskirchhof

1172 Der Peterskirchhof ist der älteste Friedhof in Frankfurt mit Grabstätten von Goethes Eltern, der
1173 Familien Nestle, Merian, Textor und Hauck. Leider sind viele der Grabstätten und ihre Epitaphien
1174 durch Wetter und Alter schwer angegriffen. Wir werden diese Kultur- und Geschichtsdenkmale
1175 Frankfurts sanieren.

1176 **Gesundheit**

1177 Die Kommune hat eine wichtige Funktion als Akteur der Gesundheitsvorsorge in der Schaffung
1178 gesunder Lebensbedingungen, der Verhütung von Krankheiten und Versorgung kranker Men-
1179 schen. Wir stellen uns dieser immer neuen Herausforderung und sind bereit, wo immer es erfor-
1180 derlich ist, neue Wege zu gehen.

1181 Wir wollen Frankfurt als eine Stadt erhalten, in der gesundes Leben für alle Menschen möglich
1182 ist. Die Vorsorge steht dabei im Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

1183 Luft- und Lärmschutz

1184 Luft - und Lärmschutz sind unverzichtbare Teile vorsorgender Gesundheitspolitik.

1185 Frankfurt ist als zentrales Verkehrsnetz stark durch Luftverschmutzung und Lärm beeinträchtigt.
1186 Die 2006 eingeführte Umweltzone konnte die Feinstaubbelastung zwar reduzieren. Dies reicht
1187 jedoch nicht aus. Wir streben daher an, die Umweltzone auf das gesamte Stadtgebiet auszuwei-
1188 ten und den Ausbau der Elektromobilität und anderer emissionsarmer Mobilitätsformen zu forcie-
1189 ren.

1190 Lärm ist über den Flughafen hinaus der Stressfaktor der Großstädte und führt zu schwerwiegen-
1191 den gesundheitlichen Folgen, wie die NORAH Studie eindrucksvoll gezeigt hat. Unser Ziel ist es
1192 daher, den Lärm an allen Quellen vermindern. Das gilt für den Fluglärm ebenso wie für Verkehrs-
1193 lärm, aber auch den Lärm durch Kehrmaschinen und Laubbläser.

1194 Wir wollen in den kommenden Jahren die Rolle des Frankfurter Flughafens sichern und gleichzei-
1195 tig dessen wirtschaftliche Bedeutung in Einklang mit weiteren Lärmreduzierungen bringen.

1196 Zu diesem Zweck werden wir die im Abschnitt Flughafen beschlossenen Maßnahmen umsetzen,
1197 und damit den Herausforderungen gerecht werden.

1198 Wie die NORAH Studie gezeigt hat, sind die gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei Straßen-
1199 verkehrslärm nicht geringer als beim Fluglärm.

1200 Beim Bau des Riederwaldtunnels treten wir dafür ein, dass der größtmögliche Lärmschutz reali-
1201 siert wird. Frankfurt wird im Änderungsplanfeststellungsverfahren für den Riederwaldtunnel und
1202 in einem möglichen neuen Planfeststellungsverfahren im Zusammenhang mit der A661 eine ei-
1203 gene Stellungnahme abgeben und sich dabei auch der Unterstützung durch ein externes Fach-
1204 büro bedienen.

1205 Der Lärmschutz an den Autobahnen und Stadtschnellstraßen muss dort, wo noch nicht vorhan-
1206 den, sichergestellt werden (A5, Rosa-Luxemburg-Straße).

1207 Den Lärmaktionsplan werden wir umsetzen.

1208 Das Gesundheitsamt stärken

1209 Zur Bewältigung der durch die wachsende Bevölkerung erweiterten Anforderungen erhält das
1210 Gesundheitsamt die erforderliche Ausstattung durch Personal und Mittel.

1211 Insbesondere werden wir für die deutlich gestiegene Zahl von Kindern in der Stadt die Kapazitä-
1212 ten für die Schuleingangsuntersuchungen ausbauen und als Kompensation für den Rückzug der
1213 Kassenärztlichen Vereinigung für die neu angefallenen zusätzlichen Aufgaben einen eigenen Be-
1214 reitschaftsdienst einrichten. Auch für die Umsetzung des erwarteten Psychisch-Kranken-Hilfe-
1215 Gesetzes werden die erforderlichen Ressourcen aufgebaut.

1216 Wir führen die Angebote der Humanitären Sprechstunde fort und ergänzen sie um Notfallangebo-
1217 te insbesondere für werdende und junge Mütter sowie in der Zahnmedizin.

1218 Wir werden die Teilnahme an der Gesundheitskarte für Geflüchtete wohlwollend prüfen. Sollte
1219 die Prüfung ergeben, dass die Teilnahme unter Kostenneutralität möglich ist, wird Frankfurt sich
1220 beteiligen.

1221 Gesundheit fängt bei Kindern an

1222 Für die Gesundheitsvorsorge und den Gesundheitsschutz der Kinder werden die Angebote ver-
1223 stetigt und erweitert. Das erfolgreich etablierte Programm der „Frühen Hilfen“ werden wir stärken
1224 und zu einer kontinuierlichen Begleitung bis zum 3. Lebensjahr ausbauen. Die Programme zur
1225 Förderung von gesunder Ernährung bei Kindern sowie Prävention und Behandlung von Essstö-
1226 rungen werden in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen fortgeführt. Wir werden uns dafür
1227 einsetzen, dass die Stadt stärker am Präventionsetat der Krankenkassen partizipiert.

1228 Zum Ausbau des Kinderschutzes bei Misshandlungen werden wir die Schaffung einer Koordinie-
1229 rungsstelle und Kinderschutzambulanz am Klinikum Höchst in Zusammenarbeit mit dem Jugend-
1230 und Sozialamt initiieren.

1231 Selbstbestimmung fördern

1232 Selbsthilfe und Selbstorganisation ist die wertvollste Form der Hilfe. Wir werden daher auch wei-
1233 ter Betroffene, die im Rahmen der Selbsthilfe aktiv sind, unterstützen.

1234 Um die Selbständigkeit der Betroffenen in einer gemeindenahen sozialpsychiatrischen Einrich-
1235 tung mit der Versorgung mit den notwendigen Behandlungsangeboten zu gewährleisten, werden
1236 wir die Möglichkeit einer „Integrierten Hilfeplanung“ zusammen mit den Kostenträgern auf kom-
1237 munaler und Landesebene schaffen.

1238 Prävention und Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten

1239 Trotz medizinischer Fortschritte nehmen die Ansteckungen vor allem bei sexuell übertragbaren
1240 Infektionen wieder zu. Deshalb messen wir der Prävention große Bedeutung zu und werden die
1241 Förderung von Präventions- und Beratungsstellen wie z.B. die Frankfurter AIDS Hilfe fortsetzen
1242 und ausbauen.

1243 Klinikum Höchst als kommunales Krankenhaus erhalten

1244 Wir wollen das Klinikums Höchst als Krankenhaus der Maximalversorgung in kommunaler Trä-
1245 gerschaft erhalten und dessen Zukunftsfähigkeit stärken. Mit dem Neubau in Passivhausweise
1246 und dem Zusammenschluss mit den Kliniken des MTK werden hierfür die Voraussetzungen ge-
1247 schaffen. Den eingeschlagenen Weg werden wir unter Berücksichtigung der Interessen der Be-
1248 schäftigten fortführen.

1249 Drogen: Den „Frankfurter Weg“ weiterentwickeln

1250 In Frankfurt haben wir nie die Augen davor verschlossen, dass es Drogenkonsumentinnen und -
1251 konsumenten gibt, die es vor gesundheitlichen Schäden zu schützen gilt. Ziel unserer Drogen-
1252 und Suchthilfepolitik ist es, durch Prävention, Aufklärung und Beratung den Einstieg in den Dro-
1253 genmissbrauch zu verhindern, zumindest aber die Folgen zu verringern und Perspektiven zu bie-
1254 ten. Wir sehen Drogenkranke nicht als Problem der Polizei und werden sie nicht allein lassen.

1255 Wir werden daher den bundesweit anerkannten "Frankfurter Weg" in der Drogenpolitik auch unter
1256 Berücksichtigung des Aufkommens neuer synthetischer Drogen fortführen, Aufklärung und Bera-

1257 tung intensivieren. Wir werden darüber hinaus die Ausweitung des Personenkreises für die Hero-
1258 invergabe prüfen.

1259 Wir treten für eine integrative Drogenpolitik ein, die suchtkranken Menschen passgenaue Hilfen
1260 vorhält, ihnen damit Teilhabechancen eröffnet, ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegen-
1261 wirkt und damit auch ein besseres soziales Miteinander in der Stadtgesellschaft ermöglicht. Die
1262 niederschweligen Angebote zur Lebenshilfe werden daher verstetigt und ausgebaut.

1263 Um suchtkranken Menschen Perspektiven ohne Drogen zu ermöglichen, werden wir gezielt auch
1264 Projekte mit klarer Ausstiegsorientierung fördern.

1265 Drug Checking

1266 Wir werden mit der hessischen Landesregierung und der Landesstelle für Suchtfragen (HLS) Ge-
1267 spräche aufnehmen, um den Modellversuch zum Gesundheitsschutz in der Drogenszene nach
1268 Frankfurt zu holen. Zu einem solchen Versuch könnte auch eine Prüfung der verwendeten Dro-
1269 gen auf Verunreinigungen (drug checking) und eine entsprechende ausstiegsorientierte Beratung
1270 der Konsumentinnen und Konsumenten gehören.

1271 Beteiligung an der Cannabis -Studie

1272 Cannabis kommt als Medikament nicht nur in der palliativen Schmerztherapie Schwerstkranker
1273 zur Anwendung. Die Indikationen für eine medikamentöse Therapie mit Cannabis umfassen auch
1274 eine Vielzahl von Erkrankungen. Um das Potential von Cannabis vollumfänglich zu verstehen
1275 und in der Medizin zu nutzen, bedarf es großer wissenschaftlicher Studien. Wir begrüßen daher
1276 ausdrücklich die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte erweiterte Anwendung im medizi-
1277 nischen Bereich.

1278 Die Stadt Frankfurt wird wissenschaftliche Studien zu Cannabis an den Kliniken-Frankfurt-Main-
1279 Taunus unterstützen.

1280 Besserer Schutz für Prostituierte

1281 Unabhängig von der bevorstehenden Novelle des Prostitutionsrechts durch den Bundesgesetz-
1282 geber sehen wir in Frankfurt wegen der oft sehr prekären Situation von Prostituierten und der ho-
1283 hen Anzahl von Bordellbetrieben und Angeboten sexueller Dienstleistungen Handlungsbedarf.

1284 Wir wollen Zwangsprostitution verhindern und ein Mindestmaß an humanitären Standards insbe-
1285 sondere in der Armutsprostitution sicherstellen, Beratung, gerade auch Ausstiegsberatung, und
1286 Gesundheitsangebote verbessern. Dabei werden wir über Dezernatsgrenzen hinweg Maßnah-
1287 men fördern, die der besonderen Frankfurter Situation gerecht werden und praxistauglich sind.

1288 Die Balance zu finden zwischen einem diskriminierungsfreien und weltoffenen Umgang mit frei-
1289 williger, selbstbestimmter Sexarbeit, bei gleichzeitiger Sicherung humanitärer Standards und der
1290 Verhinderung von Ausbeutung und Straftaten, wird hierbei die größte Herausforderung darstel-
1291 len.

1292 In Frankfurt arbeiten Fachleute aus Einrichtungen, Organisationen und Verwaltung, die teilweise
1293 seit Jahrzehnten mit dem Thema befasst sind, in einem Arbeitskreis Prostitution zusammen. Die-
1294 sen Arbeitskreis werden wir bei einer Maßnahmenplanung zur Minderung der Gefahren für die
1295 Prostituierten und bei der Zurverfügungstellung von Hilfeangeboten einbinden. Wir werden die
1296 Möglichkeiten prüfen, ob und wie zur Finanzierung dieser Maßnahmen durch ein zu erarbeiten-
1297 des Verfahren die Prostitutionswirtschaft herangezogen werden kann.

1298 **Flughafen**

1299 Wirtschaftliche Stärke und Lärmreduzierung in Einklang bringen

1300 Mit rund 80.000 Arbeitsplätzen ist der Frankfurter Flughafen als Deutschlands größte Arbeitsstät-
1301 te der wirtschaftliche Motor nicht nur für die Stadt Frankfurt, sondern für die gesamte Region
1302 FrankfurtRheinMain und Hessen. Frankfurts Rolle als internationale Messe- und Kongressstadt,
1303 als Industrie-, Wirtschafts- und Finanzzentrum hängt in hohem Maße von der Leistungsfähigkeit
1304 des Frankfurter Flughafens ab, der das verkehrliche Tor zur Welt darstellt. Gleichzeitig resultieren
1305 aus dem Flugaufkommen erhebliche Lärmbelastungen für Stadt und Region.

1306 Wir wollen in den kommenden Jahren die Rolle des Frankfurter Flughafens sichern und gleichzei-
1307 tig dessen wirtschaftliche Stärke in Einklang mit weiteren Lärmreduzierungen bringen.

1308 Zu diesem Zweck werden wir gemeinsam mit der Region dafür sorgen, dass es am Frankfurter
1309 Flughafen im Vergleich zum derzeitigen Stand leiser wird und uns für die Reduzierung der Flug-
1310 bewegungen in den Nachtrandstunden zwischen 22.00 und 23.00 Uhr sowie zwischen 05.00 und
1311 06.00 Uhr einsetzen.

1312 Um die Lärmsituation mit eigenen Instrumenten bewerten zu können, wird eine eigenständige
1313 Lärmmessstation eingerichtet.

1314 Als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger, zur Organisation von Informationsveranstaltungen
1315 und zur Erarbeitung der Kriterien für regionale Lärmobergrenzen wird eine Stabstelle Flug-
1316 lärm im Dezernat I eingerichtet.

1317 Für öffentliche Gebäude wie Schulen, Kindergärten und Altenwohnanlagen wollen wir die kom-
1318 munalen Aktivitäten zum passiven Schallschutz weiter ausbauen.

1319 Wir setzen uns zudem für eine weitere Spreizung der Landeentgelte und die weitere Verlagerung
1320 von Verkehrsaufkommen von der Kurzstrecke auf die Schiene ein.

1321 Wir unterstützen den Frankfurter Flughafen in seinen Bemühungen, die Arbeitsplätze am Frank-
1322 furter Flughafen zu sichern und damit das Ein- und Auskommen tausender Familien in Stadt und
1323 Region zu gewährleisten. Gleichzeitig erkennen wir die besondere Bedeutung des Flughafens für
1324 viele andere Wirtschaftsbereiche an, die direkt oder indirekt von dessen Verkehrs- und Logistik-
1325 funktion profitieren.

1326 Neben den wirtschaftlichen Zielen und der Sicherung des Frankfurter Flughafens als internationa-
1327 le Luftverkehrsdrehscheibe soll auch der Lärmschutz stärker noch als bisher klares Unterneh-
1328 mensziel werden.

1329 Wir unterstützen auch das Land in seinen Bemühungen, durch Lärmobergrenzen, Lärmpausen
1330 und der Spreizung der Landeentgelte zu weiteren Lärmreduzierungen zu kommen und treten zu-
1331 dem für eine Ausweitung der Lärmpausen auf die Schwachverkehrszeiten ein.

1332 Die Vertretung der Interessen der Stadt Frankfurt in den regionalen und überregionalen Gremien
1333 zur Fluglärmreduzierung wird von der zuständigen Umweltdezernentin/dem zuständigen Umwelt-
1334 dezernenten wahrgenommen.

1335 **Wirtschaft**

1336 Frankfurt am Main ist eines der wirtschaftlich stärksten Zentren in Europa und zugleich eine der
1337 sozialsten Großstädte in Deutschland. Diese Balance sorgt für ein positives gesellschaftliches
1338 Klima, das die Stadt zu einem attraktiven Ort des Wohnens, Arbeitens und Investierens macht.
1339 Dieser Erfolg ist das Ergebnis einer kooperativen und auf sozialem Ausgleich basierenden Kom-
1340 munalpolitik, die in allen Belangen des Wirtschaftens eine hohe Kompetenz in der Begleitung der
1341 Frankfurter Wirtschaft entwickelt hat und die notwendigen Rahmenbedingungen für den Erfolg
1342 unserer Unternehmen am Standort sichert. Orientiert an den Prinzipien der Sozialen Marktwirt-
1343 schaft wollen wir diese erfolgreiche Politik für die Wirtschaft und die Menschen fortsetzen. Gute
1344 Arbeitsplätze in der Stadt sind wesentlicher Bestandteil ihrer Lebensqualität.

1345 Das Wachstum unserer Stadt zeigt die Zukunftsfähigkeit von Frankfurt am Main. Hier liegen
1346 enorme Chancen für die weitere Stärkung der Rolle der Mainmetropole als inter-nationales Zent-
1347 rum. Gleichzeitig sind damit aber auch enorme Herausforderungen für die Weiterentwicklung der
1348 städtischen Infrastruktur verbunden, die wir im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskon-
1349 zepthes meistern wollen.

1350 Ziel unserer nachhaltigen Wirtschaftspolitik ist ein ausgewogener Branchenmix. Daher stärken
1351 wir unsere Schlüsselbranchen Banken und Finanzwesen, Chemie- und Pharmaindustrie, Logis-
1352 tik, Medien- und Kreativwirtschaft, Automotive Industrie und digitale Infrastruktur. Gleichzeitig ar-
1353 beiten wir im Wissen um die Bedeutung von weichen Standortfaktoren auch an Themen wie
1354 Fachkräftemangel, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Freizeit und Kultur. Dazu gehört die kon-
1355 sequente Weiterführung der bestehenden Förderung zur Einrichtung von Betriebskindertages-
1356 stätten.

1357 Die Leistungsfähigkeit des Verkehrswegenetzes und der Infrastruktur am Standort sind wichtige
1358 Faktoren für Unternehmensansiedlungen und für den Verbleib der Unternehmen am Standort.
1359 Die hohe Qualität dieser Angebote in Frankfurt am Main, auch bezogen auf den Arbeitsmarkt und
1360 Bildungseinrichtungen, aber auch zu kulturellen und sportlichen Angeboten, tragen zu der
1361 Beliebtheit des Standortes bei. Wir wollen die Beliebtheit des Wirtschafts- und Tourismusstandor-
1362 tes kontinuierlich durch geeignete Maßnahmen steigern.

1363 Industrie

1364 Die Koalition erkennt die Bedeutung der Industrie für den Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main
1365 als Innovationstreiber, Arbeitsplatzfaktor und in seiner Bedeutung für eine stabile Finanzlage der
1366 Kommune an und unterstützt dezernatsübergreifend eine schnelle Umsetzung des Masterplans
1367 Industrie mit seinen 30 Projekten in 30 Handlungsfeldern in der neuen Legislaturperiode. Hiermit
1368 wird die ständige Weiterentwicklung des Netzwerks Industrie betrieben und die Verbesserung der
1369 Standortbedingungen als oberste Daueraufgabe der Stadtpolitik gesehen. Gerade die aktuellen
1370 Untersuchungen rund um den Masterplan Industrie zeigen, wie wichtig es für die Stadt Frankfurt
1371 am Main ist, ausreichend Gewerbe- und Industrieflächen für das produzierende Unternehmen zu
1372 haben. Industrieparks nehmen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle ein, weil insbeson-
1373 dere Pharma- und Chemieunternehmen hohe Anforderungen an die Qualität des Standorts ha-
1374 ben. Vorangetrieben werden soll daher auch die systematische Aufwertung der vorhandenen
1375 Gewerbegebiete und Ausnutzung der vorhandenen Reserven einschließlich derer in bestehen-
1376 den Industrieparks. Soweit erforderlich wird auch die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes
1377 angestrebt.

1378 Die Erfahrungen des nachhaltigen Gewerbegebietes in Seckbach und Fechenheim werden eva-
1379 luiert, um gerade für das Thema Qualifizierung von Gewerbegebieten Erfahrungen zu gewinnen.

1380 Wir wollen den Osthafen als Industriestandort auch weiterhin sichern und schreiben das Hafenk-
1381 konzept 2030+ fort. Im Spannungsverhältnis zwischen Wohnungswirtschaft und verarbeitendem
1382 Gewerbe soll es Investitionssicherheit für die Hafenanlieger geben und der trimodale Logistikkno-
1383 tenpunkt Osthafen langfristig gesichert werden.

1384 Schwerpunkte der nächsten 5 Jahre Industriepolitik werden daneben auch die Entwicklung einer
1385 Kommunikationsstrategie mit Partnern aus der Industrie, ein aktives Immobilienmanagement und
1386 die Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung des Arbeitsmarktes in dieser Branche sein.

1387 Handwerk und Duale Ausbildung

1388 Das Handwerk hat herausragende Bedeutung für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und die
1389 Ausbildung heranwachsender Fachkräfte im Rahmen des dualen Ausbildungssystems, bei dem
1390 auch die Industrie einen wichtigen Beitrag leistet. Wir wollen das regionale Handwerk durch die
1391 konsequente Nutzung von vergaberechtlichen Spielräumen fördern.

1392 Bei der Stärkung des dualen Ausbildungssystems geht die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel
1393 voran, indem sie weiterhin auch über den eigenen Bedarf hinaus Ausbildungsplätze anbietet.

1394 Die Kooperationen zwischen Berufsschulen und gewerblicher Wirtschaft werden wir stärken und
1395 im Rahmen des Masterplans Industrie und in Zusammenarbeit mit Ausbildungsorganisationen
1396 der Unternehmen unter anderem die Sanierung und Weiterentwicklung der Paul-Ehrlich-Schule
1397 zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses voranbringen.

1398 Stärkung der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH

1399 Wir streben an die Wirtschaftswirtschaftsförderung ebenso wie die Markt und Hafenbetriebe vor
1400 dem Hintergrund einer transparenten Lohngestaltung in die Gültigkeit des TVÖD zu überführen.
1401 Für eine proaktive und gestaltende Wirtschaftspolitik ist es erforderlich, im Bedarfsfall geeignete
1402 städtische Grundstücke vorzuhalten, so dass Grundstückskäufe zur Bevorratung von Gewerbe-
1403 flächen forciert werden. Weitere finanzielle Unterstützung kann bei Ansiedlungen oder für die
1404 Realisierung und Akquise von Branchenveranstaltungen erforderlich sein. Für lokale Fördermaß-
1405 nahmen sollen Innovationskooperationen mit Hochschulen initiiert werden, Wachstumsstrategien
1406 für Familienunternehmen entwickelt werden und ein Programm zur Förderung von Patentanmel-
1407 dungen aufgelegt werden. Die Gewerbeberatung als Kernstück der Wirtschaftsförderung wird
1408 ausgebaut. Die Servicestelle Wirtschaft als Herz der Wirtschaftsförderung ist durch interne Um-
1409 strukturierungen der Gesellschaft in dieser Form nicht mehr vorhanden. Die Gewerbeberatung
1410 erfüllt jedoch die Aufgabenstellung der Servicestelle als erster Ansprechpartner für alle Probleme
1411 der Unternehmen und Betriebe und wird personell verstärkt. Ziel ist es, für alle Stadtteile und für
1412 alle Branchen geeignete Ansprechpartner vorzuhalten.

1413 Fin-Tech Zentrum Europa

1414 Frankfurt ist nicht nur der wichtigste Finanzplatz Deutschlands sondern auch eines der führenden
1415 Finanzzentren in Europa: Mit der EZB, Bundesbank und weiteren wichtigen internationalen Fi-
1416 nanzinstituten und Regulierungsbehörden sind der Standort und seine Akteure gefordert, diese
1417 günstige Ausgangsposition auch im digitalen Zeitalter zu verteidigen. Hierzu braucht es eine klu-
1418 ge Strategie, die Finanzindustrie, Technologiekonzerne, Wissenschaft und die Talente aus der
1419 Branche zu verbinden, um eine Hightech-Plattform für technologiegetriebene Geschäftsmodelle
1420 der Zukunft zu werden. Gemeinsam mit der Landesregierung soll in Frankfurt am Main das füh-
1421 rende Fintech- Cluster in Europa entstehen. Wir unterstützen das Zentrum, das durch die Hess.
1422 Landesregierung installiert werden soll, mit Kapital, Netzwerken und Strategien.

1423 Attraktiver Arbeitsmarkt

1424 Im Wettbewerb um Internationale und nationale Fachkräfte braucht es eine nachhaltige Strategie
1425 und besondere Willkommenskultur, um Fachkräfte nach Frankfurt am Main zu holen und an Stadt
1426 und Region zu binden. Gerade die internationalen branchenübergreifenden Geschäftsbeziehun-
1427 gen der 180 am Standort vertretenen Nationen und die überragende Bildungslandschaft mit 29
1428 Universitäten / Hochschulen / Fach-Hochschulen, 13 internationalen Schulen und die 250.000
1429 Studenten bieten eine große Chance für die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt. Eine Vernetzung
1430 der verschiedenen Branchen mit den Bildungseinrichtungen ist unumgänglich und wird durch ge-
1431 eignete Veranstaltungen angeregt. Für große internationale Firmen wird ein spezielles Welcome-
1432 Package für ihre neuen Mitarbeiter angeboten. Ein Patenschaftsprogramm für neue Mitarbeiter
1433 wird initiiert und soll eine schnelle Einarbeitung in Frankfurt am Main und damit eine langfristige
1434 Bindung an die neue Heimatstadt ermöglichen. Die Ausländerbehörde im Ordnungsamt wird per-
1435 sonnell weiter aufgestockt, für Unternehmen und Konsulate werden spezielle Anlaufstellen ange-
1436 strebt. Auch für Flüchtlinge werden Arbeitsmarktprojekte in Zusammenarbeit mit den hier ansäs-
1437 sigen Unternehmen und Betrieben entwickelt. Im Wettbewerb um die Fachkräfte von morgen
1438 stehen die Arbeitgeber auch vor der großen Herausforderung, geeignete Bewerber für angebote-
1439 ne Ausbildungsplätze zu finden. Die Stadt unterstützt gezielte Aktionen, um künftige Schulab-
1440 gängerinnen und Schulabgänger rechtzeitig über Berufschancen zu informieren und auf ausbil-
1441 dende Unternehmen und Betriebe aufmerksam zu machen. Stadtteilbezogene Berufsmessen mit
1442 praktischen Aufgabenstellungen bergen für alle große Chancen, um sich den veränderten Bedin-
1443 gungen des Arbeitsmarktes zu stellen und für sich zu werben. Derartige Messen in den Stadttei-
1444 len werden organisatorisch und finanziell von der Wirtschaftsförderung begleitet.

1445 Gründerstadt Frankfurt am Main

1446 Eine vielfältige Gründerkultur ist für die Stadt und die gesamte Region von immenser Bedeutung
1447 und eine große Herausforderung. Als international aufgestellter Wirtschaftsstandort hat sich
1448 Frankfurt am Main schon früh dem Wettbewerb der Städte im Kampf um die klügsten Köpfe ge-
1449 stellt und systematisch eine gut vernetzte Infrastruktur für die Gründerlandschaft am Standort
1450 entwickelt. Aktuell ergeben sich durch die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt neue
1451 Perspektiven für Gründungswillige. In der Verbindung wissenschaftlicher und industrieller For-
1452 schung, als Logistikkreuzung und dem großen Dienstleistungssektor ist Frankfurt am Main ein
1453 sehr attraktiver Platz für neue „Denkfabriken“. Die Frankfurter Gründerlandschaft soll daher wei-
1454 terentwickelt werden, indem die bisherigen Angebote wie zum Beispiel der Gründerfonds fortge-
1455 führt, der Frankfurter Gründerpreis durch neue Anreize weiterentwickelt und neue Konzepte star-
1456 ten, die vor allem auf eine Vernetzung der Gründerszene mit etablierten Unternehmen abzielen,
1457 gestartet werden. Das Projekt Frankfurt Forward, das einen Austausch von jungen Gründern mit
1458 Unternehmen der Industriebranche organisiert, soll auf andere Branchen ausgeweitet werden.
1459 Die Unterstützung von Gründern erfolgt zielgruppenfokussiert, unter anderem durch die gezielte
1460 Förderung von migrantischen Gründern. Die erfolgreichen Programme wie JUMPP und KOM-
1461 PASS werden wir fortsetzen.

1462 Stärkung des Kreativstandorts

1463 Frankfurt ist kreativ und anziehend: im Wettbewerb um Fachkräfte und Unternehmen ist das
1464 Image der Stadt ausschlaggebender Faktor. National und auch international braucht Frankfurt am
1465 Main keinen Vergleich zu scheuen. Die Stadt ist vielfältig, innovativ und interessant. Für viele
1466 Menschen wird Frankfurt als erfolgreiche Businessstadt mit hoher Effektivität wahrgenommen. Zu
1467 den weichen Standortfaktoren, die es in der Wahrnehmung aufzubauen gilt, zählen ein kreatives
1468 und hippestes Flair, Urbanität und Lebensqualität. Umso entschlossener gilt es, die emotionale At-
1469 traktivität der Stadt auszubauen und mit Kreativität und Innovationen zu punkten. Wir haben uns

1470 zum Ziel gesetzt, den Kreativstandort Frankfurt am Main weiter zu stärken und das Potenzial, das
1471 der Standort im Bereich der Kreativschaffenden zu bieten hat, auszubauen. In Zusammenarbeit
1472 mit der Universität soll der Kreativwirtschaftsbericht neu aufgelegt werden und ein neuer Master-
1473 plan für die Branche erarbeitet werden. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei das städtische
1474 Angebot zur Unterstützung von Gründern auch für diese Branche, sei es durch individuell zuge-
1475 schnittene Beratungs- und Weiterbildungsangebote für Kreativschaffende, den Frankfurter Grün-
1476 derfonds und die Unterstützung gezielter Veranstaltungen der Branche. Das Förderprogramm zur
1477 Reduzierung von Leerstandsflächen durch Zwischennutzung für kreativ Unternehmen soll zu-
1478 sammen mit RADAR fortgesetzt werden. So sollen auch weiterhin Branchenhighlights wie LEA,
1479 Markengala und Effie in Frankfurt am Main stattfinden und finanziell unterstützt werden. Ein neu-
1480 es Veranstaltungsformat des CLUK soll die kreative Modebranche in Szene setzen. „Tunes of
1481 Fashion“ soll in der Verbindung mit der Neuausrichtung der Musikmesse für eine Woche im Jahr
1482 zum Hotspot der Modebegeisterten, Fashion-Labels und Musikkünstler werden und sich als neu-
1483 es Highlight im Veranstaltungskalender der Stadt etablieren.

1484 Tourismusstandort

1485 Die Tourismusbranche in Frankfurt am Main ist ein wichtiger Wachstumsmotor und Imagefaktor.
1486 Ziel der touristischen Vermarktung der Stadt muss es sein, dass sie einerseits als weltoffene, in-
1487 ternationale Finanz- und Wirtschaftsmetropole und andererseits als Destination mit einem quali-
1488 tativ hochwertigen und vielseitigen Kulturangebot sowie einem hohen Erholungs- und Freizeitwert
1489 wahrgenommen wird. Die Stadt soll sich national und international als idealer, zentraler Veran-
1490 staltungsort im Messe-, Kongress- und Eventgeschäft präsentieren. Die Zentralfunktion für die
1491 touristische Vermarktung der Metropolregion Frankfurt Rhein-Main soll weiter ausgebaut werden.
1492 Wir starten eine neue Tagungs- und Kongressoffensive unseres Frankfurter Convention Bureau
1493 (FCB) in der Tourismus und Congress GmbH. Die Stadt Frankfurt am Main muss sich sowohl im
1494 nationalen als auch internationalen Bereich einem immer stärker werdenden Wettbewerb mit an-
1495 deren Städten und Regionen stellen. Insbesondere im nationalen Bereich gilt es, im Vergleich mit
1496 den stärksten Mitbewerbern (Berlin, Hamburg, München) konkurrenzfähig zu bleiben.

1497 Einzelhandel und Stadtteolförderung

1498 Wir werden das Einzelhandels- und Zentrenkonzept im Sinne einer Förderung des Einzelhandels
1499 fortführen. Wir halten einen funktionierenden Einzelhandel in den Stadtteilen für einen entschei-
1500 denden Teil von deren lebendiger Struktur und Lebensqualität. Wir werden die inhabergeführten
1501 Unternehmen in den Stadtteilen unterstützen, unter anderem durch eine Zusammenführung mit
1502 der Vereinskultur und durch eine Erhöhung der Internetkompetenz. Bei der Gestaltung der Ein-
1503 kaufstraßen und Stadtteilzentren wollen wir dezernatsübergreifend und in Zusammenarbeit mit
1504 den Ortsbeiräten auf ein einheitliches Straßenbild hinwirken und Stadtteilprogramme zur Aufwer-
1505 tung von Einkaufsstraßen und Stadtteilzentren auflegen.

1506 House of Logistics and Management

1507 Wir werden die Mitfinanzierung des HOLM in den nächsten Jahren fortsetzen.

1508 **Verkehr**

1509 Grundlegende Voraussetzung für die Stärkung unserer Wirtschaftskraft und die Verbesserung
1510 der Lebensqualität ist eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur. Frankfurt verfügt über eine ein-
1511 zigartige Verkehrsanbindung mit internationalen Drehkreuzen im Schienen-, Straßen- und Luft-
1512 verkehrsnetz. Der Frankfurter Hauptbahnhof ist eines der wichtigsten Drehkreuze des europäi-
1513 schen Eisenbahnnetzes. Der Knoten Frankfurt und seine Zulaufstrecken sind stark überlastet.
1514 Deshalb ist die Beseitigung der Engpässe im Knoten Frankfurt und der Ausbau bzw. Neubau der
1515 ICE-Strecken Frankfurt-Fulda und Frankfurt-Mannheim unabdingbar.

1516 Frankfurt verfügt über einen funktionierenden und leistungsfähigen ÖPNV, der zur Bewältigung
1517 des steigenden Verkehrsaufkommens, nicht zuletzt aufgrund der steigenden Bevölkerungszahl
1518 und der Ausweisung neuer Baugebiete, weiter ausgebaut werden muss.

1519 Die zur Realisierung der notwendigen Investitionen bereitgestellten Mittel durch Bund und Land
1520 sind nicht ausreichend. Wir fordern deshalb von Bund und Land eine deutliche Erhöhung, da nur
1521 so ein Verkehrsinfarkt abgewendet werden kann.

1522 Wir sehen in dem Miteinander von Autoverkehr, Schienenverkehr, Bussen, Radverkehr und Fuß-
1523 gängern kein Gegeneinander, sondern die Abdeckung unterschiedlicher Mobilitätsbedürfnisse.
1524 Wir wollen das Verkehrssystem danach ausrichten, das wir die unterschiedlichen Verkehrsarten
1525 entsprechend ihrer unterschiedlichen Vor- und Nachteile weiterentwickeln. Dabei verfolgen wir
1526 als Ziele die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt und den Stadtteilen, die Er-
1527 reichung der gesetzten Klimaschutzziele und die Stärkung der Mobilität.

1528 Öffentlicher Nahverkehr

1529 Im Schienenverkehr wollen wir folgende Projekte, für die bereits Baurecht besteht, zügig realisie-
1530 ren:

- 1531 • viergleisiger Ausbau der S6 nach Bad Vilbel
- 1532 • S-Bahn Anschluss Gateway Gardens (S8/S9)
- 1533 • Stadtbahn-Verlängerung Europaviertel (U5)
- 1534 • U-Bahn Verlängerung Gonzenheim-Bad Homburg (U2)

1535 Für die Vorhaben

- 1536 • Regionaltangente West
- 1537 • nordmainische S-Bahn
- 1538 • U-Bahn-Verlängerung Preungesheim-Frankfurter Berg (U5)

1539 wollen wir zügig Planungsrecht herstellen und die Finanzierung sicherstellen.

1540 Die folgenden Vorhaben bzw. Planungsalternativen sollen im Zuge der Erstellung des „Integrier-
1541 ten Stadtentwicklungskonzeptes“ vertieft geprüft werden. Dabei sollen qualifizierte Kosten-
1542 Nutzen-Rechnungen und Angaben über die Baukosten die Grundlage für den weiteren Ausbau
1543 des ÖPNV und seine Prioritätenreihenfolge bilden.

- 1544 • Straßenbahnringlinie
- 1545 • U-Bahn-Lückenschluss Bockenheimer Warte-Ginnheim (U4)

- 1546 • Dabei sind die drei Varianten „Ginnheimer Kurve“, „Europaturm“ und die Planfeststellungs-
1547 trasse über Frauenfriedenskirche ergebnisoffen vergleichend zu prüfen. Bei den beiden ers-
1548 ten Varianten ist eine Führung der Ringstraßenbahn über Frauenfriedenskirche, bei der letz-
1549 ten über Schloßstraße-Kirchplatz zugrunde zu legen.
- 1550 • Neue Straßenbahnverbindung Unfallkrankenhaus-Friedberger Landstraße-Konstablerwache-
1551 Alte-Brücke-Lokalbahnhof-Sachsenhäuser Warte; für den Abschnitt Lokalbahnhof-
1552 Sachsenhäuser Warte ist alternativ eine Verlängerung der U-Bahn vom Südbahnhof zur
1553 Sachsenhäuser Warte (A-Linie) zu prüfen.
- 1554 • Straßenbahnverlängerung Zuckschwerdtstraße-Höchst Bahnhof (Linie 11)
- 1555 • Verlängerung der Straßenbahn von Oberrad Stadtgrenze nach Offenbach (Linie 16)
- 1556 • Wiederinbetriebnahme der Straßenbahn in der Kleyerstraße
- 1557 • Bau einer Straßenbahnlinie in der Gutleutstraße
- 1558 Das Beschleunigungsprogramm für Busse und Bahnen wird fortgesetzt.
- 1559 Damit die Qualität unseres lokalen ÖPNV mit dem starken Bevölkerungswachstum, der demogra-
1560 fischen Entwicklung und den sich wandelnden Mobilitätsansprüchen auch zukünftig Schritt hält,
1561 werden wir einen neuen Nahverkehrsplan aufstellen. Gerade in Stadtteilen, die vor allem in einer
1562 Hauptrichtung per ÖPNV an die Innenstadt angeschlossen sind, können Quartiersbuslinien den
1563 ÖPNV innerhalb des Stadtteils verbessern und zusätzliche Fahrgäste an die Hauptlinien heran-
1564 führen.
- 1565 Das Nachtbussystem hat sich bewährt. Wir wollen prüfen, ob in den Nächten Freitag auf Sams-
1566 tag und Samstag auf Sonntag auch die S-Bahnen durchgehend verkehren können.
- 1567 Der Schienenverkehr (Straßenbahnen und U-Bahnen) bleibt in kommunaler Hand und wird auch
1568 künftig von der VGF betrieben. Wir wollen, dass die Kommune auch im Busverkehr mit ihrem
1569 kommunalen Betrieb einen Fuß im Markt behält. Um eine wirtschaftliche Mindestgröße des Be-
1570 triebes und der Werkstatt zu gewährleisten werden wir künftig die Hälfte der Frankfurter Busver-
1571 kehrsleistungen direkt vergeben. Die Barrierefreiheit soll im gesamten kommunalen ÖPNV bis
1572 2022 erreicht werden.
- 1573 Autoverkehr
- 1574 In der Eschersheimer Landstraße sind zusätzliche Fußgängerüberwege zu schaffen, z.B. an der
1575 Kreuzung Am Dornbusch und in der Höhe Sinai-Park.
- 1576 Die Ortsrandstraße Bonames soll zügig realisiert werden. Die Stadt setzt sich wie bisher für die
1577 Wiedereröffnung der Autobahnanschlussstelle Bonames ein.
- 1578 Beim Bau des Riederwaldtunnels treten wir dafür ein, dass der größtmögliche Lärmschutz reali-
1579 siert wird. Frankfurt wird im Änderungsplanfeststellungsverfahren für den Riederwaldtunnel und
1580 in einem möglichen neuen Planfeststellungsverfahren im Zusammenhang mit der A661 eine ei-
1581 gene Stellungnahme abgeben und sich dabei auch der Unterstützung durch ein externes Fach-
1582 büro bedienen.
- 1583 Für den Erhalt des Straßennetzes müssen ausreichend Mittel bereitgestellt werden. Dabei sollen
1584 verstärkt lärmärmere Straßenbeläge zur Anwendung kommen.
- 1585 Der Lärmschutz an den Autobahnen und Stadtschnellstraßen muss dort, wo noch nicht vorhan-
1586 den, sichergestellt werden (A5, Rosa-Luxemburg-Straße).

- 1587 Die Regelhöchstgeschwindigkeit im Straßenverkehr beträgt in Wohngebieten 30 km/h und in
1588 Hauptverkehrsstraßen 50 km/h. Aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Lärmschutzes sind
1589 im Einzelfall Abweichungen möglich. Den Lärmaktionsplan werden wir umsetzen. Den laufenden
1590 Verkehrsversuch werden wir nach seinem Abschluss auswerten.
- 1591 Wir wollen die Parkraumsituation im öffentlichen Raum weiterentwickeln, um ohne Verlust von
1592 notwendigen Parkmöglichkeiten Räume für mehr Aufenthaltsqualität für die Bewohnerinnen und
1593 Bewohner und zur Förderung von Fuß- und Radverkehr zu schaffen sowie verkehrsgefährdendes
1594 Falschparken weiter zu reduzieren. Wir befürworten den Bau von Quartiersgaragen, wo dies zur
1595 Linderung des Parkdrucks sinnvoll ist.
- 1596 Die Umweltzone soll auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden.
- 1597 E-Mobilität und Car-Sharing werden wir verstärkt fördern.
- 1598 Radverkehr
- 1599 Den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr wollen wir in den kommenden Jahren weiter
1600 deutlich steigern.
- 1601 Wir werden die Radverkehrsinfrastruktur weiter ausbauen und uns dabei an der Zielsetzung ori-
1602 entieren, den Radverkehr sicher und konfliktfrei zu führen. Hierbei hat die Führung auf der Straße
1603 mit Radfahr- und Schutzstreifen schon allein aus Sicherheitsgründen Priorität. Um die Sicherheit
1604 weiter zu erhöhen, werden wir Radstreifen deutlich erkennbar markieren und ggf farblich abset-
1605 zen.
- 1606 Das Fahrradwegenetz soll weiter ausgebaut werden. Die Verbindungen zwischen den Stadtteilen
1607 werden wir stärken und die Beschilderung weiter verbessern. Ebenso werden wir die Zahl von
1608 sicheren Abstellgelegenheiten für Fahrräder weiter erhöhen.
- 1609 Die Benutzungspflicht für Fahrradfahrer auf Radwegen soll, soweit möglich, aufgehoben werden.
- 1610 Auch in den Stadtteilen, in denen dies noch nicht geschehen ist, soll das Radfahren gegen die
1611 Einbahnstraße künftig erlaubt sein. Die konkreten Maßnahmen sind im Benehmen mit den Orts-
1612 beiräten zu realisieren.
- 1613 Wir befürworten den Bau von Radschnellwegen ins Umland.
- 1614 Nahmobilität
- 1615 Die Nahmobilität soll verstärkt gefördert werden. Dazu streben wir unter anderem deutlich mehr
1616 Bäume und Sitzbänke im öffentlichen Raum an.
- 1617 Der Platz Am Hauptbahnhof, die B-Ebene und der Eingangsbereich des Hauptbahnhofes sollen
1618 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn umgestaltet werden.
- 1619 Die Qualität der Einkaufsstraßen in den Stadtteilen soll gestärkt werden. Dazu werden wir in Zu-
1620 sammenarbeit mit den Ortsbeiräten, der IHK, dem Einzelhandelsverband, den örtlichen Gewer-
1621 bevereinen und den betroffenen Bürger und Geschäftsleuten Konzepte wie örtliche verkehrsbe-
1622 ruhigte Geschäftsbereiche oder Fußgängerzonen entwickeln.
- 1623 Wir werden künftig jeweils im Sommerhalbjahr in der Stadt einen autofreien Sonntag veranstal-
1624 ten. Dazu werden wir einen konkreten Vorschlag erarbeiten, der den Termin, die Ausgestaltung
1625 und die einbezogene Fläche beinhaltet.

1626 Attraktive Fahrpreise

1627 Zahlreiche Verkehrsverbände haben in den letzten Jahren spezielle Seniorenmonatskarten ein-
1628 geführt, mit denen Senioren die Nahverkehrsmittel stark verbilligt, in der Regel mit einer Nut-
1629 zungseinschränkung in den Spitzenzeiten, nutzen können. Dies hat teilweise zu einer starken
1630 zusätzlichen Nachfrage geführt, die den niedrigeren Preis bei den Einnahmen kompensiert. Das
1631 entsprechende Angebot in Frankfurt erfüllt diese Anforderungen nur zum Teil. So ist eine Senio-
1632 renkarte in Frankfurt mehr als 50% teurer als in Stuttgart. Wir wollen eine echte Seniorenkarte
1633 auch in Frankfurt einführen und werden den Magistrat auffordern, in Zusammenarbeit mit dem
1634 RMV ein entsprechendes Konzept vorzulegen, in dem Aussagen über den Preis, den Geltungs-
1635 bereich, die Sperrzeiten und die erwarteten Folgen für die Einnahmen dargelegt werden.

1636 Bei der sogenannten Clever-Card hat sich dieses Prinzip bereits bewährt. Wir werden die Erfah-
1637 rungen auswerten und dabei überprüfen, ob noch ein Spielraum für eine weitere Absenkung be-
1638 steht.

1639 Wir werden weiter einen höheren Zuschuss zu den Fahrkosten sowie eine Ausweitung der Ver-
1640 günstigung auf Tages- und Einzelfahrten beim Frankfurt-Pass prüfen.

1641 **Integration**

1642 Vielfalt bewegt Frankfurt

1643 Frankfurt ist eine multikulturelle und weltoffene Stadt, in der Menschen aus vielen Nationen und
1644 Kulturen friedlich zusammenleben. Frankfurt hat in der Integrationspolitik in den letzten Jahrzehnten
1645 vieles erreicht und ist deutschlandweit führend. Darauf wollen wir aufbauen und die Integration
1646 als Querschnittsaufgabe weiter voran bringen.

1647 In den letzten Monaten kamen viele Geflüchtete in unsere Stadt und wir haben in diesem Zuge
1648 eine Welle der Hilfsbereitschaft aus allen Bevölkerungsgruppen erlebt, die uns tief bewegt hat
1649 und uns zeigt: Dies ist die Stadt, in der wir leben wollen und die wir auch in Zukunft chancengerecht
1650 für alle Menschen gestalten werden. Für uns ist selbstverständlich, dass wir Rassismus und
1651 Diskriminierung eine klare Absage erteilen.

1652 Wir wollen mehr Solidarität wagen mit allen Frankfurterinnen und Frankfurtern unabhängig von
1653 ihrer Herkunft, ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem Einkommen.
1654 Und wir sind solidarisch mit denjenigen, die bei uns Schutz und Hilfe suchen. Flucht und
1655 Vertreibung dürfen kein Schicksal sein. Wir werden langfristig dafür sorgen, dass Geflüchtete in
1656 Frankfurt eine neue Heimat finden und sich – als gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft -
1657 ein neues Leben aufbauen können. Dabei nehmen wir auch die deutschstämmigen
1658 Spätaussiedler aus Osteuropa in den Blick.

1659 Zu einer erfolgreichen Integration gehören auch die Akzeptanz unseres gesellschaftlichen Wertekon-
1660 sensens und der gesellschaftlichen Spielregeln. Daher wird im Rahmen der Integrationsarbeit
1661 auch die Wertevermittlung Beachtung finden. Zu dieser Wertevermittlung gehört auch ein Werben
1662 dafür, dass die Gleichstellung und Würde der Frau sowie die offene Kommunikation aller
1663 Menschen zu unserem Selbstverständnis gehört.

1664 Die Vielfalt unserer Stadt ist unsere Stärke und eine Herausforderung, bei der wir täglich voneinander
1665 lernen. Denn der Umgang mit Vielfalt betrifft alle Lebensbereiche: Arbeit, Bildung, Gesundheit,
1666 Jugend und Alter, Kultur, Freizeit und auch die Verwaltung. Integrations- und Diversitätspolitik
1667 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die der Lebenswirklichkeit in einer vielfältigen
1668 Stadt gerecht werden muss. Eine Integrationspolitik, die dies leisten will, braucht Verbindlichkeit
1669 und auch den Mut, strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Hierfür ist das Initiativrecht und
1670 die Federführung in allen Belangen der Integration unerlässlich. In diesem Sinne werden wir das
1671 Integrations- und Diversitätskonzept umsetzen.

1672 Integration und Diversität in der Stadtverwaltung

1673 Wir wünschen uns eine Verwaltung, die die Lebenslagen der Menschen kennt und die Vielfalt der
1674 Gesellschaft widerspiegelt. Das Personal- und Organisationsdezernat wird in Zusammenarbeit
1675 mit dem Integrationsdezernat den 10-Punkte-Plan voran bringen: Wir streben an, den Anteil der
1676 Migrantinnen und Migranten in der Stadtverwaltung zu erhöhen, insbesondere in Bereichen mit
1677 Publikumsverkehr, und dafür sorgen, dass die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin für Bewerberinnen
1678 mit Migrationshintergrund noch attraktiver wird. Wir werden das anonymisierte Bewerbungsverfahren
1679 modellhaft erproben und streben an, den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund
1680 in der Stadtverwaltung zu erhöhen. Die Vermittlung von interkultureller Kompetenz für
1681 alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Abteilungen mit Publikumsverkehr soll eine Selbstverständlichkeit
1682 sein.

1683 Brücken bauen – Teilhabe fördern

1684 Wir werden das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) in seiner Brückenfunktion für
1685 alle integrativen Maßnahmen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung stärken und es zu
1686 einer Anlaufstelle für alle Fragen der Integration und Teilhabe weiter entwickeln. Wir werden die
1687 Multiplikatoren- und Beratungsprogramme in den Stadtteilen ausbauen, um den Kontakt zu den
1688 vielfältigen Communities zu intensivieren und auch die Unterstützung und Beratung der Vereine
1689 und Initiativen vor Ort weiter zu verbessern. Der öffentliche Dolmetscher-Pool des AMKA soll als
1690 Service weiter ausgebaut werden, ebenso die Angebote zur interkulturellen Konfliktvermittlung.
1691 Wir wollen die gesellschaftliche und politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten erhö-
1692 hen. Wir wollen die Kommunale Ausländerinnen- und Ausländer-Vertretung (KAV) als gewähltes
1693 Gremium aller Frankfurterinnen und Frankfurter mit Migrationshintergrund in ihrer politischen Ar-
1694 beit unterstützen und mit ihr über Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Wirksamkeit beraten.

1695 Diskriminierung bekämpfen

1696 Jeder Mensch hat das Recht auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu Arbeit, Bildung, Ge-
1697 sundheit und Kultur, d.h. zur gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft. Wir dürfen daher
1698 vor den Problemen, die es trotz aller Erfolge noch gibt, nicht die Augen verschließen, sondern
1699 müssen sie ansprechen und Lösungen finden. Wir werden die Antidiskriminierungsstelle im AM-
1700 KA in ihrer internen und stadtweiten Breitenwirkung stärken.

1701 Radikalisierung vorbeugen

1702 Der Anwerbung und Radikalisierung insbesondere von Jugendlichen durch politisch oder religiös
1703 begründeten Extremismus müssen wir mit intelligenten Konzepten verhindern. Dabei geht es
1704 auch um die Vermittlung von Selbstbewusstsein, das Aufzeigen von Lebensperspektiven jenseits
1705 des politischen Extremismus und die Hilfe zum Ausstieg. Auch die Demokratische Bildung ist
1706 hierbei ein wichtiger Baustein der Prävention. Wir wollen die Sachinformation, Beratung und Be-
1707 gleitung von pädagogischen Fachkräften, Ehrenamtlichen und Familien ausbauen und modellhaft
1708 neue Formen der Jugendarbeit in religiösen Gemeinden und im interreligiösen Dialog fördern.
1709 Wir wollen darüber hinaus für den Tag der Menschenrechte eine entsprechende Unterrichtsein-
1710 heit in den Schulen anregen und die antirassistische Bildungsarbeit verstärken. Wir werden die
1711 Antiradikalisierungsarbeit des AMKA personell verstärken mit einem besonderen Fokus auf der
1712 Gruppe der geflüchteten Jugendlichen.

1713 Flucht und Neuanfang

1714 Das Integrationsdezernat wird in Zusammenarbeit mit der Stabstelle Flüchtlingsmanagement und
1715 den anderen, beteiligten Dezernaten ein Gesamtkonzept für die Integration Geflüchteter erarbei-
1716 ten - unter Einbeziehung der Asylsuchenden und von Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltssta-
1717 tus. Das Integrationsdezernat in seiner Funktion als Beratungs- und Vermittlungsstelle in allen
1718 Fragen der gesellschaftlichen Orientierung und Integration wird hierzu die Initiative ergreifen. Ziel
1719 ist, den Geflüchteten schnellstmöglich ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben in
1720 unserer Stadt und langfristig ein Leben als gleichberechtigte Mitglieder dieser Gesellschaft zu
1721 ermöglichen.

1722 Spracherwerb als Chance

1723 Wir werden ein stadtweites Gesamtkonzept der Deutschförderung erarbeiten unter Einbeziehung
1724 aller Nationalitäten und Altersgruppen. Dabei werden wir auch die Sprachförderung deutscher
1725 Kinder in den Blick nehmen. Als Grundlage hierfür werden wir die flächendeckende Sprachstand-
1726 serhebung des Gesundheitsamtes nutzen und bei Bedarf durch ergänzende Untersuchungen er-

1727 weitem. Die Vielzahl der Angebote und Förderprogramme für Geflüchtete von Bund, Land und
1728 Stadt sollen in einem Gesamtrahmen als Orientierungshilfe dargestellt und koordiniert werden.
1729 Ziel ist eine biografiebegleitende Sprachförderung von der Geburt bzw. der Ankunft in Deutsch-
1730 land bis zum Eintritt in das Berufsleben. Wir bedauern, dass der Bund die Kinderbetreuung für
1731 Teilnehmerinnen der Integrationskurse nicht mehr finanziert und werden diese aus städtischen
1732 Mitteln fördern.

1733 Aufstieg durch Bildung

1734 Bildung ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und Ausgangspunkt für ein selbstbe-
1735 stimmtes Leben. Wir werden daher alle schulorganisatorischen Maßnahmen dahingehend über-
1736 prüfen, ob sie die Chancengerechtigkeit in der Bildung verbessern. Die engagierte Arbeit der
1737 Schulen soll in Stadtteilen mit großem Bedarf durch multiprofessionelle Teams unterstützt wer-
1738 den. In Erweiterung der bildungsorientierten Elternarbeit wollen wir eine Zusammenarbeit zwi-
1739 schen Eltern und Kindertagesstätten erreichen, welche die gemeinsame, bilinguale Erziehung der
1740 Kinder in Kita und Elternhaus und Vorbereitung auf die Einschulung zum Inhalt hat. Teil der
1741 Sprachförderung ist auch die Förderung der Herkunftssprache, denn diese geht mit besseren
1742 Leistungen im Deutscherwerb einher. Den herkunftssprachlichen Unterricht, auch der zahlreichen
1743 Vereine und „Samstagsschulen“, wollen wir stabilisieren und durch günstige Räume unterstützen.

1744 Zusammenleben aller Kulturen

1745 Wir wollen die Parade der Kulturen besser fördern und weiterentwickeln. Wir werden uns für die
1746 Umsetzung des Gastarbeiter-Denkmal Hauptbahnhof als öffentliches Zeichen, das für alle Ein-
1747 wanderungsgruppen in dieser Stadt steht, einsetzen. Wir werden die ausländischen Kulturvereine
1748 stärken und ein Förderprogramm für interkulturelle Stadtteilarbeit auflegen, um mehr Begegnung
1749 zwischen den Kulturen zu ermöglichen. Wir wollen Kunstproduktionen aller Sparten fördern, die
1750 das Zusammenleben der Kulturen zum Inhalt haben. Die unterschiedlichen Biografien, Identitäten
1751 und Ausdrucksformen von Frankfurter Künstlerinnen und Künstlern mit Migrationshintergrund be-
1752 reichern unsere Kultur und sollen hier ein Forum finden. Wir wollen die interkulturelle Kulturpädä-
1753 gogik in den Museen als Alleinstellungsmerkmal des Frankfurter Museumsufers verstärken.

1754 Gleichstellung und Akzeptanz

1755 Wir wollen die gelebte gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transgender wei-
1756 ter voran bringen und Diskriminierungen abbauen. Dazu werden wir die Arbeit der im vergange-
1757 nen Jahr eingerichteten LSBTIQ-Koordinierungsstelle unterstützen. Der Christopher Street Day
1758 (CSD) macht die Vielfalt der Stadt deutlich und hat eine wichtige Funktion zur Selbstvergewisse-
1759 rung der Community. Wir werden den CSD fördern und auch die Förderung anderer Gruppen er-
1760 höhen. Für das Lesbisch-Schwule Kulturhaus soll gemeinsam mit den Communities und der Ko-
1761 ordinierungsstelle ein neues Konzept erarbeitet werden. Nichtkommerzielle Einrichtungen werden
1762 wir weiter unterstützen.

1763 Wir wollen der Mehrfachdiskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion,
1764 ihres Alters, ihrer Behinderung, ihres Geschlechts und/oder ihrer sexuellen Orientierung entge-
1765 genwirken und zu mehr Akzeptanz beitragen. Dazu wollen wir in Schulen, Sportvereinen und Ju-
1766 gendhäusern ein Klima schaffen, in dem kein Jugendlicher wegen seiner sexuellen Orientierung
1767 Diskriminierung ausgesetzt ist. Übergriffe auf Lesben, Schwule und Transgender wollen wir er-
1768 fassen, auswerten und diskutieren. Wir wollen die Verfolgung von Schwulen und Lesben in der
1769 Nazizeit und danach aufarbeiten und dokumentieren, um in Zusammenarbeit mit den Museen
1770 und dem Stadtarchiv eine Ausstellung zu erarbeiten.

1771 Vielfalt der Religionen

1772 Religionen sind ein Teil unseres kulturellen Erbes und bieten immer wieder Anlass zur gesell-
1773 schaftlichen Auseinandersetzung. Wir wollen das friedliche Zusammenleben der Religionen in
1774 unserer Stadt fördern und den strukturierten Dialog mit den Religionsgemeinschaften und dem
1775 Rat der Religionen fortsetzen. Hierbei werden wir die nicht organisierten Gläubigen gleichberech-
1776 tigt in den Diskurs einbeziehen. Weiterhin werden wir den Dialog und Austausch mit der Gruppe
1777 der Regionslosen aufnehmen.

1778 Gesellschaftlicher Diskurs

1779 Die Vielfalt der individuellen Lebensentwürfe und Biografien der Frankfurterinnen und Frankfurter
1780 sind eine große Bereicherung für unsere Stadt. Dabei müssen Rechte und Pflichten jedes Ein-
1781 zelnern, die Abgrenzung und Offenheit gegenüber anders denkenden sowie die Selbstvergewis-
1782 serung als Teil einer Gesellschaft täglich neu ausgelotet werden. Wir wollen die Diskussion mit
1783 allen Gruppen und Communities aufnehmen und in öffentlichen Themenkonferenzen die Grund-
1784 lage unseres Zusammenlebens neu definieren. Emanzipation, unternehmerischer Erfolg, Ehren-
1785 amt, Werteorientierung, Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Kultur sind nur einige Begriffe,
1786 die die Bandbreite der Themen verdeutlichen. Denn Integration gelingt nur gemeinsam.

1787 Psychosoziale Versorgung

1788 Die psychosoziale Arbeit umfasst mehrere Bereiche, die oft kaum miteinander im Austausch ste-
1789 hen – zugleich gibt es in einigen Bereichen starke Defizite, wie bspw. bei muttersprachlichen
1790 Therapien. Gerade für Geflüchtete und andere Migrantinnen und Migranten sind oftmals alle die-
1791 se Bereiche akut und eine erfolgreiche Integration bedingt deren Bearbeitung. Wir werden in Zu-
1792 sammenarbeit mit dem Gesundheitsdezernat die regulären Leistungen der Gesundheitssprech-
1793 stunde der Stadt ausbauen und zugleich um den Bereich der psychischen Betreuung erweitern.

1794 Ältere Migrantinnen und Migranten

1795 Wir werden weiterhin an der interkulturellen Öffnung von Pflegeeinrichtungen und ambulanten
1796 Aufnahmeeinrichtungen arbeiten, gemeinsam mit dem Gesundheitsdezernat mehrsprachliche
1797 Angebote erarbeiten, interkulturelle Begegnungstätten für ältere Menschen ausbauen und im
1798 Bereich des Wohnorts Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten schaffen.

1799 **Finanzen**

1800 Haushalt, Steuern und Abgaben

1801 Das Bevölkerungswachstum Frankfurts stellt die Stadt auch finanziell vor enorme Herausforderungen. Wir werden daher in den kommenden Jahren den Kurs einer soliden und nachhaltigen
1802 Haushaltsführung beibehalten und unter klarer Setzung von Prioritäten bei den Ausgaben die
1803 notwendige Konsolidierung der städtischen Finanzen mit den erforderlichen Investitionen in die
1804 Infrastruktur unserer Stadt im Einklang halten.
1805

1806 Die erheblichen Investitionen in die Infrastruktur von der Bildung über den Wohnungsbau bis hin
1807 zur Mobilität werden in den kommenden Jahren die zusätzliche Aufnahme von Krediten erforder-
1808 lich machen. Frankfurt besitzt jedoch die wirtschaftliche Kraft, entstehende Schulden auf mittel-
1809 bis längerfristige Sicht durch eine konsequente Konsolidierung zurückzuführen. Daher werden in
1810 den kommenden Jahren entstehende Mehreinnahmen und mögliche Überschüsse vorrangig zur
1811 Schuldenvermeidung bzw. zur Schuldentilgung eingesetzt.

1812 Ebenso stehen Investitionen – mit Ausnahme jener, die im Rahmen von Sonderprogrammen be-
1813 schleunigt vorgesehen sind – unter Einzelgenehmigungsvorbehalt durch den Magistrat gestellt.

1814 Eine Veränderung des Gewerbesteuerhebesatzes ist für die laufende Wahlperiode nicht vorge-
1815 sehen.

1816 Die Stadt wird im Zusammenwirken mit der Industrie- und Handelskammer und DEHOGA die
1817 Umsetzung der künftigen Landesgesetzgebung zur Einführung einer Kultur- und Tourismusabga-
1818 be in Frankfurt vorschlagen.

1819 Die Stadt Frankfurt wird nach Abschluss der derzeit laufenden vorbereitenden Maßnahmen die
1820 Klage gegen den Kommunalen Finanzausgleich auf den Weg bringen und sich darüber hinaus
1821 auch weiterhin für eine bessere Finanzausstattung der Stadt durch Land und Bund einsetzen.

1822 Beteiligungen:

1823 Neben der Kernverwaltung leisten die Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt einen wich-
1824 tigen Beitrag zur Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Region.

1825 Um dies dauerhaft auch für die Zukunft sicherzustellen, werden wir die Balance aus einer wirt-
1826 schaftlichen Führung und Steuerung der Unternehmen und der Erbringung der Daseinsvorsorge
1827 auf hohem Niveau auch weiterhin mit einem professionellen Management der Beteiligungen ge-
1828 währleisten.

1829 Die Stadt wird auch in den kommenden Jahren an ihren Beteiligungsunternehmen festhalten. Ei-
1830 ne Veräußerung von „Tafelsilber“ oder die weitere Privatisierung von Aufgaben der Stadt ist nicht
1831 beabsichtigt.

1832 Wir stehen in unserer Rolle als Eigentümer bzw. Arbeitgeber für eine transparente Vergütung der
1833 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beteiligungsunternehmen, die sich nach ordentlichen Ta-
1834 rifverträgen richten muss. Dort, wo das nicht der Fall sein sollte, streben wir in Abstimmung mit
1835 den gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretungen den Abschluss von ordentlichen Tarifverträ-
1836 gen an.

1837 Als Gesellschafter bzw. Eigentümer setzen wir uns auch in den Beteiligungsunternehmen der
1838 Stadt für die Erfüllung der Kernziele der Stadt, wie z.B. den Klimaschutz und die Frauenförderung
1839 ein.

1840 Kofinanzierungspool

1841 Zur stärkeren Einwerbung von Finanzierungshilfen Dritter bzw. zur Akquirierung von Fördergel-
1842 dern anderer staatlicher Stellen, wie z.B. der EU, soll an zentraler Stelle ein Kofinanzierungspool
1843 eingerichtet werden, mit denen die Komplementärfinanzierung wichtiger städtischer Projekte un-
1844 terstützt werden kann.

1845 Anlagepolitik

1846 Die Anlagepolitik der Stadt Frankfurt orientiert sich an der Einhaltung ethischer, ökologischer,
1847 menschenrechtlicher und demokratischer Standards. Die Stadt Frankfurt wird im Rahmen ihrer
1848 Anlagestrategie keine Investitionen in Finanzprodukte vornehmen, die ihre Zielsetzungen im Be-
1849 reich der Klimaschutzpolitik konterkarieren.

1850 Vergabekontrolle

1851 Im Bereich der Magistratsvergabekommission werden die personellen Voraussetzungen dafür
1852 verstärkt, die Einhaltung von Vergabekriterien – insbesondere die Einhaltung der Tariftreue –
1853 noch stärker überprüfen und Verstöße dagegen nach Möglichkeit ahnden zu können. Wir werden
1854 eine unabhängige Kontrollstelle, die insbesondere die gesetzlichen, arbeits- und sozialrechtlichen
1855 Regelungen kontrolliert und Verstöße sanktioniert, einrichten.

1856 **Sicherheit**

1857 Sicherheit und Prävention

1858 Sicherheit gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen und ist unerlässliche Voraussetzung
1859 für das einträchtige Zusammenleben in einer internationalen Großstadt wie Frankfurt am Main,
1860 die von Vielfalt und vom Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen und
1861 sozialen Schichten geprägt ist. Das allseitige Vertrauen in ein friedliches Miteinander ist die Vo-
1862 raussetzung, um das Potential als Metropole und Ort urbaner Lebensqualität voll zu entfalten. Die
1863 Sicherheit der Menschen in unserer Stadt zu gewährleisten, ist daher eine besonders wichtige
1864 städtische Aufgabe. Darunter verstehen wir nicht nur die Verhinderung und Aufklärung von Straf-
1865 taten, sondern auch die Förderung von Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum und des
1866 subjektiven Sicherheitsempfindens der Menschen, das städtebauliche Vermeiden von Angsträu-
1867 men, Stärkung der sozialen Sicherheit sowie eine Atmosphäre des allgemeinen Respekts, der
1868 Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft. Wir fördern die allgemeine Einsicht in die Notwendigkeit
1869 unserer Rechtsordnung für ein friedliches Miteinander, ergreifen Maßnahmen der Prävention und
1870 betreiben eine Politik des sozialen Ausgleichs. Dass Frankfurt eine sichere Stadt ist, ist vor allem
1871 den vielen Menschen zu verdanken, die haupt- und ehrenamtlich für die Sicherheit in unserer
1872 Stadt arbeiten. Hierzu zählen Landes- und Stadtpolizei, freiwilliger Polizeidienst, Berufs- und
1873 Freiwillige Feuerwehren, die Institutionen der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Hilfsorganisa-
1874 tionen (AGFH) wie Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter, Rettungshunde-
1875 staffel, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser und DLRG sowie die Präventions- und Regionalräte.
1876 Nicht zuletzt zählen dazu aber auch alle Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage und Verantwor-
1877 tungsbewusstsein, die bereit sind, spontan zu helfen und zu schützen. Oberste Maxime der städ-
1878 tischen Sicherheitspolitik ist die Prävention. Straftaten sollen möglichst erst gar nicht vorkommen.

1879 Frankfurt am Main ist eine wachsende Stadt. Daher muss auch die Sicherheitsarchitektur der
1880 steigenden Bevölkerungszahl angepasst werden. Das gilt auch für die Landespolizei – wir wer-
1881 den auf das Land einwirken, damit die Stellenanzahl im Hinblick auf die wachsende Einwohner-
1882 zahl erhöht und die dezentrale Struktur erhalten wird.

1883 Stadtpolizei

1884 Die 2007 gegründete Frankfurter Stadtpolizei hat sich als wichtiger Bestandteil der städtischen
1885 Sicherheitsstruktur bewährt. Es bedarf hier weiterhin hoher Ausbildungs- und Ausrüstungsstands,
1886 einschließlich der für eine Polizei unerlässlichen Befähigung zum Tragen von Dienstwaffen und
1887 der modernen Ausrüstung. Besondere Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden
1888 wir weiterhin fördern und bei der Einstellung neuer Kräfte berücksichtigen, wie z.B. interkulturelle
1889 Kompetenz oder soziales Engagement. Die bestehenden Arbeitszeitregelungen müssen in Ab-
1890 sprache mit den Beschäftigten der Entwicklung der Anforderungen angepasst werden.

1891 Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der stark wachsenden und internationalen Stadt
1892 erfordern eine personelle Aufstockung der Stadtpolizei. Gleichzeitig erwartet die Stadt, dass die
1893 Polizeikräfte des Landes entsprechend dem Wachstum der Stadt und der steigenden Anforde-
1894 rungen substantiell erhöht werden und wird in diesem Sinn auf die Landesregierung einwirken.

1895 Zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung sollen verbeamtete Beschäftigte in der Task Force der
1896 Stadtpolizei eingesetzt werden. Die Erhöhung der Präsenz in Innenstadt und Stadtteilen leistet
1897 auch wegen der Kommunikationsstärke der Beschäftigten einen wertvollen Beitrag zur Steige-
1898 rung objektiver und subjektiver Sicherheit.

1899 Die Eigenständigkeit der Stadtpolizei im Straßenverkehrsamt soll erhalten bleiben. Zur besseren
1900 Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger sollen die im Verkehrsdezernat angesiedelten Ein-
1901 heiten der Stadtpolizei in "Verkehrsüberwachung" umbenannt werden.

1902 Freiwilliger Polizeidienst

1903 Der Frankfurter Freiwillige Polizeidienst leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Si-
1904 cherheit in unserer Stadt. Um das hohe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Qualität der
1905 ehrenamtlichen Frankfurter Polizeiarbeit nicht zu gefährden, halten wir es für richtig, auch in Zu-
1906 kunft hohe Anforderungen an die Eignung der Bewerber zu stellen. Am Beispiel des Friedberger
1907 Platzes hat sich gezeigt, dass die Kommunikationsfähigkeit dieser Personengruppe einen wert-
1908 vollen Beitrag zur Problemlösung und Deeskalation leistet.

1909 Brand- und Katastrophenschutz

1910 Frankfurt am Main stellt als Straßen- und Schienenverkehrsknotenpunkt, mit seinem Flughafen,
1911 seiner Funktion als internationaler Wirtschaftsmetropole mit Messe, Banken, verarbeitenden und
1912 chemischen Industrie sowie angesichts seiner in Deutschland einmaligen Hochhausbebauung
1913 besondere Herausforderungen an den Brand- und Katastrophenschutz. Die Frankfurter Berufs-
1914 und Freiwilligen Feuerwehren sind diesen Herausforderungen dank ihrer außergewöhnlichen
1915 Leistungsfähigkeit gewachsen. Das soll so bleiben!

1916 Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuer-
1917 wehren ihre Leistungsfähigkeit auf höchstem Niveau halten. Hierzu bedarf es hervorragender
1918 Ausrüstung, anspruchsvoller Ausbildung und umfangreicher Trainingsmöglichkeiten. Das Takti-
1919 sche Feuerwehrkonzept 2020 (Staffelkonzept) hat sich bewährt und wird weiter umgesetzt. Es
1920 hat beispielsweise durch die enge Verzahnung von Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren, die
1921 optimierte Wach- und Standortauswahl und die Erhöhung des Erreichungsgrads der Brand-
1922 schutzziele die Brandschutzarbeit in Frankfurt nochmals deutlich verbessert. Auch die Besol-
1923 dungssituation der Feuerwehr wird auf Grundlage der vom Magistrat eingebrachten Vorlage ver-
1924 bessert, um qualifizierte Kräfte in Frankfurt am Main halten zu können. Die Branddirektion ist auf-
1925 grund ihrer Ausstattung, ihres Know hows und der besonderen Einsatzmöglichkeiten einer Groß-
1926 stadt ein beliebter Ausbildungsbetrieb, aber das Besoldungsniveau in anderen Bundesländern ist
1927 höher. Daher wandern viele gut ausgebildete Feuerwehrleute nach der Ausbildung zu anderen
1928 Kommunen ab. Um dem entgegenzuwirken und die Auswirkungen des Notfallsanitätergesetzes
1929 auf das Schutzziel Rettungsdienst abmildern zu können, werden wir verschiedene personalwirt-
1930 schaftliche Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Personal- und Organisationsamt umsetzen.
1931 Um die vorhandenen Stellen in der Branddirektion besetzen zu können, sind weitere erhebliche
1932 Anstrengungen der Personalgewinnung erforderlich. Der eingeschlagene Weg zur Personalbin-
1933 dung wird daher konsequent fortgesetzt.

1934 Zur Verbesserung der Situation der Freiwilligen Feuerwehren wird das mit dem Kreisbrandin-
1935 spektor abgestimmte Prioritätenprogramm für Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehren in der
1936 Wahlperiode umgesetzt (es sieht 2 Mio. € im Jahr und damit insgesamt 10 Mio. für die Wahlperi-
1937 ode vor).

1938 Das Fortbestehen des ehrenamtlichen Engagements in den Freiwilligen Feuerwehren ist auf die
1939 Gewinnung von Nachwuchs angewiesen. Die hervorragende Jugendarbeit der Mini- und Jugend-
1940 feuerwehren wird weiter gefördert; der Zuschuss an den Kreisfeuerwehrverband wird hierfür an-
1941 gemessen erhöht. Modellprojekte der Stadtjugendfeuerwehr zur Brandschutzerziehung an Schu-
1942 len leisten einen wertvollen Beitrag und sollen ausgebaut werden.

1943 Das Feuerwehrmuseum in Bonames wird finanziell unterstützt.

- 1944 Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den in der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Hilfs-
 1945 organisationen (AGFH) zusammengeschlossenen Organisationen fördert die Sicherheit der Stadt
 1946 Frankfurt am Main in besonderem Maße. Die Unterstützung der AGFH hat für uns einen beson-
 1947 ders hohen Stellenwert.
- 1948 Prävention
- 1949 Präventionsarbeit ist vorausschauende Sicherheitspolitik und jede verhinderte Straftat ein sicher-
 1950 heitspolitischer Erfolg.
- 1951 Die vom Frankfurter Präventionsrat und dem Polizeipräsidium ins Leben gerufene Kampagne
 1952 „Gewalt-Sehen-Helfen“ wird fortgeführt.
- 1953 Die 16 lokalen Frankfurter Regionalräte leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Ur-
 1954 sachen von Kriminalität und die Förderung des sozialen Friedens in den Stadtteilen und bilden
 1955 zusammen mit den Facharbeitskreisen ein kriminalpräventives Frühwarnsystem, das es der
 1956 Frankfurter Sicherheitspolitik erlaubt, frühzeitig Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.
- 1957 Für die „Kampagne für Respekt“ des Präventionsrates werden wir ein auskömmliches Budget
 1958 bereitstellen. Die Implementierung von Seniorensicherheitsbeauftragten soll perspektivisch auf
 1959 alle Stadtteile ausgeweitet werden.
- 1960 Auch die Kampagne zur Beratung von Senioren und Seniorinnen über Einbruchsicherung wird
 1961 fortgeführt.
- 1962 Das Projekt „Noteingang für Kinder“ – mittlerweile in 30 Stadtteilen installiert – hat sich bewährt
 1963 und erfreut sich großer Beliebtheit; es wird konsequent weitergeführt.
- 1964 Durch den Präventionsrat zusammen mit Kooperationspartnern werden weiter Präventionshelfer
 1965 eingesetzt, die in bekannten Problembereichen, wie z.B. Parks und Grünflächen., über die Funk-
 1966 tion des Parkwächters hinaus als Ansprechpartner und Mitteleiler wirken, um die Stadtpolizei in
 1967 diesen Bereichen zu unterstützen. Dabei sollen diese keine polizeilichen Funktionen wahrneh-
 1968 men, sondern allenfalls Hinweise aufnehmen und weitergeben bzw. eigene Feststellungen treffen
 1969 und diese dann an die zuständige Stelle übermitteln.
- 1970 Die Geschäftsstelle des Präventionsrates wird um zwei zusätzliche Stellen aufgestockt, um die
 1971 Arbeit der Ehrenamtlichen besser zu koordinieren und neue Projekte durchzuführen.
- 1972 Das Projekt "Jugendliche Testkäufer" hat sich im Sinne des Jugendschutzes und der Suchtprä-
 1973 vention bewährt. Im Lauf des Projektzeitraums ist eine Verringerung illegaler Alkoholabgabe an
 1974 Jugendliche festzustellen. Daher wird das Projekt konsequent fortgeführt.
- 1975 Durch das Haus des Jugendrechts im Frankfurter Westen und im Norden wurde die behörden-
 1976 übergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Jugendkriminalität deutlich verbessert. Die damit
 1977 einhergehende Verfahrensbeschleunigung lässt Jugendliche den Ursachenzusammenhang zwi-
 1978 schen ihrem Fehlverhalten und dessen rechtlichen Folgen besser erkennen und entfaltet dadurch
 1979 eine präventive Wirkung. Die Koalition bekennt sich zur Weiterführung und zum Ausbau dieser
 1980 Projekte.
- 1981 Die islamistischen Rekrutierungsmaßnahmen an Frankfurter Einrichtungen zeigen, dass die An-
 1982 strengungen zur Deradikalisierung von Jugendlichen und die Früherkennung extremistischer Um-
 1983 triebe verstärkt werden müssen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Schulen und Sozialein-
 1984 richtungen müssen sensibilisiert und fortgebildet werden, damit sie lernen, problematische Ent-
 1985 wicklungen rechtzeitig zu erkennen, Alternativen aufzuzeigen, Ausstiegsperspektiven zu eröffnen
 1986 und im Bedarfsfall die Sicherheitsbehörden zu informieren. Die Stadt unterstützt die muslimi-
 1987 schen Gemeinden beim Aufbau einer geeigneten Jugendarbeit und der Vernetzung mit beste-

- 1988 henden Angeboten, um eine Verführung Jugendlicher durch vermeintlich attraktive extremistische
1989 Angebote zu verhindern.
- 1990 Verbesserung der Aufenthaltsqualität Bahnhof und Zeil
- 1991 Die geltende Gefahrenabwehrverordnung wird den aktuellen Erfordernissen angepasst werden,
1992 indem auch das organisierte Betteln verboten wird.
- 1993 Wir werden Maßnahmen entwickeln und ergreifen, um unterstützt durch soziale Angebote die
1994 Aufenthaltsqualität im Bahnhofsviertel mit Schwerpunkt zum Beispiel am „Kaisersack“ zu verbes-
1995 sern.
- 1996 Nutzung moderner Videotechnik
- 1997 Das Polizeipräsidium schlägt aufgrund der allgemeinen Kriminalitätsslage und wegen der anhal-
1998 tend hohen Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus weitere Videoanlagen zur Bild-
1999 übertragung im öffentlichen Raum vor. Darüber hinaus sind die vorhandenen zwei Anlagen tech-
2000 nisch veraltet. Die Stadt wird gemeinsam mit dem Polizeipräsidium an einer Verbesserung der
2001 vorhandenen Situation arbeiten und die Vorschläge der Landespolizei für zwei weitere Standorte,
2002 einen im Bahnhofsviertel und einen (zunächst zeitlich auf 1 Jahr begrenzten und zu evaluieren-
2003 den) im Allerheiligenviertel, übernehmen.
- 2004 Verantwortungsvoller Umgang mit Spielhallen und Glücksspiel
- 2005 Erfahrungen zeigen, dass die geographische Häufung von Spielhallen und Glücksspiel eine Ab-
2006 wärtsdynamik in Gang setzen kann, die dazu geeignet ist, einem Stadtteil nachhaltig zu schaden.
2007 Die Stadt Frankfurt am Main wird daher im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten weiter alles
2008 daran setzen, die Ansiedelung von Spielhallen restriktiv zu handhaben.
- 2009 „Sauberes Frankfurt“
- 2010 Die Sauberkeit des öffentlichen Raums steigert die Lebensqualität und die Familienfreundlichkeit
2011 unserer Stadt, ebenso das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen. Nur wenige Familien
2012 haben Zugang zu einem eigenen Garten. Für die meisten Frankfurterinnen und Frankfurter ist es
2013 daher besonders wichtig, dass sie mit ihren Familien gepflegte Grünanlagen aufsuchen können.
2014 Der öffentliche Raum gehört allen und verdient respektvolle und schonende Behandlung. Nie-
2015 mand hat das Recht, die Attraktivität des öffentlichen Raums durch egoistische und schonungs-
2016 lose Nutzung zu beeinträchtigen.
- 2017 Die Stabsstelle „Sauberes Frankfurt“ hat sich in den letzten Jahren um die Stärkung dieses Be-
2018 wusstseins sehr verdient gemacht. Das Budget der Stabsstelle wird daher gemäß den gestiege-
2019 nen Anforderungen aufgestockt, um die positiven Aktivitäten am Friedberger Platz, im Bahnhofsviertel,
2020 am Mainufer oder in den öffentlichen Grünanlagen weiterführen zu können.
- 2021 Verbraucherschutz
- 2022 Regelmäßige Kontrollen der Gastronomiebetriebe in Frankfurt am Main dienen dem Verbrau-
2023 cherschutz. Die gute Qualität der Restaurants unterschiedlicher Standards ist nicht nur für die
2024 Frankfurter und Frankfurterinnen ein Beitrag zur Lebensqualität, sie ist auch ein Kriterium für den
2025 erfolgreichen Wirtschafts- und Tourismusstandort Frankfurt am Main. Im Interesse des Verbrau-
2026 cherschutzes wird die Personalstärke der Lebensmittelkontrolleure erhöht und Gehaltsanpassungen
2027 entsprechend des hohen beruflichen Qualifizierungsgrades durchgeführt.

2028 Verbesserung der Willkommenskultur

2029 Im Wettbewerb um Internationale und nationale Fachkräfte braucht es eine nachhaltige Strategie
2030 und besondere Willkommenskultur, um Fachkräfte nach Frankfurt am Main zu holen und an Stadt
2031 und Region zu binden. Die Ausländerbehörde wird personell weiter aufgestockt, um dem aktuel-
2032 len Bedarf hinsichtlich Besucherzahlen und Fallzeiten aufgrund gestiegener rechtlicher Anforde-
2033 rungen gerecht werden zu können. Für Unternehmen und Konsulate und für die Hochschulen
2034 wird die Einrichtung von speziellen Anlaufstellen geprüft. Die interkulturelle Kompetenz wird in
2035 der Ausländerbehörde konsequent gestärkt, die Expertise des AMKA wird hierbei eingebunden.
2036 Für eine positive Wahrnehmung der Ausländerbehörde wird im Einvernehmen mit den Mitarbei-
2037 tern eine Namensänderung der „Ausländerbehörde“ angestrebt.

2038 **Sport**

2039 Sport Frankfurt am Main ist eine international anerkannte Sportstadt. Der Sport hat für die Stadt
2040 Frankfurt einen besonders hohen Stellenwert. Das zeigt sich allein schon darin, dass alle wichti-
2041 gen Sportverbände ihren Sitz in der Mainmetropole haben und auch der DFB seine Akademie
2042 hier errichten will. Nicht nur im Profisport sondern auch im Breitensport wurde in den letzten Jah-
2043 ren ein hoher Standard in der Sportstätteninfrastruktur gesetzt und mit jährlich mehr als 13 Millio-
2044 nen Euro eine angemessene Sportförderung getätigt. Wir wollen diese verlässliche Sportpolitik
2045 fortsetzen und unterstützen die Weiterentwicklung der Sportstadt auf der Grundlage der durchge-
2046 führten Sportentwicklungsplanung. Darum fördern wir vereinsgebundenen Sport als wichtigste
2047 Säule des Sports, weil hier Teamgeist, Verantwortungsbewusstsein und soziale Integration statt-
2048 finden. Aber auch der vereinsungebundene Sport, der im öffentlichen Raum stattfindet, verdient
2049 angemessene Unterstützung, trägt er doch zur Gesundheit und zur Lebensqualität bei. So deckt
2050 der in Zusammenarbeit mit interessierten Bürgern geplante Bürgerpark in Niederrad mit seinen
2051 frei zugänglichen Sportangeboten die Ansprüche dieses Personenkreises ideal ab. Sportangebo-
2052 te in Parks, insbesondere auch speziell für Seniorinnen und Senioren, werden ausgeweitet.

2053 Wir wollen das hohe Niveau unserer städtischen Sportinfrastruktur konsequent ausbauen und
2054 legen neben weiteren Neubauten und grundlegenden Sanierungen einen Schwerpunkt in den
2055 Werterhalt der Sportanlagen. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Selbstorganisation des Sports
2056 und dem ehrenamtlichen Engagement in den mehr als 430 Frankfurter Sportvereinen mit ihren
2057 rund 190.000 Mitgliedern. Dabei ändern sich auch die Vorstellungen und Wünsche, die Vereins-
2058 mitglieder und Bürgerinnen und Bürger an Sportangebote haben. Um hier aktuell zu bleiben und
2059 auch künftig attraktive Sportarten in passenden Sportstätten in Frankfurt zu haben, wurde die
2060 Sportentwicklungsplanung durchgeführt und nun sukzessive in den Stadtteilen umgesetzt. Aktive
2061 Partner dabei sind der Sportkreis und die Sportjugend, die als Dachorganisationen des Frankfur-
2062 ter Sports nicht nur wichtige Ansprechpartner sind, sondern auch Projekte, die insbesondere die
2063 sozial integrierende Kraft des Sports nutzen, durchführen und dafür mit städtischen Fördermitteln
2064 unterstützt wurden.

2065 Vereins- und Sportförderung

2066 Wir behalten die 18 Euro jährlicher Pro-Kopf-Förderung für jedes jugendliche Vereinsmitglied bei.

2067 Wir fördern Investitionen in vereinseigene Sportanlagen auf der Grundlage der städtischen För-
2068 derrichtlinien und stellen dafür ein angemessenes Budget zur Verfügung.

2069 Wir setzen unser Programm zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Energieeinsparung
2070 bei vereinseigenen Sportanlagen durch.

2071 Wir setzen bewährte Projekte des Sportkreises und der Sportjugend Frankfurt wie Schulkids in
2072 Bewegung in Kooperationen mit Sportvereinen, Mitternachtssport, Boxcamp, Stadtteilprojekte mit
2073 sozialpädagogischer Ausrichtung wie im Gallus, Fanprojekte für Eintracht und FSV und den Pakt
2074 gegen Gewalt im Amateurfußball fort.

2075 Durch die Neukonzeption der Nutzungs- und Betreuungsverträge und ein städtisches Energieeff-
2076izienzprogramm soll es den Vereinen erleichtert werden, ihre ehrenamtliche Arbeit auch in Zei-
2077ten des gesellschaftlichen Wandels und veränderter Vorstellungen ihrer Mitglieder fortzusetzen.
2078 Durch eine erhöhte Betreuungspauschale, die den spezifischen Gegebenheiten vor Ort gerecht
2079 wird und Sonderprämien werden Anreize geschaffen, die Sportanlagen für Schulen und andere
2080 Interessierte zu öffnen und die Möglichkeit erhöht, den Wert der Sportinfrastruktur langfristig zu
2081 erhalten.

2082 Wir wollen Sport im Stadtteil stärker vernetzen. Die Möglichkeiten und Angebote, die Sportverei-
2083 ne Bewohnern eines Stadtteils eröffnen, sollen durch gemeinsame Veranstaltungen in Zusam-
2084 menarbeit mit Schulen, Jugend- und Senioreneinrichtungen präsentiert werden. Diese Sport- und
2085 Fitnessstage sollen nachfrageorientiert regelmäßig stattfinden.

2086 Sportplätze und Sporthallen

2087 Im Konkurrenzdruck auf Flächen wird im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes zunehmend
2088 erforderlich, ein Qualifizierungsprogramm für vorhandene Sportstätten aufzulegen. Der Zugriff auf
2089 Flächen für Schulneubauten und für Flüchtlingsunterbringung hat dazu geführt, dass viele Sport-
2090 flächen wegfallen. Auf der anderen Seite gibt es Sportflächen, die durch infrastrukturelle Maß-
2091 nahmen stärker ausgelastet werden können. Die Ausstattung von Kunstrasenplätzen auf allen
2092 Sportanlagen ist in einem Sonderprogramm durchzuführen. Die letzten Tennenplätze werden in
2093 der Legislaturperiode 2016-2021 in Kunstrasenplätze umgewandelt. Für die einzelnen Sportarten
2094 wird ein Konzept erarbeitet, das Synergien aufzeigt, so dass durch organisatorische oder bauli-
2095 che Maßnahmen eine bessere Nutzung ermöglicht werden kann.

2096 Zur Durchführung von Investitionsmaßnahmen werden die Mittel im Sanierungsprogramm erhöht.

2097 Darüber hinaus werden städtische Hallen wie das Sport- und Freizeitzentrum Kalbach, die
2098 FRAPORT-Arena und weitere Hallen des Sportamtes saniert.

2099 Mit den knappen Ressourcen soll auch bei der Belegung der Sportstätten effektiver umgegangen
2100 werden. Deshalb soll ein intelligentes Hallenmanagement der verschiedenen Ämter, Gesellschaf-
2101 ten und Vereine umgesetzt werden. Wir schaffen ein dynamisches Sportstättenmanagement, das
2102 insbesondere die Nutzung von Schulturnhallen verbessert.

2103 Wir etablieren ein „Frankfurter Sportforum“, das den Kontakt der Vereine zur Stadtverwaltung er-
2104 leichtert.

2105 Schwimmbäder

2106 Der Erhalt unserer städtischen Bäder ist wichtiges sportpolitisches Ziel. Die Bäderbetriebe Frank-
2107 furt entwickeln ein Konzept für die Weiterentwicklung der vorhandenen Bäderlandschaft, das in
2108 den folgenden Jahren nach finanzieller Möglichkeit sukzessive umgesetzt werden soll. Auftakt
2109 der Neuordnung der Bädersituation ist das neue Familienbad in Bornheim. In Zusammenarbeit
2110 mit Uni und LSB soll ein gemeinsames Schwimmzentrum für Hochschulen, Vereinen, Schulen
2111 und Sport entstehen. Für das Rebstockbad wird eine Machbarkeitsstudie vorgelegt, um über
2112 Neubau oder Sanierung entscheiden zu können.

2113 Der Betrieb von Schulschwimmbädern soll durch die Bäderbetriebe erfolgen. Nach Abschluss
2114 des aktuellen Pilotprojektes werden weitere Schulschwimmbäder je nach Evaluierungsergebnis
2115 in die Betreuung der Bäderbetriebe genommen. Die Bäderbetriebe wirken bei der Konzeption von
2116 Schulschwimmbädern mit.

2117 Ausrichtung von Sportveranstaltungen

2118 Wir wollen großen Sportereignissen einen langfristigen Platz in Frankfurt sichern, auch weil sie
2119 Werbung für den Standort sind. Wir fördern Sportveranstaltungen, die mit bekannten Sportlerin-
2120 nen und Sportlern als Vorbilder zum Mitmachen anregen und Frankfurt am Main international in
2121 aller Munde sein lassen: Dazu zählen insbesondere das Radrennen „Rund um den Finanzplatz“,
2122 der Frankfurter Triathlon, der Ironman und der Frankfurter Marathon.

- 2123 Wir möchten Bau und Betrieb einer neuen Multifunktionshalle unter anderem für Sportveranstaltungen mit bis zu 13.000 Besuchern durch private Investoren fördern und stellen städtische
2124 Grundstücke als Beitrag der Stadt dafür kostenlos zur Verfügung.
2125
- 2126 Die Stadt Frankfurt am Main bewirbt sich um die Austragungen von sportlichen Großveranstaltungen wie z. B. die Ausrichtung der Special Olympics Games.
2127
- 2128 Darüber hinaus unterstützt die Stadt den Sportpresseball institutionell, um seinen Verbleib in der
2129 Sportstadt Frankfurt am Main aufgrund seiner hohen sportpolitischen Bedeutung dauerhaft zu
2130 sichern.

2131 **Frauen**

2132 Frauen und Gleichstellung

2133 Seit der Gründung des Frauenreferates im Jahr 1989 ist die Stadt Frankfurt bundesweit Vorreite-
2134 rin beim Setzen von Themen und Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichstellung von Frauen
2135 und Männern. Diese Vorreiterrolle wollen wir weiter ausbauen. Dazu wird der Etat des Frauenre-
2136 ferates auf 3,7 Mio. Euro erhöht. Zudem wollen wir die Rolle von Frankfurter Frauen – von der
2137 Paulskirche über die Frauenbewegung der 70er Jahre bis zur #Aufschrei-Kampagne – insbeson-
2138 dere Jugendlichen und jungen Erwachsenen bewusst machen, um Mädchen und Jungen in ihrer
2139 Rollenfindung zu unterstützen und zu Engagement für Gleichberechtigung zu ermutigen. Eine
2140 selbstbewusste Frauenpolitik fängt beim Stärken von Mädchen an. Hierzu werden wir die Mäd-
2141 chenprojekte weiter fördern sowie die Frage der Geschlechtergerechtigkeit und den besonderen
2142 Blick auf Mädchen in Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und Arbeit, aber auch in Kultur und Gesell-
2143 schaft voranbringen.

2144 Jahreskampagnen des Frauenreferates stärken

2145 Das Frauenreferat bündelt seine Arbeit in Jahreskampagnen, die jedes Jahr bestimmte Gleich-
2146 stellungsfragen fokussieren und die Arbeit von Initiativen und Projekten bündeln. Diese Arbeit hat
2147 sich als öffentlichkeitswirksam und effektiv erwiesen und wird durch eine Aufstockung des Etats
2148 für Projekte, Beratungsangebote und Initiativen des jeweiligen Jahresthemas weiter unterstützt.

2149 Europäische Gleichstellungscharta

2150 Die von der Stadt am 8. März 2012 unterzeichnete europäischen Gleichstellungscharta ist ein
2151 hervorragendes Instrument, um die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene zu
2152 verwirklichen. In der kommenden Legislaturperiode wird Frankfurt die im Aktionsplan Gleichstel-
2153 lung erarbeiteten Instrumente umsetzen. Hierzu gehören die vereinbarte Mixed-Leadership-
2154 Akademie sowie die Förderung der informierten Berufswahl von Mädchen und Jungen. Zudem
2155 wird der partizipative Ansatz des Charta-Prozesses weitergeführt, um zu den weiteren Themen
2156 der Charta städtische Aktionspläne zu erarbeiten.

2157 Gleichberechtigte Teilhabe an Erwerbsarbeit

2158 Neben den im ersten Frankfurter Gleichstellungsaktionsplan erarbeiteten Maßnahmen zur
2159 gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben wird die Stadt weiter Projekte und Initiativen für
2160 gleiche Aufstiegschancen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen fördern.
2161 Die Stadt wird mit den kommunalen Spitzenvertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft eine Ko-
2162 operationsvereinbarung zur gleichen Entlohnung von Frauen und Männern abschließen. Die be-
2163 stehenden Programme und Netzwerke wie das regionale Mentoring-Programm, FrauenMacht-
2164 Karriere und der WomansBusinessDay werden fortgeführt, zudem wird gemeinsam mit der Wirt-
2165 schaftsförderung ein Gleichstellungspreis erarbeitet, der Unternehmen auszeichnet, die sich vor-
2166 bildlich für das Erkennen der Potentiale von Frauen und für die Geschlechtergleichstellung ein-
2167 setzen. Wir wollen die genannten Initiativen in Zusammenarbeit mit Frankfurter Unternehmen zu
2168 einem lokalen Bündnis der Förderung von Frauen im Beruf erweitern, mit dem Ziel Frankfurt zum
2169 "Best Womens Workplace" zu machen. Hierbei spielt die Förderung von Frauen in Führungsposi-
2170 tionen für uns ebenso eine Rolle, wie die Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frau-
2171 en. Darüber hinaus wird die Stadt Unternehmen, die sich für die besondere Förderung von Frau-
2172 en einsetzen, bei Ausschreibungen besonders berücksichtigen.

2173

2174 Die Förderung der Programme zur Arbeitsmarktintegration, zur beruflichen Förderung sowie zur
2175 Existenzgründung von Frauen wird fortgeführt. Die von der Stadt in Auftrag gegebene IWAK-
2176 Studie hat ergeben, dass die Situation am Arbeitsmarkt für Migrantinnen besonders schwierig ist.
2177 Aus diesem Grund wird die Förderung der Programme zur Arbeitsmarktintegration und zur beruf-
2178 lichen Förderung von Migrantinnen ausgebaut. Zudem wird die Stadt in Zusammenarbeit mit dem
2179 Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) Frankfurt weitere Maßnahmen erarbeiten,
2180 um die Teilhabe Alleinerziehender am Arbeitsmarkt und in der Stadtgesellschaft zu verbessern.

2181 Von Altersarmut sind im Wesentlichen Frauen betroffen. Um Altersarmut für die jüngere Genera-
2182 tion zu vermeiden, werden weiter Projekte und Initiativen unterstützt, die über kritische Übergän-
2183 ge und Lebensläufe aufklären. Für von Altersarmut betroffene Frauen wollen wir den Zugang zu
2184 Beratung und Hilfe erleichtern.

2185 Sexismus und Gewalt gegen Frauen und Mädchen ächten

2186 Gewalterfahrungen gehören auch in Frankfurt für viele Frauen leider immer noch zum Alltag. Um
2187 Frauen, die Gewalt erfahren haben, zu helfen, werden Frauenhäuser und Beratungsstellen weiter
2188 unterstützt. Die Hilfe und psychosoziale Beratung für Opfer von häuslicher Gewalt bauen wir aus.
2189 Das Projekt der medizinischen Akutversorgung nach Vergewaltigung wird verstetigt. Darüber
2190 hinaus werden wir neue Ansätze zur Hilfe, beispielsweise bei Erfahrung durch digitale Gewalt,
2191 bei sexualisierter Gewalt an behinderten Frauen oder auch bei Gewalt in Pflegebeziehungen
2192 ausbauen.

2193 Neben diesen Unterstützungsangeboten ist es unser erklärtes Ziel, Gewalt gegen Frauen durch
2194 Aufklärung und Prävention deutlich zu verringern. Frankfurt wird Gewalt gegen Frauen und auch
2195 den alltäglichen Sexismus ächten. Hierfür werden wir die Onlineberatung für Mädchen weiter
2196 ausbauen und die Beratung und Vernetzung von Mädchen und Frauen weiter fördern. Wir be-
2197 begrüßen die Initiative des Bundesgesetzgebers zum Verbot sexistischer Werbung.

2198 Wir wollen, dass sich Frauen und Mädchen in Frankfurt überall angstfrei und sicher bewegen
2199 können. Angsträume und dunkle Durchgänge und Ecken wollen wir abbauen sowie das Sicher-
2200 heitsgefühl im ÖPNV erhöhen. Wegen der flexiblen Gestaltung der Ladenöffnungszeiten müssen
2201 Arbeitnehmerinnen heutzutage auch zu später Stunde mit bedarfsgerechten Verbindungen im
2202 öffentlichen Nahverkehr versorgt werden.

2203 Geflüchtete Frauen

2204 Frankfurt hat die die richtigen Kliniken und Beratungskompetenzen, um durch kriegerische Aus-
2205 einandersetzungen sexuell missbrauchter und geflüchteter Frauen medizinisch und psycholo-
2206 gisch Hilfe anbieten zu können. Ähnlich wie in Baden-Württemberg wird sich Frankfurt um die
2207 Aufnahme dieser besonders grausam traumatisierten Frauen bemühen. Zudem werden wir Frau-
2208 en in Flüchtlingsseinrichtungen besonderen Schutz und Aufklärung über Frauenrechte und sexuel-
2209 le Selbstbestimmung gewähren.

2210 Politik und Stadtverwaltung haben Vorbildfunktion

2211 Frauen sind nach wie vor auch im Politikbetrieb und in den Führungsfunktionen von Verwaltung
2212 und stadt eigenen Gesellschaften unterrepräsentiert. Dies wollen wir ändern. Die Stadt wird durch
2213 professionelle Personalsuche und Auswahlverfahren für eine vorbildliche Frauenquote sorgen.
2214 Um die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und politischen Ehrenamt zu erleichtern, wollen wir die
2215 Strukturen und die Kultur des Politikbetriebs ändern. Dazu gehört, modellhaft Kinderbetreuung
2216 während der Sitzungen anzubieten oder Kinderbetreuungskosten für Mandatsträger/innen wäh-
2217 rend der Sitzungen zu übernehmen. Zudem streben wir an, die Positionen in den Aufsichtsräten

2218 der stadt eigenen Gesellschaften so besetzen, dass der Frauenanteil über den für die Privatwirt-
2219 schaft festgelegten 30% liegt. Frauen sollen bei städtischen Ehrungen und Auszeichnungen ent-
2220 sprechend ihrem Bevölkerungsanteil berücksichtigt werden.

2221 **Bürgerbeteiligung**

2222 Demokratie und politische Beteiligung stärken

2223 Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt an unserer Politik aktiv mitwir-
2224 ken. Neben der Steigerung der Wahlbeteiligung ist die Einbeziehung möglichst vieler Frankfurte-
2225 rinnen und Frankfurter in die Entscheidungsfindungen unser Ziel.

2226 Die Erfahrungen mit bisher genutzten Beteiligungsformen sind unterschiedlich - es gab Enttäü-
2227 schungen, aber auch sehr erfolgreiche Prozesse, die zu einem hohen und auch nachhaltigen
2228 Engagement geführt haben.

2229 Wir wollen für direkte Beteiligungsprozesse aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen, wie z.B.
2230 im Portal „Frankfurt Fragt mich“, Ziele und Standards definieren, die sicherstellen, dass der Rah-
2231 men der Beteiligung vorab mit allen abgesprochen ist, Beteiligungsprozesse ergebnisorientiert
2232 strukturiert werden und Verbindlichkeit der Ergebnisse im vereinbarten Rahmen sichergestellt ist.
2233 Zudem wollen wir auch in Zukunft die bewährte Mitwirkung in den Ortsbeiräten stärken.

2234 Wir verstehen Demokratie und Beteiligung als Angebote an die Menschen. Damit diese Angebote
2235 möglichst viele Menschen erreichen, wollen wir bei den Beteiligungsstandards auf Formen ach-
2236 ten, die dazu geeignet sind, gesellschaftliche Gruppen anzusprechen, die sich bisher weniger in
2237 Beteiligungsprozesse einbringen. Auch die systematische Beteiligung von Kindern und Jugendli-
2238 chen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Kinderbüro stärken.

2239 **Bürgerservice**

2240 Das Standortkonzept des Frankfurter Bürgeramtes soll im 17. Jahr nach der Gründung des Amtes
2241 überprüft und an die veränderten Rahmenbedingungen einer schnell wachsenden Stadt an-
2242 gepasst werden. In enger Abstimmung mit den Ortsbeiräten sind die Standorte im Hinblick auf
2243 bürgerfreundlichere Öffnungszeiten und optimierte Arbeitsabläufe weiterzuentwickeln. Damit soll
2244 dem wachsenden Besucheraufkommen, den Anforderungen der Barrierefreiheit, der Arbeitssi-
2245 cherheit und Fürsorge für die Beschäftigten des Bürgeramtes auf gleichermaßen bürger- wie mit-
2246 arbeiterorientierter Weise entsprochen werden.

2247 Möglichkeiten des E-Gouvernements, wie Selbstbedienungsterminals, sollen in dem zu erarbei-
2248 tenden Konzept berücksichtigt und effizient betrieben werden. Außerdem ist bei der Fortentwick-
2249 lung des Standortkonzepts die ÖPNV-Erschließung als Kriterium für die zukünftigen Standorte zu
2250 berücksichtigen.

2251 Die Bürgerberatung wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Fragen rund um die Stadtverwaltung
2252 für diejenigen fortentwickelt, die den Kontakt zur Stadt nicht über die Behördenrufnummer 115
2253 oder auf digitalem Weg aufnehmen können oder möchten.

2254 Die Behördenrufnummer 115 wird weiter gestärkt; Kooperationen mit der Region werden fortge-
2255 führt und nach Möglichkeit ausgebaut. Des Weiteren sollen möglichst viele städtische Hotlines in
2256 das 115-Servicecenter integriert werden. Die Übernahme interner Hotlines durch das Servicecen-
2257 ter steigert nämlich die Effizienz der städtischen Aufgabenwahrnehmung. So hat sich bei der
2258 testweisen Übernahme interner Hotlines gezeigt, dass die Annahmquote von 10 Prozent auf
2259 fast 100 Prozent gestiegen und das Anrufvolumen um 70 Prozent gesunken ist, weil die Bürger
2260 keine wiederholten Anrufversuche unternehmen mussten. Die Übernahme von Ämterhotlines er-
2261 höht dabei nicht nur den Bürgerservice, sondern entlastet auch die Mitarbeiter in den Ämtern, die
2262 sich nun auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Bei der Übernahme von Ämterhotlines
2263 sind die entsprechenden personellen Ressourcen von den entlasteten Bereichen in das Service-
2264 center zu überführen. Alternativ ist zu prüfen, ob durch die Verlagerung von Budgets die im Ser-
2265 vicecenter benötigten Stellen geschaffen werden können.

2266 Breitbandausbau

2267 Die Verbesserung der digitalen Infrastruktur ist ein wichtiges Ziel, um die Attraktivität der Stadt
2268 als Wohn- und Wirtschaftsstandort sicherzustellen. Die Stadt Frankfurt muss sich daher dezer-
2269 natsübergreifend dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für Breitbandausbau weiter zu ver-
2270 bessern. Dies setzt eine gute Koordination der verschiedenen Genehmigungsverfahren voraus.
2271 Sie muss sich ferner darum bemühen, dass bei der Erschließung von Neubaugebieten schnelle
2272 Glasfaserverbindungen berücksichtigt werden.

2273 Es ist projekthaft zu untersuchen, ob die Stadt beim Bau neuer Verkehrsinfrastruktur nicht nur
2274 Leerrohre einbauen, sondern direkt Glasfaserkabel verlegen kann und soll.

2275 Darüber hinaus ist die weitere Optimierung der Genehmigungsprozesse beim Breitbandausbau
2276 anzustreben. Auf diese Weise soll die Stadt dazu beitragen, dass schnellstmöglich alle Frankfur-
2277 ter Haushalte Zugang zu Internetverbindungen von mindestens 50 Mbit/s haben.

2278 **Stadtverwaltung**

2279 Personal und Organisation

2280 Frankfurt wächst rasant und damit wachsen auch die Herausforderungen und Ansprüche an die
2281 Stadtverwaltung. Diese Aufgaben können nur mit entsprechend motivierten Mitarbeiterinnen und
2282 Mitarbeitern bewältigt werden. Die Stadt Frankfurt braucht zufriedene und gesunde Mitarbeiterin-
2283 nen und Mitarbeiter, die sich mit ihrem Beruf identifizieren können. Daher ist es erforderlich, die
2284 Rahmenbedingungen für „Gute Arbeit“, „Gerechter Lohn“ und „Gute Leistungen“, also Arbeitsbe-
2285 dingungen und -Umgebung, kontinuierlich weiterzuentwickeln.

2286 Auch wenn ein Teil der Aufgaben durch effizientere Prozesse aufgefangen werden kann, müssen
2287 aufgrund des Wachstums der Stadt in manchen Bereichen der Verwaltung Stellen aufgebaut
2288 werden.

2289 Die Stadt Frankfurt am Main befindet sich mit zahlreichen großen und attraktiven Arbeitgebern in
2290 einem hart umkämpften Arbeitsmarkt um die besten Arbeitskräfte. Nur mit der Weiterentwicklung
2291 mitarbeiterfreundlicher und moderner Rahmenbedingungen können wir in diesem Wettbewerb
2292 bestehen.

2293 Die Stadt in Verantwortung als sozialer Arbeitgeber

2294 Die Stadt versteht sich weiter als soziale Arbeitgeber, der die Sozialpartnerschaft und Mitbestim-
2295 mung stärkt. Wir werden daher in der Wahlperiode mit der Zielsetzung der Verlängerung der
2296 Dienstvereinbarung 223 die Gespräche mit dem Gesamtpersonalrat aufnehmen. Die Stadt ist
2297 sich ihrer besonderen arbeitsmarktpolitischen Verantwortung bewusst und wird weiter Ausbil-
2298 dungsplätze über den aktuellen Bedarf anbieten.

2299 Vom Grundsatz des Verzichts auf sachgrundlose Befristungen in Arbeitsverträgen wird nur in
2300 Ausnahmen und im Benehmen mit dem/der Betroffenen und der Personalvertretung abgewichen.

2301 Betriebliches Gesundheitsmanagement

2302 Wir wollen das betriebliche Gesundheitsmanagement zügig umsetzen und das Konzept zur Prä-
2303 vention bezüglich gesundheitlicher Belastungen bei der Arbeit weiterentwickeln.

2304 Vereinbarkeit Beruf und Familie - vorbildlich

2305 Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wollen wir die Dienstvereinbarung für Home-
2306 Office Arbeit und Teilzeitarbeit zu Hause ausbauen. Die Vor- und Nachteile sollen zusammen mit
2307 den Beschäftigten ausgewertet und gemeinsam eine gute Lösung entwickelt werden.

2308 Die Angebote zur Kinderbetreuung wollen wir ausbauen und den Bau und die Einrichtung einer
2309 Betriebskita auch und gerade für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorantreiben.

2310 Gleichstellung und Frauenförderung

2311 Eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Nutzung der Führungspotenziale sind Schwer-
2312 punkte des Aktionsplans der Charta der Gleichstellung. Stadtverwaltung und stadteigene Unter-
2313 nehmen haben hier Vorbildfunktion. Deswegen ist die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes
2314 und der Frauenförderpläne für uns eine zentrale Aufgabe. Für die Gewinnung von Bewerberinnen
2315 für die Führungsaufgaben werden wir gegebenenfalls Personalgewinnungs- und -
2316 Auswahlverfahren einsetzen und externe Beratung in Anspruch nehmen.

2317 Personalentwicklung und Führungskräfteförderung

2318 Die Anstrengungen in der Personalentwicklung werden verstärkt. Ziel ist es, die Mitarbeiterinnen
2319 und Mitarbeiter auf allen Ebenen zu fördern, damit immer die richtigen Menschen zur richtigen
2320 Zeit am richtigen Platz sind. Ein Schwerpunkt soll auf der Personalentwicklung für Führungskräfte
2321 liegen, bei denen fachbereichsübergreifende Laufbahnkarrieren angestrebt und konzeptionell
2322 umgesetzt werden sollten. Einen weiteren Schwerpunkt wollen wir bei der Entwicklung eines de-
2323 zernats- und ämterübergreifenden Konzepts zum Einsatz älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbei-
2324 tern insbesondere in Bereichen mit körperlicher Arbeit setzen. Respektvoller Umgang mit der
2325 bisherigen Leistung und Perspektiven für adäquate Weiterbeschäftigungen sollen Merkmale des
2326 Konzepts sein.

2327 Vielfalt und Innovation fördern

2328 Eine moderne Verwaltung, die für Bürgerbeteiligung in einer weltoffenen Stadt steht, muss der
2329 Vielfalt der Stadt durch interkulturelle Öffnung gerecht werden. Frankfurt ist eine multikulturelle,
2330 internationale Stadt. Diese Vielfalt bildet sich aber noch nicht in der Stadtverwaltung ab. Wir wer-
2331 den daher den durch den Oberbürgermeister und das Integrationsdezernat entwickelten 10 Punk-
2332 te Plan umsetzen und das Diversity-Management in der Stadtverwaltung stärken.

2333 Wir wollen den Anteil der Auszubildenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshin-
2334 tergrund oder anderer Lebenserfahrung insbesondere in den Bereichen mit Bürgerkontakten wei-
2335 ter erhöhen. Für den Bereich der Auszubildenden prüfen wir den Einsatz von Werbekampagnen.
2336 Für die Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wollen wir den Einsatz eines anonymi-
2337 sierten Bewerbungsverfahrens in einzelnen Bereichen erproben und evaluieren. Die Erfahrungen
2338 anderer Städte wollen wir nutzen.

2339 Die Maßnahmen zur Weiterbildung für interkulturelle Kompetenz in Zusammenarbeit mit dem
2340 Amt für multikulturelle Angelegenheiten werden wir fortführen. Interkulturelle Kompetenz wird
2341 künftig als ein Beförderungs- und Auswahlkriterium herangezogen.

2342 Im Hinblick auf die heutige Lebenswirklichkeit von Familien sollen die Formulare mit dem Ziel der
2343 Diskriminierungsfreiheit überarbeitet werden.

2344 Ideenmanagement

2345 Wir wollen in Abstimmung mit dem Gesamtpersonalrat das Ideenmanagement voranbringen. Gu-
2346 te Ideen für bessere Arbeitsabläufe und Arbeitsprozesse sollen belohnt werden.

2347 Förderung von ämterübergreifender Projektarbeit

2348 Die Herausforderungen für die Stadt Frankfurt ändern sich heute in immer kürzeren Abständen.
2349 Für neue Probleme ist häufig zunächst niemand eindeutig zuständig und ihre Lösung erfordert oft
2350 flexible, ämterübergreifende Zusammenarbeit. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Mitarbei-
2351 terinnen und Mitarbeitern projektbezogene, aufgabenbezogene und zuständigkeitsübergreifende
2352 Zusammenarbeit als Routine entwickeln.

2353 Neue Organisationseinheit "Betriebliche Mobilität"

2354 Wir wollen im Personal und Organisationsamt eine neue Organisationseinheit „Betriebliche Mobi-
2355 lität“ einrichten. Aufgabe der Einheit, bei der auch die Vergabe des Jobtickets anzusiedeln wäre,
2356 ist es, unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem Reformprojekten kosteneffiziente und
2357 umweltschonende Mobilität auch der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel
2358 durch Carsharing bei den Ämtern, Rad- statt PKW-Einsatz oder Fahrzeugpooling zur Reduktion
2359 des Fahrzeugbestandes voranzubringen.

2360 Reform der städtischen IT und Ausbau von E-Government-Dienstleistungen

2361 Die IT der Stadt Frankfurt ist heute dezentral organisiert, d. h. neben dem Amt für Informations-
2362 und Kommunikationstechnik, das unter anderem die zwei zentralen Rechenzentren der Stadt-
2363 verwaltung sowie das städtische Datennetz betreibt, existieren eine Vielzahl kleinerer und mittlere
2364 IT-Organisationseinheiten in den Ämtern. Unser Ziel ist es, das Amt für Informations- und
2365 Kommunikationstechnik zu dem zentralen Dienstleister für die städtischen Ämter und Betriebe
2366 auszubauen, der moderne und an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzern orientierte
2367 EDV-Technik zur Verfügung stellt.

2368 Bislang fehlt es an abgestimmten, verbindlichen Richtlinien für den IT-Betrieb der Stadt Frankfurt,
2369 da die IT-Organisationseinheiten keiner einheitlichen fachlichen Leitung oder Steuerung unterlie-
2370 gen. Auch dem ursprünglich zu diesem Zweck gegründeten Arbeitskreis Informationstechnologie
2371 (AKIT), in dem Vertreter aus den verschiedenen IT-Organisationen zusammen treten, gelingt es
2372 nicht in ausreichendem Maße, die unterschiedlichen Interessen in verbindlichen Regelungen zu-
2373 sammenzuführen. Daher ist die jetzige Gremienstruktur so zu reformieren, dass eine schnellere
2374 und effizientere Erarbeitung und Umsetzung der notwendigen Richtlinien gewährleistet ist. Hierzu
2375 bedarf es an zentraler Stelle einer entsprechenden Richtlinienkompetenz.

2376 Dem Amt 16 wird hierzu die Fachaufsicht für die dezentralen IT-Organisationseinheiten übertra-
2377 gen. Damit wird eine übergeordnete Steuerung möglich. Außerdem ermöglicht dieser Schritt dem
2378 Amt die konsequente Umsetzung der städtischen IT-Strategie. Hiervon sind insbesondere um-
2379 fasst:

- 2380 - zentrale Netzwerkentwicklung und -betrieb
- 2381 - zentraler Rechenzentrumsbetrieb (einschließlich Serverkonsolidierung)
- 2382 - zentraler Betrieb und Weiterentwicklung von IT-Basis Applikationen
- 2383 - zentraler Betrieb und Weiterentwicklung von eGovernment Applikationen
- 2384 - IT Standardarbeitsplatz Support
- 2385 - Steuerung und strategische Ausrichtung der IT
- 2386 - IT-Sicherheitsstandards

2387 Im Moment gibt es aufgrund der dezentralen Struktur auch keinen vollständigen Überblick über
2388 die eingesetzte Hard- und Software. Daher ist die Lizenzverwaltung samt der entsprechenden
2389 Budgets ebenso im Amt für Informations- und Kommunikationstechnik zu zentralisieren wie sämt-
2390 liche Budgets für die Beschaffung städtischer Netzwerkkomponenten.

2391 Die Zusammenführung der städtischen Server in den Rechenzentren des Amtes für Informations-
2392 und Kommunikationstechnik ist weiter voranzutreiben, um die Wirtschaftlichkeit (Auslastung der
2393 Systeme, Energieeffizienz etc.) und Sicherheit des städtischen IT-Betriebs zu verbessern. Insbe-
2394 sondere der Schutz persönlicher Daten der Bürgerinnen und Bürger kann damit verbessert wer-
2395 den. Aus Kostengründen ist dabei ein Umzug auf die virtuelle Serverfarm einer physikalischen
2396 Verlagerung der Serversysteme vorzuziehen.

2397 Dort, wo die Fachämter nach einer Migration keine eigenen (oder zumindest deutlich weniger)
2398 Administratoren benötigen, und um den durch die Migration steigenden Betriebsaufwand an zent-
2399 raler Stelle abzudecken, ist anzustreben, dass die ursprünglich dezentral eingesetzten Stellen im
2400 Zuge der Migration in das Amt für Informations- und Kommunikationstechnik Einvernehmlich ver-
2401 lagert werden. Dabei wird sich an dem bewährten Vorgehen bei der Implementierung des zentra-
2402 len IT-Einkaufs orientiert.

2403 Neben der Notwendigkeit einheitlicher Richtlinien und Schutzmechanismen entstehen aufgrund
2404 der angespannten Haushaltslagen weitere Erfordernisse: Dazu gehören insbesondere Standardi-

2405 sierung und Modernisierung (Automatisierung) von IT-Infrastruktur und Prozessen. Diese führen
2406 einerseits zu Synergieeffekten und somit zu Kostenreduktionen, andererseits erleichtern sie die
2407 (inter-)kommunale Zusammenarbeit erheblich. Aus diesen Gründen muss die vom Magistrat be-
2408 schlossene gesamtstädtische IT-Strategie konsequent umgesetzt werden. Dabei liegt zunächst
2409 der Fokus auf dem Pilotprojekt mit dem Bereich IT-Finzen. Parallel dazu sind alle Dezernats-
2410 büros in die zentrale IT-Betreuung durch das Amt für Informations- und Kommunikationstechnik
2411 zu überführen, da durch die gemeinsamen Standards die dezernatsübergreifende Nutzung von
2412 Applikationen erleichtert wird.

2413 Es sind möglichst viele Geschäftsprozesse zu automatisieren. Auch bei Stellenneuschaffungen
2414 ist zwingend im Vorfeld zu überprüfen, ob Automatisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden.
2415 Der durch die Automatisierung entstehende Personal- und Finanzbedarf ist bei den entsprechen-
2416 den Organisationseinheiten (insbesondere im Amt für Informations- und Kommunikationstechnik
2417 und der Stabsstelle E-Government) zu berücksichtigen, da durch die Automatisierung an anderen
2418 Stellen in größerem Umfang personelle und finanzielle Ressourcen eingespart werden können.

2419 Dem demographischen Wandel und dem Wissensverlust durch das Ausscheiden von Mitarbei-
2420 tern muss mit einem modernen Wissensmanagement begegnet werden. So kann beispielsweise
2421 der möglichst flächendeckende Einsatz eines modernen Dokumentenmanagementsystems dazu
2422 beitragen, das Knowhow ausscheidender Fachkräfte zu sichern. Die Einführung des Dokumen-
2423 tenmanagements erfolgt zunächst pilotweise.

2424 Um den Bürgerservice weiter zu verbessern, sind weitere städtische Dienstleistungen online an-
2425 zubieten. Dabei soll jeweils der gesamte Antrags- und Bearbeitungsprozess (von der Antragsstel-
2426 lung über die Bezahlung bis zum Erhalt der Dienstleistung) vollständig elektronisch angeboten
2427 werden.

2428 Darüber hinaus ist die auf dem städtischen Open-Data-Portal verfügbare Zahl an Datensätzen
2429 kontinuierlich auszubauen, um die Entwicklung innovativer Apps zu fördern. Wir unterstützen
2430 auch weiterhin Formate wie #HACKFRANKFURT und sonstige Kooperationen, in denen unsere
2431 Angebote mit den Communities genutzt und verbessert werden.

2432 Die Übertragung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung durch Audiostreaming wird
2433 fortgesetzt. Eine Weiterentwicklung des Parlaments-Informations-Systems PARLIS zur Errei-
2434 chung noch besserer Nutzerfreundlichkeit wird geprüft.

2435 Der Arbeitskreis Informationstechnologie wird durch ein Gremium ersetzt, dem Entscheidungs-
2436 träger der Zentralämter, der Stabsstelle E-Government sowie weiterer repräsentativer Ämter und
2437 Betriebe angehören und das vom Amt für Informations- und Kommunikationstechnik geleitet und
2438 moderiert wird. Wir werden auch prüfen, in wie weit durch den Einsatz von quelloffener Software
2439 Kosten vermieden und Innovationen gefördert werden können.

2440 Für Bürgerbeteiligungsverfahren wird die vorhandene und für individuelle Projekte einsetzbare
2441 Plattform FRANKFURT FRAGT MICH www.ffm.de eingesetzt.

2442 Reformen

2443 Die Effektivität und Effizienz der Verwaltung zu steigern, halten wir in der aktuellen Situation für
2444 Frankfurt am Main als wachsende Stadt für ausgesprochen wichtig. Die Reformkommission hat
2445 sich als ein Instrument zur Verwaltungsmodernisierung etabliert und bewährt, zahlreiche Reform-
2446 projekte wurden angestoßen und teilweise umgesetzt.

2447 Um die Handlungsfähigkeit der Reformkommission zu steigern, soll jedoch die Arbeitsweise in
2448 der Zukunft verändert werden:

2449 Die Besetzung der Reformkommission wird von bisher vier Dezernenten auf die Amtsleitungen
2450 der Zentralämter (11, 14 und 20) und - wegen der Bedeutung der IT für alle Prozesse des Ver-
2451 waltungshandelns - des Amtes für Informations- und Kommunikationstechnik (16) modifiziert; die
2452 Sitzungen unter der Leitung des Reformdezernenten finden zukünftig ein- bis zweimal im Quartal
2453 statt. Bei Bedarf ist die Teilnahme der Fachdezernenten zu den jeweiligen Projekten möglich.
2454 Durch die Zusammenarbeit der Zentralämter wird sichergestellt, dass auch die notwendigen Da-
2455 ten für fundierte Entscheidungen verfügbar sind und nutzbringend eingesetzt werden können.

2456 Alle Dezernate sind aufgefordert, geeignete Reformprojekte für die Wahlperiode zu benennen,
2457 die gemeinsam mit dem Reformdezernat vorangetrieben werden, wobei ein verantwortlicher und
2458 zielführender Beitrag der Ämter zu leisten ist.

2459 Der Stadtverordnetenversammlung wird ein Bericht vorgelegt, der die vorgesehenen Projekte be-
2460 schreibt.

2461 Die Reformkommission und das Reformdezernat behalten weiterhin das Vorschlagsrecht für
2462 neue bzw. weitere Reformprojekte.

2463 Die „Optimierung des Hochbau- und Liegenschaftsmanagements“ und das „Kitabau-
2464 Management“ bleiben dezernatsübergreifende Reformprojekte, die fortgeführt werden sollen.

2465 Es sind verbindliche Regelungen für dezernats- und ämterübergreifende Projekte zu erarbeiten,
2466 um eine verlässliche Grundlage für die Zusammenarbeit in künftigen Projekten zu schaffen.

2467 Als Grundlage für ein stadtweit einheitliches und professionelles Projektmanagement ist ein ver-
2468 bindlicher Projektmanagement-Leitfaden zu entwickeln. Inhalt dieses Leitfadens ist die Definition
2469 von Begrifflichkeiten und die Regelung der zu treffenden Festlegungen für die Durchführung ei-
2470 nes Projektes, wie Beschreibung des Projektzieles, Benennung der Projektbeteiligten / innere
2471 Organisation (Projektmanagement, Projektsteuerung, Projektleitung), zu erstellende Unterlagen
2472 (Lasten-/Pflichtenheft, Berichtspflichten, Entscheidungsvorlagen, Dokumentationen, Verfahrens-
2473 verzeichnisse, einzuholende Zustimmungen), Ermittlung und Budgetierung der Projektmittel so-
2474 wie Untersuchung von Vergabeproblematiken, Einbindung des Prozessmanagements, Einbin-
2475 dung ggf. bereits vorhandener Lösungen, Nutzung von Unterstützungen, Laufzeit des Projektes
2476 mit den Phasen der Projektdurchführung, Erfolgskontrolle, Übergang in den Dauerbetrieb mit
2477 Festlegung des Betreibers und Implementierung andauernder Prozessoptimierung.